

IKÖ

2. Konferenz

(Februar 1949)

Anträge

**(Konferenzdokumente
publiziert in
„Spartakist“ Nr. 42)**

A N T R Ä G E

=====

Antrag 1

RESOLUTION ZUR BEZEICHNUNG VON SP UND KP ALS ARBEITERPARTEI

1. Die erste Konferenz der IKÖ hat festgestellt, daß SP, Labour Party und Stalinpartei "dem Wesen, dem Charakter, d.h. dem Ausgangspunkt, dem Inhalt und der Wirkung ihrer Politik nach... keine Parteien der Arbeiterklasse, sondern kleinbürgerliche, klassenfremde Parteien" sind. In dieser Definition liegt vor allem ein Fehler: Sie unterscheidet in keiner Weise zwischen der entarteten, opportunistischen Führung, Bürokratie dieser Parteien und ihrer Arbeiterbasis. Sie beachtet nicht, daß ihnen Arbeitermassen angehören, welche die politische Organisation des Proletariats für notwendig halten und eine dieser Parteien als den dazu geeigneten Rahmen anerkennen. Sie übersieht auch, daß die verräterische Spitze dieser Parteien - ob sie nun Agent der Bourgeoisie oder der Kremlobükratie ist - nur dann eine Rolle zu spielen vermag, wenn sie sich auf Arbeitermassen stützen kann. Schließlich vergißt sie noch, daß die Bourgeoisie trotz ihrer zeitweiligen aus machtpolitischen Gründen geschlossenen Koalition mit der opportunistischen Bürokratie diese Parteien als Organisationen ihres proletarischen Klassengegners betrachtet, die sie in bestimmten historischen Situationen im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Macht vollständig zerschlagen muß.
2. Indem sie sich auf die Basis der Beschlüsse der ersten vier Weltkongresse der Komintern und der Weltkongresse der IV. Internationale stellt, korrigiert die zweite Konferenz der IKÖ diese ihre bisherige Position. Sie betrachtet SP, LP und Stalinpartei - die sich zwar durch eine besondere ihrem historischen Ursprung entspringende Eigenart unterscheiden, dennoch aber von derselben allgemeinen Natur sind - als entartete, nicht-revolutionäre, opportunistische Arbeiterparteien. Von den revolutionären Arbeiterparteien unterscheiden sie sich durch die reformistische, in Widerspruch zu den proletarischen Klasseninteressen und den historischen Interessen der menschlichen Gesellschaft stehende Politik ihrer unkontrollierbaren Bürokratie. Unsere Aufgabe besteht darin, die verratenen Arbeitermassen, die diesen Parteien folgen, von der verräterischen Führung zu trennen und um das revolutionäre Programm zu sammeln.
3. Es ist eine Frage der Taktik, der jeweiligen Zweckmäßigkeit, welche Bezeichnung wir für diese Parteien wählen: KP, "kommunistische" Partei, Stalinpartei; SP, Labour Party, "sozialistische" Partei; traditionelle, reformistische, stalinistische, kleinbürgerliche Arbeiterpartei, "Arbeiter"-Partei usw. Entscheidend ist dabei, daß wir den wesentlichen Inhalt unserer Propaganda so darstellen, daß sie von jenen, an die wir uns jeweils wenden, richtig verstanden werden kann und daß ein klarer Strich gezogen wird zwischen den Endzielen der opportunistischen und der proletarisch-revolutionären Partei. Es wäre gleicherweise ein Fehler, in unserer laufenden Propaganda die opportunistischen Parteien ohne grundsätzlicher Kritik ihrer Politik als Arbeiterparteien oder sie "grundsätzlich" als Verratsparteien zu bezeichnen. In beiden Fällen würden wir selbst die Trennung der Arbeiterbasis von der verbürgerlichten Spitze dieser Parteien hintertreiben - eine organisatorische Trennung,

der die Überzeugung eben dieser Basis von der politischen Notwendigkeit eines solchen Schrittes vorausgehen muß.

Kant, Lerse, Louis

=====

Antrag 2

Die Leitung schlägt folgende Statutenänderungen vor:

a) Punkt 7 soll lauten: (die unterstrichenen Worte sind neu einzufügen) - "Das oberste Organ der IKÖ ist die Organisationskonferenz. Diese tagt mindestens jedes zweite Jahr und setzt sich aus den durch die Mitgliedschaft nach einem jeweils durch die Leitung festzusetzenden Schlüssel gewählten Delegierten zusammen. Jedes Mitglied kann zur Konferenz Anträge stellen. Die Organisationskonferenz bestimmt die politische Linie der Organisation und entscheidet in letzter Instanz organisatorische Fragen. Eine außerordentliche Tagung ist möglich, sobald sie mindestens ein Drittel der Mitgliedschaft oder die Leitung fordert."

Begründung: Die Erfahrung hat gezeigt, daß es praktisch fast nicht möglich ist, alle Jahre eine Konferenz abzuhalten, daß eine zweijährige Frist für eine fruchtbringende Arbeit weitaus zweckmäßiger ist.

b) Punkt 18 soll lauten: "Zur Untersuchung aller Verstöße gegen die Disziplin der Organisation und gegen die proletarische Moral und aller sonstigen Streitigkeiten wird eine aus drei Mitgliedern bestehende Kontrollkommission gebildet. Ihr Vorsitzender wird von der Organisationskonferenz gewählt; beide Streitteile nominieren (im Bedarfsfalle) je einen Beisitzer. Falls der Vorsitzende am Streit beteiligt ist oder ausfällt, wählt die Leitung einen Ersatz. Die Kommission beginnt ihre Tätigkeit auf Initiative ihres Vorsitzenden oder der Leitung oder auf Verlangen eines der beiden Streitteile. Über das Ergebnis ihrer Untersuchung berichtet sie der Leitung, der sie gleichzeitig die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen empfiehlt. Alle Beschlüsse der Kommission werden mit Mehrheit gefaßt."

Begründung: Der Untersuchungsausschuß soll auf diese Weise im Sinne der bisherigen Erfahrungen und unter Anlehnung an die internationalen Statuten reorganisiert werden. Er soll keine selbständigen Maßnahmen treffen können und andererseits ein von der Leitung unabhängiges Organ sein.

Die Leitung - einstimmig.

=====

Antrag 3

Antrag an die Konferenz der IKÖ zur Frage der Kooption in die Leitung:

Die Mitgliederversammlung des Gebietes 3 ist der Meinung, daß eine Statutenänderung beschlossen werden soll, wonach die Kooption fähiger Mitglieder in die Leitung auf zwei beschränkt wird.

Die Mitgliederversammlung anerkennt gleichzeitig, daß unter den besonderen Bedingungen der Illegalität und des Kampfes, Situationen eintreten können, in welchen die Leitung zu außerordentlichen Maßnahmen gezwungen ist, die in den Statuten nicht

vorgesehen sind. Die Leitung wird solche Maßnahmen vor der Konferenz in jeder Beziehung zu verantworten haben.

19 Stimmen dafür

=====

Antrag 4)

Als trotzkistischer Kämpfer... erlaube ich mir, namens der uns nahestehenden Genossen nachstehenden Abänderungsantrag zur Abstimmung vorzulegen:

- a) Änderung des Namens IKÖ durch "Partei der marxistischen Einheit".
- b) Änderung des Namens Spartakist durch "Unter dem Banner des Marxismus" oder "Sozialistische Aktion".

Begründung: Unsere politische Tätigkeit hat nur dann praktischen Wert, wenn es uns gelingt, einen Weg zu den Massen zu finden. Nüchtern gesehen, verdanken die beiden Regierungsparteien ihre Popularität in den Massen nicht zuletzt der Tradition ihrer Partei während der vergangenen Jahrzehnte. Trotz des täglichen Mißerfolges im Kapfe um die Lebensinteressen des Proletariats folgt die Arbeiterklasse nach wie vor dem reformistischen Banner und dies im Unterbewußtsein an jene Zeit, in der die SP noch eine revolutionäre Partei war. Genau entgegengesetzt reagiert das Bewußtsein der Massen dann, wenn jene Partei an die Öffentlichkeit tritt, die den usurpierten Namen KPÖ trägt. Ich glaube, daß wir mit Euch einer Meinung sind, wenn wir die Überzeugung vertreten, daß es der KPÖ im Rahmen der demokratischen Spielregeln weder heute noch in absehbarer Zukunft gelingen wird, die Isolation zu sprengen, in der sie sich gegenüber den Massen befindet.

Wir müssen der Tatsache Rechnung tragen, daß allein schon der Name Kommunismus genügt, um bei 95% der Bevölkerung Ablehnung und Feindschaft hervorzurufen.

Ich möchte mit wenigen Worten sagen, was diese 95% sagen würden, wenn wir unter dem gleichen Namen, der keinerlei Kredit besitzt, an die Öffentlichkeit treten. Schaut, eine Splittergruppe der KPÖ, die mit noch brutaleren Mitteln an die Macht gelangen will. Daß wir von der Stalinpresse einfach als Faschisten bezeichnet werden würden, ist klar.

Viel Feind, viel Ehr', heißt es im Sprichwort. Wir aber wollen lieber am Boden der Tatsachen bleiben und zur Kenntnis nehmen, daß immer noch viele Hunde des Hasen Tod bedeuteten. Ich glaube, daß Ihr Euch der verzweifelten Lage bewußt seid, die dann entsteht, wenn wir unter dem Namen IKÖ an die Öffentlichkeit treten. Für die Massen ist der Name ein Symbol. Treten wir an sie mit einem defekten Namen heran, haben wir überhaupt keine Möglichkeit, diesen Namen zu rehabilitieren, weil uns die Massen von vornherein kein Gehör schenken.

Ich hoffe, daß Ihr diesen Abänderungsvorschlag einer genauen Prüfung unterzieht und dabei in erster Linie von praktischen Überlegungen aus urteilt.

Ähnlich liegen die Dinge bei dem Namen unseres Organs "Der Spartakist". Dieser Name mag den deutschen Genossen älterer Jahrgänge zweifellos und mit Recht Symbol einer revolutionären Vergangenheit sein. Aus eigener Erfahrung kann ich aber bestätigen, daß dieser Name selbst der deutschen Jugend zu mehr als 99% vollkommen fremd und unbekannt ist. Dennoch mag er für die

deutschen Verhältnisse unter Umständen erfolgversprechend sein. In Österreich liegen die Dinge wesentlich anders.

Einmal ist der Name "Spartakist" den österreichischen Arbeitern überhaupt nur mehr aus der Presse der Jahre 1918/19 verzerrt und verleumdet in Erinnerung und auch dies nur bei jenen, die über ein gewisses politisches Interesse und Wissen verfügen. Wir sollten aus der Vergangenheit soviel gelernt haben, um zu wissen, daß die Massen für Schlagworte sehr empfänglich sind. Selbst ein überholter Name, hinter dem sich eine kämpferische Tradition verbirgt (SPÖ), ist hundertmal zugkräftiger als ein ehrlicher Name, den die Masse nicht kennt. Und daß wir kaum in die Lage kommen, dem Namen "Spartakist" in den Augen jener, um die wir werben, jenen Glanz wiederzugeben, den er einst im fortschrittlichsten Teil des deutschen Proletariats verkörperte, wird wohl niemand bezweifeln. Dazu fehlt wohl in erster Linie die materielle Voraussetzung.

Kille

=====

Antrag 5

Die Konferenz möge beschließen, daß gegenüber Elementen, die links von den "Arbeiterparteien" SP und KP stehen (wenn sie auch nicht auf unserer politischen Linie stehen, wie z.B. Anarchisten und Ultralinke), die weitestgehende Loyalität zu über ist. So sollen diesen Elementen in Zukunft Zusammenkünfte und Diskussionen sowie eine klassenkämpferische Unterstützung nicht versagt werden. Nur dadurch können wir diese für die revolutionäre Bewegung gewinnen.

Brenner

=====

Antrag 6

1. Die Konferenz möge den Beschluß der außerordentlichen Konferenz nochmals bestätigen, daß sämtliches politisches Material (daher auch die "Mitteilungen", die sich auf politische Fragen beziehen) an Gen. Steiner abgegeben wird.
2. Die Konferenz möge obigen Beschluß dahingehend erweitern, daß dieses Material an sämtliche Genossen, die politisch und moralisch dem proletarischen Kampf ergeben sind, abgegeben wird.

Begründung: Die nochmalige Bestätigung des Punkt 1 dieses Antrages ist umso notwendiger, als dieser Beschluß der außerordentlichen Konferenz von der Leitung nicht eingehalten wurde.

Brenner, Dorn, Graf

=====

Antrag 7

1. Ich stelle den Antrag, die Konferenz möge die Methoden der Leitung untersuchen und verurteilen, die mich, ohne Untersuchungsverfahren, ohne Anklageerhebung und ohne mir die geringste Möglichkeit zu einer Verteidigung zu geben, ausschloß.
2. Ich stelle den Antrag, die Konferenz möge diesen Willkürakt der Leitung als nichtig erklären.

3. Im besonderen beziehe ich mich auf den in dieser Angelegenheit bereits stattgefundenen Briefwechsel.

Gertner

Beschluß der Leitung vom 8.10.47: "Gen. Gertner wird aus der Organisation ausgeschlossen, weil er sich mit den politischen Auffassungen und organisatorischen Methoden des von der September-Konferenz ausgeschlossenen Steiner offen solidarisiert hat und damit seinem Verhalten innerhalb der Organisation einen rein destruktiven Charakter gab."

Antwort des Gen. Gertner vom 27.11.47: "Ich bestätige hiermit den Empfang der Benachrichtigung vom 3.11.47 über den Beschluß der Leitung bezüglich meines Ausschlusses aus der IKÖ.

Hiermit gebe ich der Leitung der IKÖ bekannt, daß ich diese Maßnahme sowie deren Begründung absolut nicht anerkenne und von meinem Recht Gebrauch mache, an die nächste Konferenz der IKÖ zu appellieren.

Ich erwarte hierzu die rechtzeitige Verständigung. Gertner"

Brief der Leitung vom 3.12.47: "Die Leitung unserer Organisation hat Deinen Protest vom 27.11., der sich gegen Deinen Ausschluß richtet, zur Kenntnis genommen. Dein Fall ist damit an unsere nächste Konferenz verwiesen, die eine endgültige Entscheidung treffen wird. - Es ist klar, daß bis dahin der von der Leitung beschlossene Ausschluß samt allen sich daraus ergebenden Konsequenzen voll in Kraft bleibt. - Falls Du ein Schreiben an unsere Konferenz richten willst, dann raten wir Dir, dies sofort zu tun."

Brief des Gen. Gertner an die Leitung vom 26.12.47: "Ich bestätige den Erhalt des Schreibens vom 3.12.47 und ersuche um folgende Aufklärung: - 1. Aus dem Schreiben geht nicht hervor, ob ich verständigt werde, zu welchem Zeitpunkt mein Ausschluß von der Konferenz behandelt wird. - 2. Aus dem Schreiben geht nicht hervor, ob ich persönlich zu diesem Punkt zur Konferenz vorgeladen werde. - Ich stelle hiermit den Antrag, daß ich persönlich zu dem Programmpunkt meines Ausschlusses zur Konferenz vorgeladen werde, um die gegen mich gemachten Beschuldigungen konkret zu erfahren und um mich vor den Delegierten rechtfertigen zu können. - Ich erwarte den baldigen Bescheid. - Gertner"

Brief der Leitung vom 21.1.48: "An Gen. Gertner. - Wir bestätigen den Erhalt Deines Schreibens an die Leitung vom 26.12. und dessen Beilage, die ein Brief an die Mitglieder unserer Organisation ist, und teilen Dir folgendes mit: - 1. Deinen Brief an die Mitglieder unserer Organisation werden wir, zusammen mit dem übrigen Material zur Vorbereitung der Konferenz, veröffentlichen. - 2. Ob Du zur Behandlung Deines Ausschlusses zur Konferenz persönlich vorgeladen wirst, kann derzeit noch nicht entschieden werden. - Die Leitung"

Brief des Gen. Gertner: "An die Mitglieder der IKÖ - Genossen! Da mir durch die Leitung (siehe Brief vom 3.12.) jegliche demokratische Möglichkeit verwehrt wurde, zu den Mitgliedern der IKÖ zu sprechen, ersuche ich die Genossen, diese Zeilen an die Genossen der IKÖ weiterzuleiten, um dadurch die Delegierten zur Konferenz auf diesen Programmpunkt vorzubereiten. - Ich stimmte bei der September-Konferenz offen gegen den Ausschluß des Gen. Steiner allein schon aus dem Grunde, da dieser Ausschluß unter Mißachtung jeglicher innerparteilicher Demokratie vor sich ging. Ich ließ nach der Konferenz und bei dieser keinen Zweifel darüber offen, daß ich mich zu dem Ergebnis

in Opposition befinde. Die Konferenz nahm dies als selbstverständlich schweigend zur Kenntnis. Meine Opposition kam nun lediglich auf der Zusammenkunft des Gebietes 16 zum Ausdruck. Bei dieser Aussprache war die Darstellung der Konferenz eine derart einseitige, durch und durch undemokratische, die stets in dem Ausspruch gipfelte: Die Leitung wird die Verantwortung tragen. Das Hauptargument vor der Konferenz zur Mißachtung der innerorganisatorischen Demokratie, die Konspiration - die es der Leitung vor der Konferenz unmöglich machte, die Verteidigung des Gen. Steiner vor den Mitgliedern persönlich vorzutragen - stürzte zusammen als das Ergebnis, der Ausschluß, perfekt war. Die Konferenz faßte den Beschluß, nachträglich jedem Mitglied (nicht nur den Delegierten) das Konferenzprotokoll vorzulegen. Und die Leitungsvertreter operierten damit bei dem besagten Gebietsausflug ohne Hemmungen, soweit es den Standpunkt der Leitung rechtfertigte. Diese Methode entriß mir den Ausspruch: "Auch Hitler brüstete sich mit dem Tragen der Verantwortung". Ich bedauere dies, ich hätte Stalin sagen sollen.

Genossen! Ich füge mich gerne einer Parteidisziplin. Diese darf aber nicht tödlich wirken. Die Leitung aber verlangte von mir praktisch die schweigende Hinnahme des Bruches der primitivsten Demokratie. Diese starre Organisationsdisziplin richtete sich nun gegen mich. Ohne jegliche weitere Aussprache, ohne Vorladung, ohne Verantwortung zu verlangen, ohne jegliche Rechtfertigung meinerseits auch nur zu erwägen, ohne jegliches demokratisches Mäntelchen erhielt ich im Laufe des November folgenden Beschluß der Leitung (mitgeteilt): - Wörtliche Wiedergabe des Beschlusses vom 8.10.47 (siehe oben).

Genossen! kann eine revolutionäre Organisation überhaupt noch Worte finden, diesen Schritt zu rechtfertigen? Und dennoch wird sie es tun, tun müssen, ohne auch nur den Schein eines Beweises erbringen zu können, daß ich vielleicht eine akute Gefahr für die Organisation gewesen wäre, die eine Rechtfertigung ausschloß! Sie tut es, da sie die Kritik einfach mundtot macht mit Methoden, die die Stalinpartei praktiziert. Könnt Ihr, Genossen, wirklich einem derart undemokratischen Ausschluß auch noch zustimmen? Genossen, ich wende mich an Euch, da Ihr die Delegierten zu wählen habt, da Ihr vielleicht selbst delegiert werdet, um diesem Unrecht zuzustimmen oder es zu verwerfen. Da Ihr abzustimmen haben werdet gegen eine Methode oder für dieselbe, die sich bei Kritik gegen Euch selbst richtet.

Ich sandte der Leitung folgende Antwort: - Wörtliche Wiedergabe des Briefes vom 27.11.47 (siehe oben).

Im Dezember erhielt ich von der Leitung folgende Antwort: - Wörtliche Wiedergabe des Briefes vom 3.12.47 (siehe oben).

Aus diesem Schreiben geht jedenfalls eindeutig hervor, daß für mich das demokratische Recht überhaupt nicht bestand. Es ist nur verwunderlich, daß ich noch ein Schreiben an die Konferenz richten darf, denn nach all' dem bisher Geschehenen hätte die Leitung den Beschluß der September-Konferenz bezüglich Gen. Steiner gleich auch auf mich anwenden können. Es wäre so in einem Aufwaschen gegangen, die Verantwortung hätte dann eben die Leitung auch noch zu tragen gewußt. Diese letzte Konsequenz dürfte aber sogar der Leitung bedenklich sein, was umgekehrt wieder die ganze andere Methode aber in ihrem wahren Lichte zeigt: Demokratie nur soweit als es in den Rahmen der Leitung paßt. Kritik nur soweit, soweit die Leitung darüber die Kontrolle hat.

Genossen, bedenkt bei Eurer Entscheidung, daß es hier nicht nur um mein demokratisches Recht geht, sondern daß es hier um

das Fundament geht nicht nur eine Partei aufzuzüchten, sondern den Keim der revolutionären Arbeiterpartei, -internationale zu legen, daß es hier um das Recht geht, weswegen wir eben nicht bei SP und Stalinpartei sind. - Mit proletarischen Grüßen!

Gertner

=====

Antrag 8

Genossen, Genossinnen! Am 20.8.47 teilte mir Gen. L. den Beschluß der Leitung mit, daß ich auf unbestimmte Zeit von jeder organisatorischen Tätigkeit suspendiert sei und die Leitung hierfür die volle Verantwortung trage. Als Begründung führt die Leitung folgendes an: - 1. Unkontrollierbare Verbindungen mit Elementen, die die organisatorische Tätigkeit hemmen und die Organisation schädigen. - 2. Seit Monaten mit der derzeitigen Parteilinie nicht einverstanden, auf Grund meines Ausspruches, die Organisation betreibe "revolutionäre Onanie".

■ Gegen diesen Beschluß erhebe ich Einspruch. Ich wende mich ■ an die Konferenz mit dem Ersuchen, den Beschluß der Leitung ■ aufzuheben und mir meine Rechte als Mitglied wieder zuzusprechen.

Begründung:

1. Die Leitung beschuldigt mich unkontrollierbarer Verbindungen mit Elementen, die die Organisation hemmen und schädigen, ohne konkrete Beweise anzuführen. Ich lehne diese Art von "Begründung" ab, weil sie keine ist, sondern nur eine Behauptung. Die Leitung möge die Beweise für diese ihre Behauptung liefern. - Die Verbindung mit Gen. Bux habe ich mit Einverständnis der Leitung gepflogen. Folglich kann mir diese Verbindung nicht zum Vorwurf gemacht werden.

2. Kennzeichnend für den Geist, der die derzeitige Leitung erfüllt, ist ihr zweites Argument gegen mich, nämlich, daß ich seit Monaten "mit der derzeitigen Parteilinie nicht einverstanden" bin. - Nun, Genossen Delegierte, es ist ein unveräußerliches Grundrecht jedes Mitglieds, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese offen aussprechen zu dürfen, ohne Gefahr zu laufen, dafür bestraft zu werden, ganz gleich ob diese Meinung richtig oder falsch ist oder im Gegensatz zur Meinung der Leitung steht. - Ist doch diese Konferenz der sichtbare Beweis dafür, daß ein großer Teil der Mitglieder mit der derzeitigen Politik der Leitung nicht einverstanden ist. Mit Sultanmethoden und bürokratischen Maßnahmen, wie in der Stalinpartei üblich, kann die Leitung keinen aufrechten Revolutionär erzeugen. - Zum Schluß noch bezüglich "revolutionärer Onanie". Es wird wohl noch erlaubt sein, beispielsweise die Politik der Leitung zu charakterisieren. Es wirkt geradezu kindisch, lächerlich, solches als Argument gegen mich zu verwenden.

Im Vertrauen, daß diese Konferenz dem unhaltbaren Krisenzustand unserer Organisation ein Ende setzen und den Weg zu geistlicher Arbeit freimachen wird, rechne ich damit, daß in diesem Sinne auch mein Anliegen geregelt wird. - Genossen und Genossinnen, ich wünsche der Konferenz vollen Erfolg im kämpferischen Sinne. - Mit revolutionären Grüßen!

Wally

Nachdem seit längerem verschiedene Berichte über undiszipliniertes und konspirativ ungünstiges Verhalten der Gen. Wally der Leitung übermittelt worden waren und nachdem sich dieses Verhalten trotz der Bemühungen jener Genossen, die mit der Genossin die Verbindung hielten, nicht geändert hatte, faßte das PB am 4.7.47 folgenden Beschluß: "Gen. Wally wird aus den bereits bekannten Gründen suspendiert. Zeitpunkt und Durchführung bleiben der GL überlassen, welche hierzu einen konkreten Vorschlag auszuarbeiten hat."

=====

Antrag 9

Die Konferenz wird über den Austritt der ehemaligen Minderheit aus unserer Organisation zu entscheiden haben. Wir haben seinerzeit alle auf diese Frage bezüglichen Dokumente veröffentlicht ("Interne Mitteilungen" Nr. 10 und 12).

Am 16.12.47 forderte die schweizerische Sektion in einem Brief von uns, daß wir " - a) den Ausschluß dieser vier Genossen der Minderheit sofort zurückziehen; - b) inskünftig derartige stalinbürokratische Verdrehungs-, Irreführungs- und Vergewaltigungsmethoden einstellen und - c) die Diskussion der schwebenden KKT-Frage bis zu dem Zeitpunkt verschieben, wo alles notwendige Material und der Genosse, der diese Taktik ausgearbeitet hat, in Wien sein werden - es sei denn, daß eine akute Veränderung der Weltlage, infolge auch weiteren Versagens der Internationale deren Klärung dringlich machen würde".

Diesem Brief fügte die ehemalige Minderheit folgende Zeilen an: "An die Leitung! - Die Stellungnahme der Schweizer Sektion ist identisch mit den Forderungen, die wir an Euch richten. Durch den seinerzeitigen Leitungsbeschluß wurden zwar nur vier Genossen der Minderheit als außerhalb der Organisation stehend bezeichnet, aber es wurden sieben Genossen dadurch betroffen. Unsere Forderung bezieht sich daher auch auf diese sieben Genossen. - Wir ersuchen um Antwort an Gen. Felix. - Im Auftrage der Minderheit gez. Felix".

Die Leitung hat sich am 12.11.48 aus besonderen Gründen mit einem Offenen Brief an alle Mitglieder der ehemaligen Minderheit gewandt, in dem diese Genossen darauf aufmerksam gemacht wurden, daß ihnen das Appellationsrecht an die Konferenz zusteht. Gleichzeitig wurden sie aufgefordert, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt auf diesen Offenen Brief Antwort zu geben. Hier ist ihr Wortlaut: "Genossen! Wir halten nach wie vor unseren Protest und unsere Forderungen vom November 1947 aufrecht. - Wenn Ihr Euch entscheidet, daß der Kampfbund an Eurem Delegiertentag teilnehmen soll, ersuchen wir um schriftliche Einladung und den konkreten Teilnahmsbedingungen. - Proletarische Grüße! - Die Leitung des Kampfbundes - 26. Nov. 1948".

Mit dem "Protest vom November 1947" ist offenbar das Dokument vom 19. Nov. 47 gemeint, welches wir in den "Internen Mitteilungen" Nr. 10 veröffentlicht haben.

=====

(Wird fortgesetzt!)

Antrag 10

Resolution:

DER WEG ZUR PROLETARISCHEN KLASSENPARTEI
=====

Antrag an die Organisationskonferenz von Heger, Nordau, Sachs

1. Der Sieg des Weltproletariats über die Weltbourgeoisie ist unter den heutigen Bedingungen des verfaulenden Kapitalismus zum Problem der Führung des Proletariats geworden. Ob der raubgierige Imperialismus die Menschheit in ein drittes Weltgemetzel stürzen, ob die Arbeiterklasse von SP und Stalinpartei in eine neue Serie von Katastrophen hineingeführt wird, ob es gelingt, die Errungenschaften des Oktober den Klauen der Kremlclique zu entreißen - all' das hängt letzten Endes davon ab, in welchem Maße es der IV. Internationale gelingt, ihre Sektionen zu Parteien auszubauen, die die Massen zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie führen werden.

2. Die Trotzlisten haben 1934 den Kampf um eine neue Internationale, um neue Klassenparteien unter vollständig anderen Bedingungen aufgenommen, als die III. Internationale 1919 unter Lenin. Am Beginn der III. Internationale stand der größte Sieg der Weltarbeiterklasse, die Errichtung der revolutionären Diktatur des Proletariats in Rußland. Der Beginn der IV. Internationale fiel zusammen mit der größten Niederlage, der Katastrophe in Deutschland. Bei der Gründungskonferenz 1938 stand der zweite imperialistische Weltkrieg Pate. Die III. Internationale begann unter Führung der bolschewistischen Partei Rußlands, die sich durch ihren Sieg im Oktober das Vertrauen großer Teile der Weltarbeiterklasse errungen hatte. In den ersten Jahren der III. Internationale haben sich starke Fraktionen von der SP abgespalten und kommunistische Parteien gebildet, ja es sind ganze Parteien von der II. in die III. Internationale übergetreten. Die III. Internationale konnte sich sofort als Hauptaufgabe die Gewinnung der Massen stellen. Anders bei der IV. Internationale. Sie begann mit wenigen Kadern, Gruppen, kleinen Organisationen.

3. Die IV. Internationale und ihre Sektionen haben das zweite imperialistische Weltgemetzel überstanden, wenn auch aus tausend Wunden blutend. Ihr schwerster Verlust war, daß sie ihres Führers, Leo Trotzki, beraubt worden war. Aber nicht nur Trotzki, sondern auch der Großteil der führenden Kader ging während des Krieges zugrunde, starben in den KZ-Lagern, fielen im Kampfe gegen Imperialismus und Konterrevolution. Ein Teil wurde von Kain-Stalin ermordet und andere wurden durch die lange Dauer des Kampfes müde oder verfielen dem Opportunismus. Das Proletariat brauchte 1945 dringend eine neue revolutionäre Führung, die nur die IV. Internationale sein konnte. Aber diese mußte ihre erste große Chance ungenutzt vorübergehen lassen. Sie war zu schwach. Es fehlte vor allem an einsatzbereiten, geschulten Kadern. Es fehlte vor allem an Kadern, die zur Führung befähigt gewesen wären. Viele junge, ehrliche, revolutionäre Elemente waren an Stelle der ausgefallenen erfahrenen Kader in die Reihen der trotzkistischen Kämpfer getreten. Aber sie konnten nicht in so kurzer Zeit zu revolutionären Führern der proletarischen Klassenorganisation werden. Sie, die die zur IV. Internationale stoßenden Arbeiter erziehen, schulen, führen sollten, bedurften selbst noch der revolutionären Erziehung, Schulung. In vieler Hinsicht mußte von vorne begonnen werden.

4. So wird der Aufbau von Parteien für die IV. Internationale vor allem ein Problem des Aufbaus der Führung. Eine starke, erfahrene und stabile Führung ist die Grundvoraussetzung für den Aufbau einer Partei. Die Erfahrungen der letzten Jahre in einzelnen Sektionen der Internationale, besonders in Frankreich und Italien, widerspiegeln gerade das Gegenteil: Die verhältnismäßige Schwäche und Labilität der Führung. Ein wichtiger Faktor bei der Führung einer Partei, genau so wie bei der Führung der Massen durch die Partei, ist Autorität. Diese wichtigste Eigenschaft eines führenden Kaders kommt nicht in den Schoß gefallen, sondern sie muß erarbeitet werden. Nur die Führung, die in vielen Jahren ihrer Tätigkeit beweist, daß sie alle erforderlichen Eigenschaften einer revolutionären Führung, wie Klarheit, Entschlossenheit, Voraussicht, in sich vereinigt, nur die Führung, die wenige Fehler und vor allem keine schweren Fehler macht, nur diese wird Autorität besitzen. Selbstverständlich muß die Autorität von den Mitgliedern freiwillig anerkannt werden und diese schließt auch nicht die notwendige Kritik durch die Parteimitglieder aus. Im Gegenteil, nur eine Führung, die auf demokratischer Autorität beruht, wird sich der Kritik stellen. Auch Stalin und seine Clique besitzen "Autorität", aber diese beruht nicht auf dem demokratischen Willen der Mitglieder der Stalinpartei, sondern in der Anerkennung durch speichelleckende Postenjäger und in der Furcht vor dem NKVD. Alle äußeren Zeichen der Autorität, wie Orden, Uniformen, Lobhudeleien usw., ohne die der Diktator im Kroml nicht existieren könnte, wären den wirklichen Führern des Kommunismus und der Massen, wie Marx, Lenin und Trotzki, vollständig fremd. Sie wurden durch ihre revolutionäre Tätigkeit, die sie unter der Kontrolle der Partei und der gesamten Arbeiterklasse ausübten, zur Personifizierung des revolutionären Kommunismus ganzer Epochen.
5. Lenin und Trotzki sind tot. Sie leben zwar durch ihre Werke innerhalb der IV. Internationale weiter, aber als Personen, als Führer sind sie nicht ersetzbar. Solche Erscheinungen, in denen sich geistige Genialität mit Charakterfestigkeit, Fleiß und mutiger Entschlossenheit paart, kommen nur selten vor. Wenn auch Lenin und Trotzki nicht mehr sind, so steht die Führung der IV. Internationale und ihrer Sektionen dennoch vor ebenso schweren Aufgaben, wenn nicht vor schwereren, als diese bewältigt haben. Und diese Aufgaben müssen bewältigt werden. Die Aufgabe für die einzelnen Sektionen der IV. Internationale steht nicht so, daß sie jetzt um jeden Preis Führer hervorbringen müssen, die so viel als möglich an Lenin und Trotzki heranreichen, sondern, daß sie Wege und Methoden beschreiten muß, um die beste Führung an ihrer Spitze zu haben. Der Mangel an erfahrenen Führern muß durch kollektive Arbeit der gesamten Führung ersetzt werden. Bei genügender Quantität an geschulten, erfahrenen, führenden Kadern, müssen diese auch neue Qualitäten hervorbringen: die Führer des Weltsieges der IV. Internationale über den verfaulenden Kapitalismus.
6. Nur diejenigen, die sich berufsmäßig mit Politik beschäftigen, sind den Anforderungen einer revolutionären Führung gewachsen. Unter den heutigen Bedingungen der materiellen Schwäche unserer Organisationen, die sich zum allergrößten Teil weder bezahlte Redakteure, noch Sekretäre leisten können, reduziert sich das Problem darauf, daß sich in erster Linie nur jene Elemente für die führenden Kader eignen, die entschlossen sind, und es auch tatsächlich beweisen, daß sie ihren bürgerlichen Beruf nur zum Broterwerb betreiben und ihre Ausbildung in diesem Berufe derjenigen in den marxistisch-leninistischen Theo-

rie und Praxis hintanstellen. Dies gilt insbesondere für Intellektuelle. Intellektuelle, die sich mit beiden Füßen auf den Boden des Proletariats stellen, sind auf Grund ihrer intellektuellen Voraussetzungen, die sie mitbringen, die geeignetsten Führer für die proletarische Klassenpartei. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung wäre undenkbar ohne jene intellektuellen "Deserteure" aus dem bürgerlichen Lager, die die Sache des Proletariats zu der ihrigen machten, die die glänzendste bürgerliche Karriere aufgaben, um das entbehrungsreiche Leben eines Berufsrevolutionärs zu führen. Aber diese heroischen Führer der Arbeiterklasse sind seltener als Edelmetall. Sie sind heute seltener als in der Frühzeit der Arbeiterbewegung. Die besten Teile der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Intelligenz, besonders die Jugend, werfen sich auf ein technisches oder wissenschaftliches Spezialgebiet, in dem Glauben hier von der Politik unabhängig zu sein, jenseits des Klassenkampfes zu stehen. Der Verrat von SP und Stalinpartei und die Niederlagen der Arbeiterklasse haben die Intellektuellen noch mehr als die Arbeiter demoralisiert. Nur die allerbesten werden die Posten und Pöstchen, die ihnen Stalin- und SP-Bürokratie anbieten, beiseite liegen lassen und den Weg zur IV. Internationale, die ihnen nichts als ein revolutionäres Programm bieten kann, finden. Gefährlich für unsere Bewegung sind jene Intellektuelle, die die Politik so nebenbei, sozusagen zum Zeitvertreib, betreiben. Für diese Elemente war und ist der Trotzismus eine interessante Modeerscheinung, an der man irgendwie teilnehmen muß, um ebenfalls zu den interessanten Leuten zu gehören. Sie haben viel dazu beigetragen, daß unsere Bewegung in manchen Sektionen in Diskussionszirkeln zu erstarren drohte. Ohne Verbindung mit dem lebendigen Kampf der Arbeiterklasse haben sie jeden Druck der bürgerlichen "öffentlichen Meinung", der auf ihnen als Angehörige jener Schichten und Klassen, die die "öffentliche Meinung" ausdrücken, lastet, auf unsere Bewegung übertragen. Viele dieser Intellektuellen haben bei der ersten Bewährungsprobe die Reihen der IV. Internationale verlassen, bewegen sich heute in hoffnungslos sektiererischen Zirkeln oder sind im Lager der Bourgeoisie gelandet, nicht ohne Verwirrung und Demoralisation zu hinterlassen.

7. Mehr denn je gilt heute das Marx'sche Wort: "Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein". Es gilt auch für den Aufbau der neuen Klassenpartei. Wenn auch die Arbeiterbewegung auf die Hilfe von Intellektuellen nicht verzichten kann, so beweisen dennoch alle Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, daß die Erziehung von fortgeschrittenen Arbeitern zu führenden Elementen eine unbedingte Notwendigkeit ist. Nur eine ernstlich betriebene Kadenschulung gibt die Gewähr dafür, daß der Führung unserer Organisationen für die immer mehr anwachsenden Aufgaben, die geschulten Revolutionäre zur Verfügung stehen. Kadenschulung und Aufgabenstellung stehen für die Organisation in direktem Zusammenhang, je mehr und gründlicher geschulte Kader, desto mehr und größere Aufgaben kann sie sich stellen.

8. Die Kadenschulung darf sich nicht nur auf die Aneignung der marxistisch-leninistischen Theorie beschränken, sie muß auch die praktischen Erfahrungen unseres Kampfes in den Betrieben, in der Fraktionsarbeit usw. verarbeiten. Sie muß auch Anleitung zum methodischen Selbststudium sein. Auf diesem Gebiet haben die Intellektuellen die besten Erfahrungen, sie müssen sie an die Arbeiter weitergeben. Die Intellektuellen dagegen müssen in der praktischen Tätigkeit von den Arbeitern lernen.

Nur so wird die Kaderschulung zu einer kollektiven Arbeit werden und befruchtend auf die Entwicklung eines jeden einzelnen Teilnehmers wirken. Die Kaderschulung soll in drei Stufen aufgebaut sein:

a) Die erste Stufe ist die Schulung der Kandidaten in den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, vor allem in den Fragen Klasse, Staat, Partei.

b) Die zweite Stufe beinhaltet die Heranbildung von aktiven Kämpfern. Im Vordergrund soll hier vor allem die Verbindung der revolutionären Theorie mit der revolutionären Praxis stehen. Das Ziel dieser zweiten Stufe soll die Heranbildung von Revolutionären, die in der Betriebs- und in der Fraktionsarbeit eingesetzt werden können, sein.

c) Die dritte Stufe soll jene Elemente umfassen, die sich in führenden Aufgaben bewährt haben oder sich für führende Funktionen eignen. Aus dieser Stufe soll sich die Führung der Organisation ergänzen und erweitern.

Selbstverständlich läßt sich die Kaderschulung nicht immer in ein starres Schema pressen. Aber die hier vorgeschlagene Dreiteilung soll als Grundsatz dienen. Die Kaderschulung, wenn auch mit noch so bescheidenen Anfängen, konsequent und systematisch in unseren Organisationen betrieben, wird eine stetige quantitative Verbesserung unserer Kader bewirken. Die Kaderschulung soll auf internationaler Basis ihre Fortsetzung finden, wobei gleichzeitig die einzelnen nationalen Erfahrungen ausgetauscht werden müssen.

9. Auf dem zweiten Weltkongreß wurde den einzelnen Sektionen

der Internationale der Übergang von Propagandagruppen zu Massenparteien als unmittelbare Aufgabe gestellt. Das bedeutet einen entscheidenden Wendepunkt im Aufbau der Partei. Im vierten Kapitel sagt die Resolution: "Die Weltlage und die Aufgaben der IV. Internationale" dazu: "Die objektiven Bedingungen in bezug auf die Verstärkung unserer Organisationen und ihrer mehr oder minder schnellen Umwandlung in Massenparteien bleiben günstig. Das Haupthindernis, das gegenwärtig diesen Weg versperrt, ist die subjektive Schwäche, die ihre Ursache in der beschränkten Anzahl zum wirksamen Eingreifen in die Kämpfe befähigter Kader und in den hier und dort auftretenden sektiererischen oder opportunistischen Auffassungen hat". In diesem Absatz wird das Kernproblem der Weiterentwicklung der Organisationen der IV. Internationale berührt: Wie kann das Haupthindernis, die subjektive Schwäche überwunden werden? Genauer gesprochen liegt das Haupthindernis nicht bei der subjektiven Schwäche der Kader schlechthin, sondern in erster Linie bei der Schwäche der führenden Kader. Die "beschränkte Anzahl zum wirksamen Eingreifen in die Kämpfe befähigter Kader" widerspiegelt nur die qualitative und quantitative Schwäche der Führung selbst, denn deren Aufgabe wäre es gewesen, die befähigten Kader heranzuziehen. Den Organisationen der IV. Internationale erwachsen daher bis zu einem gewissen Grade kombinierte Aufgaben. Für jene Sektionen, die noch keine Parteien in dem Sinne, daß sie Einfluß auf die Massen haben, sind, besteht die kombinierte Aufgabe darin, daß sie am Klassenkampf teilnehmen und mit unseren Übergangslosungen die Arbeiterbewegung durchdringen, aber diese Tätigkeit nach der Zweckmäßigkeit der Propaganda für unser revolutionäres Programm organisieren. Das heißt, unsere Propagandisten nehmen dort am Kampf der Arbeiter teil, wo sie die besten Aussichten für die Propagierung unseres Programms und die Gewinnung von Arbeitern für unsere Organisationen ergeben. Die Propaganda in dieser Etappe ist Hauptaufgabe, die

Agitation notwendige und nützliche Vorarbeit, ihre Ergebnisse Nebenprodukt. Die Führung muß die Kräfte so verteilen, daß genügend Kraft für die intensive Ausbildung und Fortbildung der Kader bleibt. Diese Arbeit, planmäßig und ausdauernd durchgeführt, muß zu einer ständigen quantitativen und qualitativen Stärkung der Organisation, aber auch schließlich zu immer größerem Einfluß in den Massen führen. Wenn Agitation und Propaganda, Massenarbeit und Kaderschulung nicht in richtige Wechselbeziehung gebracht werden, was einer der schweren Fehler der PCI in Frankreich war, dann wird die IV. Internationale die Massen ebenso wie die II. und III. Internationale enttäuschen.

Einen ähnlichen schweren Fehler machte das IS in der Deutschlandarbeit. Die Herausgabe eines Massenorgans ("Neuer Spartakus") im Jahre 1946 war ein Schritt, der weder der IV. Internationale noch den Massen genützt hat. Anstatt mit wenigen vorhandenen Genossen Kaderschulung zu betreiben, um die feste Grundlage einer Organisation, die die unumgängliche Voraussetzung für jede weitere Tätigkeit gewesen wäre, zu schaffen, wurde wertvolle Kraft, Geld und auch Zeit für die Herausgabe eines Massenorgans verschwendet, das Mangels an Möglichkeiten nicht einmal an die Massen verteilt werden konnte.

10. Unser Übergangsprogramm, unsere revolutionäre Propaganda für die IV. Internationale und die Ziellosungen können nicht nur von außen allein durch Zeitungen und Flugschriften in die Arbeiterbewegung hineingetragen werden. Sie sind nur dann wirkungsvoll, wenn es die Trotzlisten verstehen, innerhalb der Arbeiterbewegung selbst, in den Betrieben, in den Verratsparteien, in den Massenorganisationen usw. zu arbeiten. Diese Fraktionsarbeit ist ein wichtiger Faktor bei der Umwandlung unserer Organisationen in Parteien mit Masseneinfluß. Diese Arbeit setzt aber erfahrene Kader und in erster Linie eine erfahrene und fähige Führung voraus. Die Führung muß es verstehen, durch planmäßige Organisation der Fraktionsarbeit, durch Einsatz der Kräfte im richtigen Zeitpunkt am richtigen Platze, die größten Erfolge zu erzielen. Selbst wenn es zur Gewinnung von ganzen Teilen von Organisationen kommt, so ist letzten Endes immer die individuelle Arbeit des einzelnen Propagandisten das Entscheidende. Die Überzeugung durch das geschriebene Wort in Zeitung und Flugschrift kann nur dann erreicht werden, wenn sie durch das gesprochene Wort und das persönliche Beispiel ergänzt werden.

Da sich jede Fraktionsarbeit den spezifischen Bedingungen der Umgebung, in der sie geleistet wird, anpassen muß (Betriebsarbeit, Jugendarbeit usw.), also im besten Falle nur Teile unseres Programms propagiert werden können, ist es doppelt wichtig, die revolutionäre Propaganda in einem unabhängigen Organ aufrechtzuerhalten. In diesem Organ muß sich die unabhängige Organisation von jedem Opportunismus scharf abgrenzen, was in der Fraktionsarbeit nicht immer möglich ist.

Das beste Rekrutierungsfeld für die revolutionäre Organisation findet sich in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Hier können die Trotzlisten, am Klassenkampf teilnehmend, am günstigsten eine unabhängige Position gegenüber den beiden Verratsparteien wahren.

11. Die Beschlüsse des zweiten Weltkongresses unterstreichen mit Recht die objektiv günstigen Bedingungen für unsere revolutionäre Arbeit innerhalb der SP. Aber die "Taktik", die dabei den Sektionen der IV. Internationale vorgeschlagen wird, ist, soweit sie den totalen Eintritt betrifft, als prinzipiell unzulässig abzulehnen. In der Resolution des Weltkongresses heißt es: "Die Organisationen der IV. Internationale haben die

Aufgabe, ihr besonderes Augenmerk auf die fortbestehenden sozialistischen Organisationen zu richten und die Zweckmäßigkeit der Taktik des teilweisen, in bestimmten Fällen selbst des völligen Eintritts in diese Organisationen konkret ins Auge zu fassen".

Der Totaleintritt einer revolutionären Klassenorganisation, einer Sektion der IV. Internationale in eine opportunistische Partei, Organisation, bedeutet die Preisgabe des Prinzips der organisatorischen und letzten Endes auch der politischen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Ausgehend von der Erkenntnis, daß weder SP noch Stalinpartei zu gesunden, sondern klassenfremde Parteien, die nicht mehr imstande sind, die Interessen der Arbeiterklasse zu verwirklichen, treten die Trotzlisten seit 1934 für die Schaffung einer neuen revolutionären Klassenpartei, Internationale ein. Die Schlußworte im "Manifest der IV. Internationale" vom April 1946 lauten: "Es gibt keinen anderen Ausweg, als die Vereinigung unter dem Banner der IV. Internationale".

Wir stellen der Weltarbeiterklasse die Annahme unseres revolutionären Programms und den Kampf für die Verwirklichung dieses Programms unter der Führung der IV. Internationale und ihrer Sektionen als einzigen Ausweg hin. Diejenigen, die für den "Entrismus", d.h. für den Totaleintritt der Sektionen der IV. Internationale in reformistische oder zentristische Organisationen eintreten, verleugnen tatsächlich diesen einzigen Ausweg in seiner letzten Konsequenz. Denn nur die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Klassenorganisation ermöglicht die vollständige Freiheit der revolutionären Propaganda für unser Programm, ermöglicht die Verwirklichung der führenden Rolle der einzelnen Organisationen der IV. Internationale.

Zu den objektiven Schwierigkeiten beim Aufbau der Parteien der IV. Internationale sind noch subjektive hinzutreten, die vor allem in dem Mangel an Kaderschulung zu suchen sind. Die "Entristen" unter Führung des IS wollen das langsame Wachstum und teilweise Stagnieren der einzelnen Sektionen durch Experimentieren und Manövrieren überwinden. Der "Entrismus" oder Totaleintritt ist so ein Manöver, das der Ungeduld entspringt. Manöver sind zulässig, soweit sie sich auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes bewegen. Dies ist aber bei der "Taktik" des Totaleintritts nicht der Fall, denn die Wahrung der organisatorischen und politischen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ist eine Frage des Prinzips.

Der Totaleintritt ist letzten Endes nichts anderes als eine Vereinigung mit einer opportunistischen Partei oder Organisation, und zwar eine Vereinigung mit Hintergedanken, denn dem Totaleintritt (der Vereinigung) soll im günstigen Augenblick die Spaltung folgen. Das Resultat kann nur Verwirrung in der Arbeiterklasse wie in den eigenen Reihen sein.

12. Nach Ansicht der "Entristen" ist der Totaleintritt nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig: Existenz von starken und erfahrenen Kadern in der eigenen Organisation; günstige objektive Bedingungen; Existenz eines linken Flügels in der "Gastorganisation"; Recht auf Fraktionsbildung, einschließlich des Rechtes der Haltung eines eigenen Organs; Aufrechterhaltung der illegalen Organisation; die eintretende Organisation darf noch keinen Masseneinfluß haben, also Partei sein, denn dann wird der Totaleintritt auch für die "Entristen" zu einer Frage des Prinzips. Die historischen Erfahrungen, die Praxis des Totaleintritts zeigen, daß diese Voraussetzungen nur taktischer Natur sind: In Frankreich gab es nicht jene qualifizierten Kader, die die Voraussetzung für einen Totaleintritt sind. - In den

USA traten die Trotzlisten als Einzelmitglieder in die SP ein, ohne Fraktionsrecht und eigenes Organ. - In England erfolgte der Eintritt in die Labour Party noch bevor sich ein zentristischer Flügel herausbildete. - In Indien erfolgte der Eintritt, trotzdem die indische Sektion bereits Masseneinfluß hat.

Das Prinzip der organisatorischen und politischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit gilt sowohl für die Partei als auch für die Kernorganisation, die sich bereits vor der Arbeiteröffentlichkeit konstituiert hat. Es gilt selbstverständlich nicht für Gruppen, die innerhalb von opportunistischen Parteien entstehen; ihre Abspaltung, Vereinigung mit einer bestehenden Gruppe oder ihre Konstituierung ist eine Frage der Taktik.

13. Dieselben Ziele, die die "Entristen" vorgeben, erreichen zu wollen (Unterstützung der Herausbildung eines linken Flügels in der SP, Propagandamöglichkeit für unser Übergangsprogramm und selbst für Teile des Programms), können ohne Preisgabe der revolutionären Organisation durch Fraktionsarbeit erreicht werden. Im Gegenteil, die Existenz der unabhängigen Klassenorganisation kann den Klärungsprozeß innerhalb des linken Flügels nur beschleunigen. So ist z.B. der Eintritt der holländischen Trotzlisten in die MLL-Front an sich ein Beispiel eines zulässigen Schrittes, der nichts mit dem "Entrismus" zu tun hat, sondern Fraktionsarbeit ist. Denn besonders unter illegalen Bedingungen ist es möglich, daß ein Großteil der Organisation, oder unter Umständen die gesamte Organisation Fraktionsarbeit in einer anderen illegalen oder auch legalen Organisation leistet, wenn es ihr gleichzeitig gelingt, die eigene illegale Organisation, das eigene Organ, die eigene Disziplin aufrechtzuerhalten. Wenn diese Bedingungen in Holland erfüllt wurden, dann war es ein prinzipiell zulässiger Schritt.

Der wesentliche Unterschied zwischen Totaleintritt und Fraktionsarbeit ist der, daß die "Entristen" die eigene Organisation offiziell liquidieren und als Trotzlisten, sich der Organisationsdisziplin und damit auch dem Programm der "Gast"-Organisation unterwerfen, während bei der Fraktionsarbeit die eingetretenen Trotzlisten unter der Führung und Disziplin der eigenen, selbständigen Organisation als linke Angehörige der opportunistischen Organisation auftreten und den revolutionären Elementen helfen, den Weg nach links zur IV. Internationale zu finden. Die Fraktionstätigkeit ist eine Arbeit auf lange Sicht. Ihr Ziel (neben der individuellen Propaganda für die revolutionäre Organisation) besteht darin, daß die eingetretenen Revolutionäre in jenem Zeitpunkt, in dem die fortgeschrittenen Arbeiter die Verratspolitik ihrer Parteien zu durchschauen beginnen und sich entschieden nach links bewegen, mit dem vollen Programm auftreten und auf die Spaltung und Vereinigung mit der revolutionären Organisation hinarbeiten. Alle ehrlichen stalinistischen und sozialistischen Arbeiter, denen wir als konsequente Revolutionäre bekannt sind und deren Gewinnung unser Hauptziel ist, würden die offizielle Auflösung ihrer Klassenorganisation, als die wir ihnen die Sektionen der IV. Internationale hinstellen, als Kapitulation empfinden und dadurch noch mehr verwirrt und dem Einfluß ihrer bürokratischen Führung verfallen. Dazu käme, daß die Trotzlisten nach dem Eintritt in eine zentristische oder reformistische Organisation mitverantwortlich für deren Politik in der Arbeiteröffentlichkeit wären.

Die historischen Erfahrungen mit dem "Entrismus" haben seine grundsätzliche Ablehnung nur erhärtet. In fast allen Fällen brachte er auf die Dauer keine qualitative und quantitative Stärkung der eingetretenen Organisation, sondern im Gegenteil Spaltungen und Demoralisation, ja sogar den vollständigen Zerfall. Selbstverständlich ist an dem Zerfall der französischen und belgischen Organisation nach ihrem Totaleintritt nicht nur der "Entrismus" allein schuldtragend, sondern ihre Gesamtkon-

zeption im Aufbau der Partei, in der aber der "Entrismus" eine entscheidende Rolle spielt.

Der Bericht des IS "Der Aufbau unserer Sektionen in Europa" beim Oktober-Plenum spricht von der "allgemeinen Erscheinung der Entpolitisierung unserer Bewegung". Dies ist eine ernste Feststellung, eine ernste Tendenz in der IV. Internationale. Bei einer Verbreiterung, Vertiefung dieser Tendenz kann sie zur Katastrophe führen. Der "Entrismus" mit all' seinen Konsequenzen kann diese nur beschleunigen. Denn gerade die "Entristen" versuchen die entscheidende Frage des Wachstums unserer Bewegung durch organisatorische Manöver, durch rein quantitative Überlegungen zu lösen und "vergessen" dabei, daß die Grundvoraussetzung für jeden weiteren Fortschritt die Verbesserung der Qualität, die verstärkte Politisierung unserer Bewegung ist.

14. Die Vereinigungspraxis des IS steht im engsten Zusammenhang mit dem "Entrismus", sie ist ebenso prinzipienlos wie dieser. Eine Vereinigung zweier Organisationen, die in prinzipiellen Fragen differierende Auffassungen haben, führt nur zu einer Scheineinheit. Diese Scheineinheit bedeutet keine Stärkung der Gesamtbewegung, sondern nur unfruchtbare Fraktionskämpfe und trägt sogar den Keim des vollständigen Zerfalls in sich.

Die POC in Italien ist eine typische Erfahrung in dieser Hinsicht. Die POC entstand aus einer prinzipienlosen "Einigung" einer trotzkistischen Gruppe mit einer bordigistischen, die unter Führung von Mangano stand. Diese "Einigung" wurde im nachhinein vom IS gebilligt, später sogar gegen die gegenteilige Ansicht der in der POC befindlichen Trotzkisten verteidigt. Das Resultat der prinzipienlosen Vereinigungspraxis des IS in Italien ist, daß es heute überhaupt keine organisierte Sektion in Italien gibt. Es muß von vorne begonnen werden. Daran ändert auch die Korrektur auf dem zweiten Weltkongreß nichts, denn diese Korrektur berührt den Kern der Frage überhaupt nicht, hat doch derselbe Kongreß die Vereinigung der SWP mit der ultralinken Johnson-Forest-Gruppe, die in der SU-Frage auf demselben Standpunkt wie Shachtman steht, gebilligt.

Auch die IKÖ haben eine wichtige Erfahrung in dieser Hinsicht gemacht. Die Vereinigung des ehemaligen "Karl-Liebknecht-Bundes" mit dem ehemaligen "Kampfbund" 1946 war ebenfalls prinzipienlos. Sie hat sich bereits nach einem Jahr als unhaltbar erwiesen. Die ehemalige Minderheit innerhalb der IKÖ hat diese Vereinigung durch ihr fraktionelles Verhalten selbst rückgängig gemacht und dadurch den Weg der Korrektur der IKÖ sehr erleichtert.

Nur solche Vereinigungen können von Dauer und fruchtbar sein, denen eine gründliche Diskussion der Differenzen vorausgegangen ist, bei der eine Einigung in prinzipiellen Fragen erzielt wurde. Die Verpflichtung zur Aktionsdisziplin nach außen genügt nicht, denn Abweichungen in prinzipiellen Fragen verpflichten unter Umständen sogar, die Aktionsdisziplin zu brechen.

15. Der Weg zur proletarischen Klassenpartei kann selbstverständlich in kein Schema, daß für alle Länder und für alle Bedingungen Gültigkeit hat, gepreßt werden. Die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes sind in den einzelnen Ländern verschieden (Legalität, Illegalität, Besetzung, starker Einfluß der SP auf die Arbeiterklasse usw.), deshalb werden sich auch verschiedene Möglichkeiten für den Ausbau unserer Organisationen zu Parteien ergeben. Wichtig ist, daß diese Möglichkeiten erkannt und auch ausgenützt werden. Wenn auch der konkrete Weg zur Partei in den einzelnen Ländern verschieden sein mag, eines gilt ausnahmslos: Der Weg zur proletarischen Klassenpartei wird nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn er sich im Rahmen unserer organisatorischen und politischen Prinzipien hält.

=====

(Wird fortgesetzt!)

(2. Fortsetzung)

Antrag 11

DIE LAGE UND UNSERE AUFGABEN
=====

(Allgemeine politische Resolution)

Diese Resolution wurde aus technischen Gründen gesondert veröffentlicht. Sie besteht aus sieben Abschnitten, die wie folgt lauten: - I. Die Lage des österreichischen Kapitalismus - II. Die politische Konsolidierung der österreichischen Bourgeoisie - III. Die außenpolitische Linie der österreichischen Bourgeoisie - IV. Die Lage der Massen - V. Die Politik von SP und Stalinpartei - VI. Die Klassenkampfsituation in Österreich und ihre Perspektiven - VII. Unsere nächsten Aufgaben.

Die Abschnitte I bis VI wurden von der Leitung einstimmig angenommen. In bezug auf den letzten Abschnitt teilte sie sich in eine Mehrheit und eine Minderheit; es liegen also zwei Anträge zu diesem Abschnitt vor.

=====

Antrag 12

RESOLUTION ÜBER DIE PRESSE UND DIE
ÄNDERUNG DES ORGANISATIONSNAMENS

Damit sich unsere Organisation unter den herrschenden und in der kommenden Etappe voraussichtlich entstehenden Bedingungen auf dem Wege zur revolutionären proletarischen Klassenpartei weiterentwickeln kann, ist eine Erweiterung und Intensivierung unserer Propaganda im allgemeinen und die aktive Beeinflussung aller bestehenden oder sich in Zukunft bildenden aufrichtig-proletarischen Strömungen im besonderen unerlässlich. Eine solche entschlossene Ausrichtung unserer gesamten Propagandatätigkeit hängt mit der Schaffung eines entsprechenden Propagandaorgans untrennbar zusammen und ruft von vornherein die Notwendigkeit bestimmter taktischer Maßnahmen hervor. Daher beschließt die Konferenz:

I.

a) Unter dem Namen "Der Klassenkampf" wird ein neues Organ geschaffen, das unserer allgemeinen Propaganda nach außen und der politischen Auseinandersetzung mit den uns benachbarten Gruppierungen dient. Diese Zeitung wird sich mit aktuellen Themen befassen und an die Massenspitze richten. Sie soll zur Achse unserer Propaganda werden und monatlich erscheinen. Als ihr Herausgeber zeichnet die Organisation mit ihrem vollen Namen.

b) Der "RBA" wird mit dem "Klassenkampf" nicht verschmolzen. Er soll sich zur Fraktionsorgan einer revolutionären Gewerkschaftsopposition weiterentwickeln und als deren Organisator funktionieren. Er erscheint einmal im Monat.

c) Die "Schriftenreihe der IKÖ" wird umbenannt in "Schriftenreihe des 'Klassenkampf'". In ihrem Rahmen sollen auch weiterhin programmatistische Dokumente wie besondere Propagandaschriften größeren Umfangs erscheinen. Diese Broschüren erscheinen als fortlaufende Reihe fallweise.

II.

a) "Der Spartakist" wird in "Die Vierte Internationale" umbenannt. Diese Zeitschrift wird sich auf die Aufgaben einer theoretischen Revue konzentrieren und unsere eigentliche Propaganda dem "Klassenkampf" überlassen. Sie wird in erster Linie an die revolutionären Kader gerichtet sein, Sie soll sich ferner dem IEK-Organ an die Seite stellen, daraus Arbeiten übernehmen, wichtige Dokumente der Internationale in Deutsch publizieren und so eine klaffende Lücke schließen. Sie erscheint fallweise, doch mindestens viermal jährlich.

b) Die "Mitteilungen" werden sich in Zukunft auf die Veröffentlichung interner Arbeiten und Dokumente beschränken. Ein großer Teil ihres bisherigen Inhalts wird nun von der "Vierten Internationale", ein Teil auch vom "Klassenkampf" übernommen werden. Sie erscheinen bei Bedarf.

III.

Der bisherige Name unserer Organisation wird durch den Namen "Lenin-Trotsky-Bund, Österreichische Sektion der IV. Internationale (Weltpartei der sozialistischen Revolution)" ersetzt.

Wenn auch die Sektionen der Internationale die Bezeichnung "Internationale Kommunisten" anstreben sollen und wenn auch "Kommunisten" die einzige wissenschaftlich richtige Bezeichnung für uns ist, so dürfen dennoch wesentliche örtliche Kampfbedingungen nicht ignoriert werden.

Die außerordentlich starke Kompromittierung des Kommunismus durch die Stalinbürokratie ist in Österreich ein Hindernis, den auch in der revolutionären Propaganda Rechnung getragen werden muß. Ferner wird in der Öffentlichkeit (vor allem in der bürgerlichen Presse) immer mehr zwischen Trotzismus und Stalinismus differenziert. Andererseits gehen die Sprecher des "demokratischen Sozialismus" immer mehr dazu über, sich in ihrer Feindschaft gegen den Stalinismus und die Sowjetunion demagogisch auf Lenin zu berufen. Schließlich drückt der Begriff Lenin-Trotsky nicht nur die historische Wahrheit über die Oktoberrevolution und unsere Bejahung der Leninschen Komintern aus, sondern hat auch als Losung aktuelle Bedeutung, die durch die kommende Krise in der Stalinpartei nur noch erhöht werden wird.

Einzig und allein aus dieser taktischen Lage entspringt die Namensänderung der Österreichischen Sektion der IV. Internationale.

Kant, Larse, Louis

=====

Antrag 13

ANTRAG ZUM FALL W.

1. Gen. W. wurde im Sommer 1947 von der Leitung ihrer Mitgliederrechte suspendiert, weil ihr undiszipliniertes und gegen die erforderliche Konspiration verstoßendes Verhalten die Organisation gefährdete. Dieser Umstand begründet auch die Tatsache, daß in dem betreffenden Beschluß der Leitung keine konkreten Gründe angegeben wurden, hinlänglich.

2. Da sich seither die konkrete Lage geändert hat, hebt die Konferenz diese Suspendierung auf. Falls die Gen. W. ihre aktive Tätigkeit als Mitglied der Organisation wieder aufnehmen wünscht, wird die neue Leitung hiermit beauftragt, entsprechende ausführende Beschlüsse zu dieser Resolution zu fassen.

3. Die Konferenz erachtet es jedoch als notwendig, gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß es unter illegalen Bedingungen nicht allein genügt, das revolutionäre Programm anzuerkennen, es aktiv zu vertreten und sich zur Einhaltung der Disziplin zu verpflichten. In einer ~~derartigen~~ Lage können noch solche persönliche Eigenschaften als absolut erforderlich hinzukommen, wie Verschwiegenheit, Besonnenheit, überlegtes Handeln, Selbstdisziplin. Grobe Verstöße gegen sie zwingen die Organisation unter Umständen zu Selbstschutzmaßnahmen.

4. Im vorliegenden Fall betont die Konferenz ihre Ansicht, daß die Beschlüsse, welche die Verbindungen zu anderen Gruppen und den Charakter und Umfang unserer Arbeit mit oder in anderen Gruppen betreffen, besonders streng einzuhalten sind. Verstöße gegen sie und gegen die im Rahmen der Fraktionstätigkeit herrschende Disziplin müssen rechtzeitig mit der im Statut vorgesehenen Strenge geahndet werden.

5. Bezüglich der internen Kritik der politischen Linie der Organisation gilt selbstverständlich auch in diesem Fall der Grundsatz der vollen Freiheit bei strengster Einhaltung von Mehrheitsbeschlüssen und der Disziplin in der Aktion.

Hammer, Kant, Lerse, Louis

=====

Antrag 14

ANTRAG ZUM FALL GERTNER

1. Die Konferenz erkennt die Begründung für den Ausschluß des Gen. Gertner als mangelhaft. Es ist das unbestreitbare Recht jedes Angehörigen unserer Organisation, seine Auffassungen innerhalb der Organisation frei zu vertreten. Dies gilt auch für jene Fälle, wo sich diese mit den Auffassungen ausgeschlossener Genossen decken. Voraussetzung dazu ist jedoch, daß der betreffende Genosse Mehrheitsbeschlüsse anerkennt und sich der Disziplin der Organisation fügt. Ein Disziplinbruch wurde aber Gen. Gertner nicht nachgewiesen.

2. Wenn die Konferenz auch den Ausschluß als ungerechtfertigt betrachtet, so ist sie keineswegs der Ansicht, daß dieser Fehler ein Beweis für mangelnde innerorganisatorische Demokratie ist. Diese Begründung des Einspruchs durch Gen. Gertner wird wohl durch die Art, wie die Leitung die Konferenz - und damit auch die Entscheidung über seinen Fall - vorbereitet hat, am besten widerlegt.

3. Die Konferenz hebt den Ausschluß (Beschluß der Leitung vom 8.10.47) auf. Falls Gen. Gertner seine aktive Tätigkeit als Mitglied der Organisation wieder aufzunehmen wünscht, wird die neue Leitung hiemit beauftragt, entsprechende ausführende Beschlüsse zu dieser Resolution zu fassen.

4. Für diesen Fall erachtet es jedoch die Konferenz für angebracht, Gen. Gertner zur strengsten Einhaltung der Organisationsdisziplin zu ermahnen. Jedem Mitglied steht es frei, Beschlüsse, die seiner Meinung nach falsch sind, zu bekämpfen und ihre Revision zu fordern. Dessenungeachtet ist es aber bis zur eventuellen Aufhebung eines solchen Beschlusses verpflichtet, ihn strikte durchzuführen bzw. zu beachten. Die Disziplin der Organisation gegenüber muß jedes Mitglied höher stellen als persönliche Freundschaft und Verbundenheit.

Hammer, Kant, Lerse, Louis

=====

Antrag 15

BESCHLUSS ZU DEN FÄLLEN GERTNER UND MINDERHEIT

Gen. Gertner hat beantragt, daß er für die Behandlung seines Falles persönlich zur Konferenz vorgeladen werde. Die ehemalige Minderheit hat diese Frage zwar aufgerollt, die persönliche Teilnahme an der Konferenz jedoch nicht beantragt.

Diese Konferenz mußte streng geheim organisiert werden. Sie findet unter Bedingungen statt, in welchen der Konspiration eine entscheidende Bedeutung zufällt. Die Konferenz billigt daher den Beschluß der Leitung, aus Sicherheitsgründen weder Gen. Gertner noch einen Vertreter der ehemaligen Minderheit zur Konferenz vorzuladen.

Die Leitung - einstimmig

=====

Antrag 16

ZUSATZANTRAG ZUM ANTRAG 7

Ich beantrage, daß Gen. Gertner vor die Konferenz geladen werden soll, auch wenn die Konferenz seinen Ausschluß rückgängig machen sollte.

Begründung:

Es soll geklärt werden, wieso dieser bürokratische Mißgriff möglich war, wer verantwortlich dafür ist und wie solche Fälle in Zukunft zu vermeiden sind.

Ernst

=====

(Wird fortgesetzt!)

Antrag 17DER WEG ZUR PROLETARISCHEN KLASSENPARTEI
=====

Diese Resolution wurde aus technischen Gründen gesondert veröffentlicht. Sie stellt einen Gegenantrag zum Antrag 10 dar und ist von den Gen. Hammer, Kant, Lense und Louis unterzeichnet. Der Antrag umfaßt 14 Seiten.

=====

Antrag 18ANTRAG ZUM FALL DER EHEMALIGEN MINDERHEIT
=====

Die zweite Konferenz der IKÖ bestätigt die Beschlüsse der Leitung, die die Vereinigung mit dem Kampfbund vom Jahre 1946 rückgängig machten. Sie schließt sich gleichzeitig der Auffassung an, daß diese Vereinigung, die trotz dem Vorhandensein inner prinzipiellen Differenz zustandekam, ein Fehler war. Die Konferenz ist der Ansicht, daß eine Wiedervereinigung mit der ehemaligen Minderheit, die sich nun wieder als Kampfbund aus gibt, nur dann in Frage kommt, wenn fest steht, daß der Kampfbund wieder auf dem Boden der IV. Internationale steht und wenn in einer gründlichen Diskussion die prinzipiellen Differenzen beseitigt wurden. Bis dahin hält die Konferenz die Aktionsgemeinschaft in bestimmten Fragen für die einzig mögliche Form der gemeinsamen Arbeit.

Mehrheitsantrag der Leitung

=====

Antrag 19ANTRAG ZUM FALL DER EHEMALIGEN MINDERHEIT
=====

1. Die erste Konferenz der IKÖ (Dezember 1946) hat die Vereinigung zwischen dem KLB(İK) und dem "Kampfbund" (August 1946) einstimmig gebilligt. Das PB vertrat jedoch in seinem Brief an das IS vom 29.2.48 die Ansicht, daß diese Einigung ein prinzipieller Fehler gewesen sei.

Die Konferenz korrigiert diese Einstellung des PB und bekräftigt die Resolution vom Dezember 1946. Sie ist der Ansicht, daß eine Vereinigung mit Gruppen, die zwar in bestimmten Fragen abweichende, wenn auch das Prinzipielle berührende Auffassungen vertreten, sich aber ehrlich zu den Hauptpunkten des revolutionären Programms bekennen, zulässig ist. Bedingung dabei ist jedoch, daß sich diese Gruppen an die Disziplin der Mehrheit der vereinigten Organisation gebunden erachten und bereit sind, die Differenzpunkte in einer eingehenden Diskussion zu klären. Der Vereinigung muß eine Klarstellung aller wesentlichen politischen Differenzen vorausgehen.

2. In ihrem Beschluß vom Anfang November 1947 hat die Leitung festgestellt, daß jene Genossen der Minderheit, die sich nicht an der bevorstehenden Diskussion der "kombinierten Kriegstaktik" beteiligen, die seinerzeitige Vereinigung für ihre Person hinfällig machen würden. Der Vertreter der Minderheit in der Leitung war als einziger zu dieser Diskussion

bereit. Er trennte sich aber nach einem Besuch bei Gen. Dowien auch von der Organisation, trotzdem ihm das PB den Vorschlag, diese Frage vorläufig überhaupt zurückzustellen, gemacht hatte. Damit war die Spaltung vollständig.

Die Konferenz erachtet die Begründung der Leitung als man- und hebt ihren Beschluß auf. Sie anerkennt, daß dem Wunsche der Minderheit, die Diskussion über die Kriegstaktik zu verschieben bis bestimmte Bedingungen (Rückkehr Dowiens, Beschaffung neuer Dokumente usw.) vorlägen, nachgekommen werden soll, wieweil diese Forderung ein Ausdruck der ideologischen Schwäche dieser Genossen ist. Die Konferenz ist zu dieser Konzession bereit, trotzdem Dowien selbst, der Initiator und Hauptvertreter der "kombinierten Kriegstaktik", nie Angehöriger der IKÖ war.

3. Seit der Vereinigung vom August 1946 haben sich die politischen Differenzen zwischen der Mehrheit und Minderheit vermehrt. Zur Frage der Kriegstaktik ist insbesondere die sogenannte "Klassenfrage" hinzugekommen. Sie drückt sich in der Ansicht aus, daß der zweite Weltkrieg in Wirklichkeit vom Anfang an ein allimperialistischer Krieg gegen die SU gewesen und noch gar nicht beendet sei, daß wir uns jetzt in einer Art Atempause vor seiner Zuerstführung (die unter anderem auch durch die Vaterlandsverteidigung in den "volksdemokratischen" Ländern verhindert werden müsse) befänden.

Nach der Spaltung vom November 1947 hat die ehemalige Minderheit der IKÖ wieder ihren alten Namen "Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse" angenommen. Der Kampfbund vertrieb seither verschiedene Schriften, zuletzt den Artikel "Ein Gipfel linkszentristischer Verworrenheit" (von Smith, 24.6.1948), der eine Kritik am zweiten Weltkongreß der IV. Internationale ist. An Hand dieser Dokumente kann festgestellt werden, daß der Kampfbund eine revisionistisch-sektiererische Tendenz darstellt und sich von der IV. Internationale weg entwickelt.

4. Trotz dieser Tatsachen richtet die Konferenz an die Genossen des Kampfbundes den Appell zur Rückkehr in die IKÖ. Es ist ihr darum zu tun, alle in Österreich aufrichtig im Sinne der sozialistischen Weltrevolution tätigen Elemente und Gruppierungen in einer einzigen Organisation zu vereinigen; die Basis einer solchen Vereinigung kann jedoch nur der ehrliche Wille, für das revolutionäre Programm zu kämpfen, und die Anerkennung der IV. Internationale als der Verkörperung dieses Programms sein. Die IKÖ würden sowohl individuelle Beitritte als auch einen Kollektiveintritt der Kampfbund-Genossen begrüßen.

Im Falle ihres Eintrittes müßten diese Genossen auf jeden Fall die Disziplin der IKÖ strikte einhalten, es stünden ihnen aber selbstverständlich alle im Statut der IKÖ vorgesehenen Minderheitsrechte zu. Im vorliegenden Fall erscheint der Konferenz auch der Hinweis auf die Notwendigkeit des loyalen Verhaltens gegenüber den IKÖ angebracht, was den offenen und für die Leitung kontrollierbaren Kontakt mit allen außerhalb der IKÖ stehenden Genossen, mit anderen Sektionen der IV. Internationale und mit anderen politischen Organisationen mit einschließt. Die Erfahrung, daß von den Genossen der ehemaligen IKÖ-Minderheit im Zeitpunkt ihrer Abspaltung keiner für die Arbeit in der Leitung prädestiniert war, und die Tatsache, daß ihnen weder ihrer zahlenmäßigen Stärke noch der politischen Bedeutung ihrer Sonderansichten nach eine Vertretung in der Leitung der IKÖ zugebilligt werden kann, sind jedoch im Falle einer Wiedervereinigung (eines Kollektiveintritts) zu berücksichtigen.

Hammer, Kint, Lense, Louis

Antrag 20

ANTRAG ZUM FALL W.

Die Erfahrungen mit der Suspendierung der Gen. W. haben gezeigt, daß eine positive Arbeit mit dieser Genossin nicht möglich ist. Daher beschließt die Konferenz der IKÖ ihren Ausschluß.

Mehrheitsantrag der Leitung

Antrag 21

ANTRAG ZUM FALL GERTNER

Die zweite Konferenz der IKÖ erkennt die Begründung des Ausschlusses des Gen. Gertner als mangelhaft an. Die Erklärung von ihm, sowohl auf der Sonderkonferenz, als auch vor dieser in der GL, daß er die seinerzeitige Unterschrift der politischen Erklärung im Herbst 1945 als einen Fetzen Papier betrachtete und diese nur unterschrieb, um in die Organisation hineinzukommen, ist eine der wichtigsten Ursachen seines Ausschlusses. Dazu kommt, daß Gen. Gertner die Auffassung des Gen. Steiner in der Frage der Parteidisziplin teilt. Es war ein Fehler der Sonderkonferenz im September 1947, daß Gen. Gertner nicht damals ausgeschlossen wurde. Die zweite Konferenz korrigiert nun diesen Fehler und billigt den Ausschluß des Gen. Gertner.

Mehrheitsantrag der Leitung

Antrag 22

RESOLUTION ÜBER DEN ZWEITEN WELTKONGRESS DER IV. INTERNATIONALE

Die zweite Organisationskonferenz der IKÖ begrüßt den erfolgreichen zweiten Weltkongress der IV. Internationale vom April 1948. Durch die intensive Diskussion über die Frage des "Entrismus" und die Vorbereitung der zweiten Organisationskonferenz war es nicht möglich, die einzelnen Dokumente des Weltkongresses gründlich zu studieren. Aus diesem Grunde behalten sich die IKÖ eine eventuelle nachträgliche Kritik noch vor. Mit der allgemeinen politischen und mit einigen kleineren Resolutionen des Weltkongresses hat sich die Konferenz sowohl in ihrer politischen als auch in ihrer Resolution über den "Weg zur proletarischen Klassenpartei" befaßt. Zu einigen weiteren wichtigen Problemen nimmt die Konferenz folgende Stellung ein:

1. Die in den Thesen "Die Sowjetunion und der Stalinismus" dargelegte Position deckt sich mit den entscheidenden Ansichten der IKÖ. Sie sind ein Dokument des erfolgreichen Kampfes in dieser Frage gegen rechte und ultralinke Abweichungen.
2. Die IKÖ akzeptieren die neuen "Statuten der IV. Internationale" und betrachten besonders ihren programmatischen Teil (Vorwort und erster Abschnitt) für einen großen Fortschritt. Die strikteste Anwendung dieser Statuten im Geiste der "21 Bedingungen der KI" durch die führenden internationalen Organe ist unerläßlich. Das gilt in erster Linie gegenüber allen politisch abweichenden Tendenzen in- und außerhalb der IV. Internationale.

3. Die IKÖ sind mit der in verschiedenen internationalen Dokumenten vorkommenden Losung der "Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas" nicht einverstanden. Die Konferenz fordert, daß die Losung "Vereinigte Sozialistische Räterepubliken Europas" wieder an ihre Stelle tritt.

Die internationalen Statuten legen die Errichtung der "Diktatur des Proletariats in der Form der internationalen sozialistischen Republik der Arbeiter- und Bauernräte" als ein Ziel der IV. Internationale fest. Die IKÖ sind der Ansicht, daß dies die einzige historisch und politisch richtige Formulierung ist, daß also unsere Ziellosung nicht "sozialistische Staaten", sondern nur "sozialistische Räterepubliken" lauten kann. In der gegenwärtigen Epoche die letztere aus taktischen Gründen durch die erstere zu ersetzen, wie dies in den offiziellen Dokumenten der Internationale geschieht, ist ein Fehler, der Rechtsabweichungen begünstigt.

Die Losung "sozialistische Staaten" wird heute besonders in jenen Ländern, die im zweiten Weltkrieg unterlegen sind, von den parteitreuen "Linken" der Sozialdemokratie propagiert. Dies macht es uns unmöglich, sie als Übergangslosung zu verwenden. Andererseits ist freilich das Rätensystem durch den Stalinismus in Mißkredit gebracht worden. Die Konferenz hält es aber trotzdem weder für notwendig noch für möglich, daß die Internationale die Räte-Losung zugunsten einer Losung, die unsere Abgrenzung vom Opportunismus so stark verwischt, fallen läßt. Die IV. Internationale muß dafür kämpfen, daß die Räte-Losung ihre einstige revolutionäre Bedeutung und Wirkung wieder erlangt.

Mehrheitsantrag der Leitung

=====

Antrag 23

RESOLUTION ÜBER DEN 2. WELTKONGRESS DER IV. INTERNATIONALE

=====

Die zweite Konferenz der Österreichischen Sektion begrüßt den erfolgreichen zweiten Weltkongreß der IV. Internationale vom April 1948. Sie ist mit allen seinen Beschlüssen im wesentlichen einverstanden. Mit der allgemeinen politischen und mit einigen kleineren Resolutionen des Weltkongresses hat sich die Konferenz sowohl in ihrer politischen als auch in ihrer Resolution über den "Weg zur proletarischen Klassenpartei" befaßt. Im folgenden unreiht sie kurz ihre Stellung zu den SU-Thesen, zu den neuen internationalen Statuten und zur Losung der Rätestaaten:

1. Die in den Thesen "Die Sowjetunion und der Stalinismus" dargelegte Position deckt sich mit den Ansichten der IKÖ. Diese Thesen sind ein Dokument der erfolgreichen Verteidigung des Marxismus und der traditionellen trotzkistischen Auffassungen in dieser Frage gegen rechte und ultralinke Abweichungen. Mit ihrem Beschluß ist eine brennende Frage der gesamten internationalen Arbeiterbewegung eindeutig geklärt und eine tatsächliche Voraussetzung für den weiteren Ausbau der IV. Internationale zur wirklichen revolutionären Führung des Weltproletariats erfüllt worden.

2. Punkt 2 und Punkt 3 haben denselben Wortlaut wie im vorhergehenden Antrag 22.

Hammer, Kant, Lorse, Louis

=====

(Wird fortgesetzt!)

DER WEG ZUR PROLETARISCHEN KLASSENPARTEI

=====

I.

1. Als die Bürokratie des isoliert gebliebenen und materiell rückständigen ersten Arbeiterstaates begann, sich aus einem Werkzeug des herrschenden Proletariats zum Herren der Sowjetgesellschaft emporzuschwingen, trieb sie damit den Arbeiterstaat wie auch die Komintern in die Entartung. Letztere, als das weitaus empfindlichere revolutionäre Instrument, erlag bereits vor 15 Jahren der bürokratischen Zerstörung. Damit war das Weltproletariat neuerlich vor die Aufgabe der Schaffung seiner internationalen Klassenführung gestellt.
2. Diese Aufgabe konnte nur das Werk jener kleinen Elite sein, die sich schon im Schoße der alten revolutionären Partei der aufsteigenden bürokratischen Tendenz widersetzte und das revolutionäre Programm gegen alle seine Entstellungen standhaft verteidigte. Diese Rolle erfüllte die Linke Opposition innerhalb der früheren Kommunistischen Parteien seit 1923. Sie schloß sich später zur ILO zusammen und schuf den Grundkader der IV. Internationale.
3. Die erste Etappe ihres Kampfes kann als die Etappe des Kampfes um die Rettung, Gesundung der alten Partei bezeichnet werden. Der Ausschluß der Linksoption aus der Partei leitete eine neue Periode ein. Aber noch gab sie den Kampf um die Reform der Komintern nicht auf, noch suchte sie auf sie einzuwirken, um sie vor dem völligen Untergang zu retten. Dieses zweite Stadium war das der Entscheidung zwischen der weiteren Hinarbeit auf die Reform der alten Partei und der Vorbereitung der neuen. Mit der deutschen Katastrophe und durch die Rolle, die die Stalinbürokratie dabei spielte, war die Entscheidung gefallen.
4. Am Beginn ihrer Entwicklung hatten die kleinen Kader der IV. Internationale vor allem das revolutionäre Programm gegenüber allen opportunistischen Entstellungen und Verfälschungen seitens des Stalinismus zu verteidigen. Diese programmatische Vorbereitung füllte hauptsächlich die ersten Jahre nach 1933 aus. Die Bolschewiki-Leninisten stützten sich dabei auf die Lehren und Ergebnisse des Kampfes der Linksoption seit 1923. Gegenüber der Leninschen Komintern hatte der Keim der neuen Klassenführung jedoch von vornherein einen entwickelteren internationalen Charakter: die Weltverbreitung des revolutionären Programms, hervorgerufen durch den Oktobersieg 1917, hatte fast in allen Ländern zur Herausbildung von Elementen und Gruppen geführt, die nun den Bruch mit dem Stalinopportunistismus vollzogen und den Weg der neuen Internationale beschritten.
5. Die Periode der programmatischen Grundlegung ging Hand in Hand mit dem Bestreben, die in der vorangegangenen Periode Tatsache gewordene Isolierung der revolutionären Propagandagruppen aufzuheben und diese wieder in der Arbeiterbewegung zu verankern. Diese Periode bedeutete nicht nur den Kampf gegen den opportunistischen Verrat, sondern auch gegen ultralinke und sektiererische, sowie gegen zentristische Tendenzen und Strömungen. Alle diese Tendenzen lebten sich, als die Leninsche Partei zerstört wurde und als sich der erste Arbeiterstaat völlig bürokratisierte. Der Hauptkampf gegen die neuen und (durch die neuen wiederbelebten) alten ultralinken wie zentristischen Strömungen fällt in die Jahre bis 1940. Er ist bis heute noch

nicht völlig beendet und kann es nicht sein, weil insbesondere die Existenz der bürokratisierten SU und des Stalinismus diesen Tendenzen immer wieder neue Nahrung liefert.

6. Der Kampf um die Freihaltung des revolutionären Programms, um seine Verteidigung gegen den Opportunismus aller Schattierungen führte innerhalb der Reihen der sich formierenden IV. Internationale zu scharfen Kämpfen und zahlreichen Spaltungen. Das war und ist nicht anders möglich: das Programm wirkt wie Scheidewasser und reinigt die revolutionären Reihen. Die Untauglichen, Unbelehrbaren wandten sich von den trotzkistischen Organisationen ab, spalteten sich ab, verfielen der Verwirrung, dem zentristischen oder ultralinken Opportunismus.

7. Das Hauptergebnis dieser vorbereitenden Kämpfe war neben anderen programmatischen Dokumenten das Übergangsprogramm. Wenn sich der Gründungskongreß der neuen Internationale auch nur aus den Vertretern weniger und kleiner Organisationen zusammensetzte, so gab er dennoch der proletarischen Avantgarde mit dem Übergangsprogramm eine ausgezeichnete Waffe in die Hand. Der Krieg unterbrach die Entwicklung der trotzkistischen Kader. Sein Ende brachte einen neuen Start. Nach dem Kriegsende erhob sich die Frage des Aufbaues neuer revolutionärer Klassenparteien des Proletariats in ihrer vollen Größe vor uns.

8. Die Lösung dieser Aufgabe wurde vom Anbeginn durch folgende Tatsachen erschwert: der Führung der IV. Internationale, dem revolutionären Kader und selbst den besten Teilen des Proletariats wurden durch Krieg, Faschismus und Stalinismus furchtbarste Opfer zugefügt; neue Arbeiterelemente, oft ohne jede Erfahrung, die sie sich nur im Verlaufe kommender Kämpfe erwerben konnten, traten in die trotzkistischen Reihen; die Schwäche des revolutionären Kadern brachte es mit sich, daß sich das Proletariat neuerlich den alten sozialdemokratischen und stalinistischen Organisationen zuwandte; infolge der Schwäche des subjektiven Faktors konnten die heroischen Kämpfe nirgends zu revolutionären Siegen führen.

Es gab aber andererseits auch Faktoren, die diese Aufgabe erleichterten: die kräftigen Vorstöße der Massen in Europa und in den Kolonien; neue, vom Opportunismus noch nicht vergiftete Arbeitergenerationen traten in den Kampf; das kapitalistische Gleichgewicht war äußerst labil, war und wird immer wieder durch die Agonie des Kapitalismus und durch die Kämpfe der Massen bedroht; der rasche Wechsel der Situation leitete eine Periode der akuten Krise von Sozialdemokratie und Stalinismus ein. Diese Bedingungen herrschen weiter. Sie sind die Bedingungen unserer Epoche.

9. Die Aufgabe des Parteaufbaues und die Bedingungen unserer Epoche stehen im engsten Zusammenhang. Das abstrakte Aufbauschema und die konkreten Arbeitsbedingungen weichen oft sehr stark voneinander ab. Die veränderten Arbeitsbedingungen rechtzeitig zu erkennen und unser Handeln danach einzurichten, ist notwendig, soll die Aufgabe, die uns der zweite Weltkongreß der IV. Internationale stellte - der Aufbau von revolutionären Parteien, die wirklich die Massen führen - gelingen.

10. Das Schema, mittels Anhäufung individuell gewonnener Arbeiter vom Programm über die Kader und kleinen Organisationen zur Partei zu gelangen, ist nur beschränkt richtig. Auf einer bestimmten Stufe, bei Eintreten bestimmter neuer Arbeitsbedingungen wird es unzulänglich und wirkt hemmend. Seine Stärke liegt in der theoretischen Durchbildung der Kader. Seine Schwäche zeigt sich in der begrenzten Aktionssphäre; im mangelnden

Anschluß an die lebendigen Strömungen der Arbeiterklasse; im Mangel an aktivem Einwirken auf sie; in der Vernachlässigung der systematischen Verbreitung des revolutionären Programms in den Reihen der besten Arbeiter - kurz: in der mangelnden Erfüllung der führenden Rolle des revolutionären Kaders.

11. Die Krise des Weltproletariats ist die Krise seiner Führung. Diese muß gelöst werden, soll die Krise des Weltproletariats gelöst werden. Das ist unmöglich, ohne an die besten Teile, Schichten der Massen zu appellieren, sich mit ihnen zu verbinden, sie mit dem revolutionären Programm vertraut zu machen und sie an Hand ihrer eigenen Erfahrung von seiner Richtigkeit, von der Notwendigkeit einer revolutionären Politik fortschreitend zu überzeugen. In diesem Kampfe um die besten Teile des Proletariats muß von dem grundlegenden Widerspruch zwischen der Politik der führenden Bürokratie und den Interessen der Arbeiterbasis, der jeder opportunistischen Organisation innewohnt, ausgegangen werden. Dieser Kampf ist in Wahrheit kein Kampf zwischen geschlossenen Organisationen, sondern ein Kampf des revolutionären Kaders gegen die verräterische Bürokratie um die Arbeiterbasis, wobei selbst deren vorgeschrittene Schichten größtenteils noch unter opportunistischer, jedenfalls aber noch nicht unter revolutionärer Führung stehen.

12. Die Entstehung des Bolschewismus kann hier als ein Beispiel dienen. Er war vom Anfang an eine Verbindung der Zirkelarbeit, in der sich Intellektuelle und Arbeiter zusammenfanden, mit der Arbeit in den Betrieben und der Auseinandersetzung mit anderen politischen Gruppierungen. Gerade weil diese innige Verknüpfung vorhanden war, konnte die ideologische Auseinandersetzung des Bolschewismus mit dem Ökonomismus, in der sich der Bolschewismus selbst erst herausformte, in der russischen Arbeiterklasse einen direkten und fruchtbaren Widerhall finden. Die Leninsche "Organisation der Revolutionäre" entwickelte sich zum führenden Organ der Klasse nicht durch leere Zirkeldiskussionen abseits des laufenden Klassenkampfes, sondern mit ihm, mitten in der Arbeiterklasse, mitten in ihren Kämpfen stehend.

13. Die systematische Verbindung von Kaderarbeit - im besonderen der Herausbildung des führenden Kaders - und der wachsenden lebendigen Verknüpfung dieser Kader mit den vorgeschrittensten Teilen der Klasse ist der einzige rechte Weg zur revolutionären Partei. Diese Arbeit muß durchdacht, planmäßig, mit ganzer Energie und größter Ausdauer in Angriff genommen werden.

II.

14. Der Begriff des Kaders darf weder idealisiert noch bagatellisiert werden. Kader sind die tragenden Säulen der revolutionären Partei. Ihre Ausbildung erfordert eine lange, ihre Vermehrung eine dauernde Schulungs- und Erziehungsarbeit. Kader unterliegen einem starken Verschleiß und müssen laufend verstärkt werden. Die Kader der Partei dürfen nicht mit dem führenden Kader der Partei verwechselt werden. Als Kaderalemt ist zu betrachten, wer sich durch Ausdauer im Kampfe, Treue zum revolutionären Programm und durch Widerstandsfestigkeit gegenüber der Bourgeoisie und ihren Agenten in der Arbeiterbewegung ausgezeichnet hat. Aber nicht alle Elemente des Parteikaders können solche Qualitäten besitzen oder erwerben, wie sie von einem führenden Element verlangt werden müssen: Voraussicht und Weitblick, klare Übersicht über die Lage und ihre Perspektiven, Entschlossenheit, gepaart mit Besonnenheit, theoretischer Durchbildung usw.

15. Die Kernfrage ist die Frage der Führung selbst, des führenden Kaderns. Seine Auslese ist die zentrale Aufgabe, die ununterbrochen auf der Tagesordnung steht. Die zur Führung sich eignenden Elemente herauszufinden, ihre Entwicklung zu fördern, sie immer besser zu befähigen, führende Aufgaben zu lösen - das ist eine der Hauptaufgaben des leitenden Zentrums der revolutionären Propagandagruppe und der Partei. Die Stabilität der Führung kann sich erst durch lange und allseitige Erprobung ergeben. Aber auch sie ist nicht ohne oft langwierigen inneren Kämpfen zu erreichen. Es ist ein Fehler zu vergessen, daß auch die beste Führung nur aus menschlichem Material besteht, das nicht unbegrenzt widerstandsfähig ist. Die Aufgabe besteht darin, keinen "Führerkult" zu züchten, sondern jedes Mitglied zu befähigen (ihm also nicht nur die demokratische Möglichkeit dazu zu geben), die richtigen Führer an die Spitze der Organisation zu stellen und darauf zu achten, daß sie ihren Führungsaufgaben auch tatsächlich gerecht werden.

16. Es ist falsch, bei der Frage der Führung die Frage der Autorität in den Vordergrund zu rücken. Die Autorität ist das letzte, das sich ergibt und worauf sich die Führung stützen kann. Sie kann sich nicht auf sie berufen, wenn sie nicht imstande ist, von dieser Autorität jedes Mitglied tatsächlich zu überzeugen. Die Autorität ergibt sich aus der Erfüllung der revolutionären Führungsaufgaben. Nur so kann sie geschaffen werden. Aber selbst die größte Autorität bewahrt nicht vor Fehlern. Nur in der ständigen Wechselwirkung von kritischer Prüfung durch die Mitglieder, Selbstkritik der Führung und der Erfüllung der führenden Aufgaben durch diese kann sich innerhalb der Organisation die führende Rolle der Leitung bewähren, kann sich ihre Autorität herausbilden, ohne bürokratische Züge anzunehmen. Dies gilt im nationalen wie im internationalen Maßstab.

17. Die Herausbildung einer stabilen internationalen Führung, sowie solcher der nationalen Organisationen ist unmöglich, wenn sich nicht ihr Großteil zunehmend aus Berufsrevolutionären rekrutiert. Die größten Anstrengungen müssen gerade in dieser Richtung gemacht werden. Wo dies durch materielle Schwäche unmöglich ist, muß getrachtet werden, vor allem jene Elemente für führende Aufgaben heranzuziehen, die - neben Eigenschaften, die sie zur Führung überhaupt geeignet machen - beweisen, daß sie ihren bürgerlichen Beruf nur als notwendiges Übel ansehen.

18. Die Festigung des bestehenden Kaderns, seine Verstärkung durch neue Elemente, die Auslese von zur Führung geeigneten Elementen ist eine dauernde Aufgabe. Sie kann und darf jedoch zeitlich nicht getrennt werden von der allgemeinen politischen Arbeit, die die revolutionäre Organisation nach außen hin betreibt. Wo diese Trennung versucht wird, führt sie unvermeidlich zur Erstarrung, zur Abschließung von der Klasse. Die allgemein-politische, hauptsächlich propagandistische Aktion in die Arbeiterklasse hinein und die intensive Arbeit an der Ausbildung und Weiterbildung des Kaderns - das sind die zwei Hauptgebiete, auf welche sich bereits der Keim der Partei spezialisieren muß, um lebensfähig zu bleiben.

19. Die Festigung des Kaderns und Heranziehung neuer Elemente zu ihm bedeutet in erster Linie die Vermittlung des marxistischen Grundwissens auf systematische Weise. Als Stufen der Schulung müssen festgelegt werden: Grundschulung der Kandidaten; Schulung der Mitglieder; zentrale Schulung zur Heranbildung neuer Führungselemente. Bei der Schulung - auf allen

Stufen - ist besonders wichtig, vom Anfang an den kritischen Sinn der Lernenden auszubilden, sie vor selbständig zu lösende Aufgaben zu stellen.

Die Schulung der Mitglieder muß vornehmlich mit den laufenden propagandistisch-politischen Aufgaben verknüpft werden (Gewerkschaftsfrage, Wahlkampagne usw.). Die zentrale Schulung muß besonders das selbständige Denken der Teilnehmer, ihre Initiative fördern und ihnen vom Anfang an Gelegenheit geben, führende Aufgaben auf bestimmter Stufe in die Hand zu nehmen, um eine lebendige Verbindung von Theorie und Praxis herzustellen.

Es ist eine besondere Aufgabe der Führung, diese Seite der revolutionären Tätigkeit zu fördern und als bestes Mittel zur politischen Erziehung der Mitglieder anzuwenden. Die innere Diskussion muß sich am Hand der laufenden Klassenkampfprobleme abwickeln und darf nicht zur "Diskussionswut" ausarten. Dies wird gerade durch die stete Verknüpfung mit der Praxis erzielt, die ein festes Handeln erfordert. Weder Ausartung in Diskussionszirkel noch Abschließung der Führung von der Basis, welche zum bloßen Durchführungsorgan degradiert wird - zwischen diesen beiden Polen muß sich, sie beide vermeidend, das innere Leben der Organisation bewegen.

III.

20. Die Tätigkeit nach außen besteht, bei der Schwäche des Parteikeimes, in erster Linie in der Übermittlung des revolutionären Programms an die vorgeschrittenen Teile der Klasse. Die breitere Propaganda muß - bei Berücksichtigung der jeweiligen Arbeitsbedingungen (Legalität, Grad der Illegalität usw.) an die besten, aktivsten Schichten der Klasse ausgerichtet werden. Erst ihre Beeinflussung durch eine längere Etappe hindurch wird jene Auslese der besten Elemente ermöglichen, die sich für die revolutionäre Organisation eignen, zugleich aber die Entwicklung der anderen Arbeiter fördern und um die revolutionäre Organisation fortschreitend einen Kreis von Sympathisierenden schaffen. Die Auslese der Besten, auf dieser Grundlage beruhend, wird gegenüber der individuellen Auslese, die oft zu krampfhaften Versuchen am untauglichen Objekt führt, oft genug an Zufallsbeziehungen (Freundschaft, Verwandtschaft usw.) anknüpft, einen neuen und für die revolutionäre Organisation unendlich vorteilhafteren Charakter annehmen: sie ermöglicht, daß die besten Arbeiter selbst aktiv versuchen werden, mit der revolutionären Organisation zusammenzukommen. Diese wertvolle Initiative hervorzurufen, wahrzunehmen ermöglicht nur die breitere Propaganda.

21. Die breitere Propaganda muß besonders auf die Basis jener oppositionellen Teile der opportunistischen Parteien ausgerichtet werden, die ernsthafte Anstrengungen unternehmen, sich vom Reformismus und Stalinismus freizumachen. Wo es zweckmäßig ist, wo unsere Kraft ausreicht, muß die Propaganda begleitet sein von der aktiven Fühlungnahme selbst, um auf diese Gruppierung tatsächlich einwirken zu können.

22. Die Abneigung gegen "Experimente" ist in Wahrheit die Ablehnung einer aktiven Beeinflussung der sich in der Arbeiterklasse regenden Gruppierungen. Ohne ein gewisses Experimentieren sind unsere Aufgaben überhaupt nicht zu lösen. Es gibt natürlich Grenzen dabei, die z.B. unsere internationale Führung in der Vergangenheit zweifellos überschritten hat. Aber hinsichtlich neu entstehender Gruppen ist es unvermeidlich, daß "experimentiert" wird. Jedes Experiment ist eine Frage an die Natur, in der Politik die Frage nach dem Klassencharakter. Um

zu erkennen, was sich hinter wem immer verbirgt, muß gehandelt werden, muß das revolutionäre Programm als Prüfstein verwendet werden. Wer das ablehnt, verkennt den Weg, der zur Partei führt. Mißlingt das "Experiment", so haben zumindest wir gelernt. Wer von vornherein ablehnt, die praktische Probe aufs Exempel zu machen, die betreffende Gruppierung vor die Entscheidung zu stellen, begibt sich auf den Weg steriler Überheblichkeit.

23. In unserem heutigen Stadium kommt es darauf an, die Kraft auf den jeweils wichtigsten Punkt zu konzentrieren, gegebenenfalls - natürlich nicht leichtfertig - andere Positionen sogar zu schwächen. Hierbei muß - wie immer - angestrebt werden, einen möglichst hohen Grad der Organisiertheit aller unserer Aktionen zu erreichen, denn in ihr liegt eine der Vorbedingungen zum Erfolg. Für die Lösung der Aufgaben, die sich uns heute stellen, ist ferner die Rationalisierung und Spezialisierung unserer Tätigkeit unbedingt notwendig. Um die Gesamtkraft der Organisation zu erhöhen, ist die Ausbildung besonderer "Waffengattungen" mit gleicher Grundausbildung unerlässlich.

24. Unsere Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, sowie in den politischen Fraktionen kann heute nur keimhaften, vorbereitenden Charakter haben. Was aber der unbedingt nötige nächste Schritt hier ist, ist die regelmäßige Zusammenfassung der gewerkschaftlich und fraktionell tätigen Genossen zu Arbeitsbesprechungen und die tatsächlich planvolle und zentralisierte Leitung ihrer Tätigkeit. Zu sehr handelt heute noch jeder Genosse zersplittert, stützt er sich nicht auf die Gesamterfahrung unserer Arbeit.

25. Ein zentraler Punkt unserer Tätigkeit bleibt die revolutionäre Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft. Im Betrieb besteht zweifellos die beste Möglichkeit, einen Arbeiter auf seine Qualitäten, sein Bewußtsein und seine Kämpfereigenschaften zu prüfen. Doch ist der Betrieb allein derzeit noch, bei unserer Schwäche, als Rekrutierungsfeld für die revolutionäre Organisation zu wenig ergiebig. Andererseits gibt es in den politischen Organisationen wertvolle, ernstlich und ehrlich nach links strebende Elemente, die uns politisch noch nicht kennen. Heute müssen wir also unsere Kräfte von dort holen, wo sie auftauchen: im Betrieb, in den verschiedenen Oppositionen der SP und morgen auch in jenen der Stalinpartei. Je mehr unsere Kraft wachsen wird, umso mehr Kraft können, werden wir der Betriebsarbeit zuwenden. Aber es wäre ein Fehler, heute die Betriebe als ausschließliches oder hauptsächliches Rekrutierungsgebiet für unsere Organisation zu betrachten und die politischen Arbeiterorganisationen zu mißachten.

26. Die fraktionelle Tätigkeit in politischen Organisationen muß auf die wirklich aussichtsreichsten Punkte konzentriert werden. Sie bedeutet nicht andauernde Funktion als "Horchposten", die nur anfangs und in speziellen Fällen am Platze ist. Sie bedeutet auch nicht, das individuelle Herauslösen vermeintlich vorgeschrittener Elemente aus ihrem bisherigen Kreise in den Vordergrund zu stellen. Sie bedeutet aktives Hervortreten, wenn auch anfangs bloß mit den unzulänglichen Lösungen einer "linken" Tendenz, welchen wir aber versuchen müssen, den Charakter von Übergangslösungen zu geben. Auf diese Weise müssen wir führend mithelfen, einer revolutionär-linken Strömung die Bahn zu ebnen. Überall, wo immer und in welcher Eigenschaft immer Genossen von uns stehen, haben sie besonders auf die junge Arbeitergeneration einzuwirken, an bestehende Differenzen anzuknüpfen, sie weiterzutreiben. Die Entsendung einzelner Genossen in das

Zentrum entstehender Oppositionen in SP und Stalinpartei muß ins Auge gefaßt werden, denn alle diese Oppositionen werden einen Differenzierungsprozeß durchmachen. Er kann und wird aber nur unter einer Bedingung nicht mit Demoralisation enden: wenn wir selbst handeln, da sind, dem gesunden Teil helfen vorwärtszugehen. Nur darin kann die revolutionäre Fraktionsarbeit bestehen.

27. Die große Kunst, die wir bei unserer Betriebs-, Gewerkschafts- und Fraktionstätigkeit lernen müssen, ist die, daß wir um uns einen Kreis von besten Arbeitern sammeln, die uns, unserer Sache zuneigen, die wir dauernd politisch beeinflussen und aus welchen wir die besten für unsere Organisation auslesen - ohne die anderen beiseitezuschieben. Diese Kunst zu erlernen, einen Arbeitsbereich mit den revolutionären Lösungen zu durchdringen und die für sie Eintretenden gleichzeitig um uns zu gruppieren, dessen muß sich jeder Genosse befleißigen. Er darf sich nicht durch Belesenheit, Orientiertheit, "Geschicklichkeit" usw. von den Arbeitern isolieren. Er muß sich umgekehrt gerade kraft dieser Eigenschaften immer enger mit ihnen zusammenschließen. Das ist die Aufgabe. Es ist dabei durchaus möglich, daß sich Arbeiter zeitweise, befangen in Illusionen, wieder von uns abwenden. Aber, haben wir uns richtig zu ihnen verhalten, dann werden sie sich morgen wieder uns zuwenden und für dauernd für das revolutionäre Programm gewonnen werden.

28. Die propagandistische Tätigkeit muß besonders dort und dann einsetzen, wo das Proletariat zur direkten Aktion übergeht (Streiks usw.). Hier muß mit der revolutionären Propaganda im bestimmten Grade bereits die Agitation auf dem Boden unseres Übergangsprogramms verbunden werden. In Momenten des Kampfes öffnen sich die Gehirne; die Massen lernen doppelt, ihre aktivsten Elemente drei- und viermal so schnell an Hand ihrer eigenen Erfahrung. Das verschafft dem revolutionären Programm rascheren Eingang in das Bewußtsein der besten Teile der Klasse.

29. Unsere Propaganda muß sich zum Ziel setzen: - a) die Herstellung lebendiger Kontakte mit den auftretenden oppositionellen Tendenzen, Gruppierungen in der SP und Stalinpartei, vor allem mit ihrer Basis, unter Umständen aber auch mit ihrer Spitze; - b) die organisierte und zielbewußte Tätigkeit in den Betrieben, die sich auf die Schaffung von Kernen einer revolutionären Gewerkschaftsopposition ausrichten muß, deren Kopfszellen aus revolutionären Arbeitern bestehen und Teile unserer Organisation werden sollen; - c) die fraktionelle Tätigkeit an aussichtsreichen Punkten politischer Arbeiterorganisationen.

Diese gesamte durch eine bestimmte Etappe hindurch zielbewußt und energisch betriebene Tätigkeit muß planvoll kombiniert werden mit der Schulung und Erziehung der Mitglieder der revolutionären Organisation und der Heranziehung der besten neuen Elemente; Kernzellen, Gruppen an sie. Sie allein wird dazu führen, daß die revolutionäre Organisation, ihr Programm in zunehmendem Maße im Bewußtsein der Massenspitze eine wirkliche, ihr Interesse weckende Kraft wird. So wird allmählich eine, wenn auch anfangs bescheidene, begrenzte Bewegung für das revolutionäre Programm entstehen, die dem Wachstum zur Partei als wichtiger Hebel dient.

30. Es wäre falsch, die Verbreitung und Vertiefung unseres Einflusses auf die besten Teile des Proletariats zu verwechseln mit einer im selben Tempo fortschreitenden Entwicklung der eigenen Organisation. Letztere wird zweifellos nachhinken.

Aber es werden umso bessere Möglichkeiten für sie bestehen, je breiter und tiefer ihr propagandistischer Einfluß auf die Arbeiterklasse ist. Das ernste Wachstum der revolutionären Organisation muß jedoch Ziel unseres Handelns sein. Nach wie vor wird die revolutionäre Organisation einen strengen Maßstab an jene legen, die in sie eintreten wollen. Aber sie wird sich gleichzeitig ein weites Feld für die Rekrutierung schaffen, das den Aktionsradius der bloß individuellen Auslese weit hinter sich läßt.

31. Der Übergang zu dieser neuen Form der Tätigkeit muß natürlich schrittweise vorgenommen werden. Aber die Richtung der notwendigen Maßnahmen muß klar festliegen. Sie müssen dazu führen, daß die bisher bis zu einem bestimmten Grade abgekapselte, sich vorwiegend mit innerer Diskussion und Schulung befassende Propagandagruppe allmählich zum pulsierenden Zentrum aller in der Arbeiterklasse auftretenden progressiven Tendenzen wird und schließlich, gestützt auf das revolutionäre Programm, auf ihre feste Organisation, auch zum leitenden Zentrum wird, das geduldig, lehrend und klärend die führende Rolle in der proletarischen Avantgarde tatsächlich erfüllt und zum Kern ihrer organisatorischen Kristallisation wird.

Die Veränderungen im Bewußtsein der Klasse, ihrer besten Teile sind Prozesse, an welchen die revolutionäre Organisation auch nicht mit dem Urteil vorübergehen darf, es handle sich "derzeit" um unzulängliche und daher noch unbrauchbare Elemente, Gruppierungen. Irgendeine auftauchende Tendenz, Gruppierung in der Arbeiterklasse bloß zu klassifizieren, ohne es ihr wenigstens auch wissen zu lassen, ohne dieses Wissen an ihre Basis heranzutragen, heißt leeres Stroh dreschen. Unser Wissen müssen wir der Massenspitze als Kompaß, als Anleitung für den Weg nach vorwärts mitteilen. Das nicht zu tun und sich auf die Beurteilung und Kommentierung zu beschränken, bedeutet in Wahrheit Verzicht auf die führende Rolle. Diese besteht ja nicht allein im Besitz der besseren Theorie. Führen heißt handeln, natürlich möglichst richtig handeln. Alle Theorie muß in die Praxis ausmünden.

32. Das hat, wie gesagt, nichts mit dem Grad unserer Einwirkung auf die sich zeigenden Tendenzen, Gruppierungen zu tun. Er wird verschieden sein und wechseln, je nach Bedeutung, Entwicklungsgrad dieser Tendenz; je nach den Bedingungen für unsere eigene Arbeit und nicht zuletzt entsprechend unserer eigenen Kraft. Alle diese Faktoren müssen bei der Festsetzung konkreter Aktionsziele berücksichtigt werden. Aber die Einwirkung muß der Hauptpunkt, das Ziel, die Ausrichtung sein. Das Gesicht den besten Teilen der Massen zu - das ist die Grundlinie. Feste Organisation und Konzentration bei der Aktion auf dieser Grundlinie - das ist nötig, um auf ihr tatsächlich vorwärts-zugehen.

IV.

33. Hinsichtlich der Vereinigung von Gruppen und Organisationen, die in den Hauptpunkten dem revolutionären Programm zustimmen, besteht die Aufgabe darin, sie zu einer Organisation zusammenzuschließen bei Wahrung der Minderheitsrechte und Einhaltung der Mehrheitsbeschlüsse, sowie der Aktionsdisziplin durch die Minderheit. Es ist eine völlig unlebendige Vorstellung, wenn dieses Vorgehen abgelehnt wird von dem Gesichtspunkt aus: es führe nur zu einer Scheineinheit, zu fruchtlosen Fraktionskämpfen und schwäche die Gesamtorganisation. Wer so denkt,

der vergißt, daß auch in der schönsten, kleinsten Organisation mehr oder minder scharfe Differenzen auftreten können und werden. Nach diesem Rezept müßten daher folgerichtig unausgesetzt chirurgische Operationen vorgenommen werden, um die eigenen Reihen "rein" zu halten.

34. Vor jeder Einigung müssen die herrschenden Differenzen klar festgestellt und durch eine intensive Diskussion muß versucht werden, sie zu reduzieren. Jede Einigung setzt voraus, daß man in der übergroßen Anzahl der Punkte des revolutionären Programms übereinstimmt. Dennoch wird trotz des Bestehens solcher Differenzpunkte, selbst wenn sie an programmatische Fragen rühren, die Einigung möglich sein, wenn die Grundtendenz der aufzunehmenden (abweichenden) Gruppierung tatsächlich als eine ernstlich zur vollen Annahme des revolutionären Programms neigende erkennbar ist. In diesem Falle handelt die revolutionäre Organisation nicht anders, als sie handeln würde, wenn innerhalb ihrer eigenen Reihen solche Differenzen auftauchen sollten. Hier würde sie mit Geduld versuchen, die Differenz zu klären, auf die Lehren der Erfahrung zu verweisen, diese ununterbrochen mit den verschiedenen Standpunkten zu konfrontieren und so zu versuchen, die Differenz zu beseitigen. Wenn die abweichende Minderheit die Aktionsdisziplin einhält, wird die Mehrheit keinen Anlaß haben, sie auszuschließen. Es ist nichts logischer, als dieses selbe geduldige und tatsächlich führende Verhalten auch in Falle von Einigungen anzuwenden.

35. Einigungen deshalb abzulehnen, weil sie zu "fruchtlosen Fraktionskämpfen" führen, heißt nichts anderes, als eine revolutionäre Organisation mit einer christlichen Sekte zu wechseln. Bekanntlich behütet niemand seine Dogmen sorgsamer als die christlichen Sekten - aber niemand kennt daher mehr Spaltungen und Differenzierungen als sie. Schließlich wird jedes Wort und seine Auslegung, Ausdeutung zum Spaltungsgrund. Aber immerhin - dort handelt es sich um die Praxis "im Himmel". Hier, bei der Frage der Partei, ihrer Keime, handelt es sich aber um höchst irdische Dinge: um den Kampf gegen die Unterdrücker, um die Praxis des Klassenkampfes. Und hier heißt es, wenn Übereinstimmung in so und so viel entscheidenden Punkten vorliegt, sich zusammenzuschließen trotz bestehender Differenzen zum gemeinsamen Kampf, der allein die letzte und endgültige Probe darauf ist, wer recht hat.

36. Wer also innere Parteikämpfe scheut oder für fruchtlos hält, weil sie unter Umständen auch die Klärung programmatischer Fragen umfassen, der setzt eine leblose Abstraktion an die Stelle der Wirklichkeit. Keine einzige große revolutionäre Partei der Geschichte ist ohne diese inneren Kämpfe entstanden, hat sich ohne sie entwickelt. Sie waren im Gegenteil nichts anderes, als der einzige Weg, um die Partei vorwärtszutreiben, ihre Entwicklung zu fördern. Eine revolutionäre Partei ist keine Dogmenfabrik, sondern die lebendige Einheit von Gegensätzen, die bald stärker, bald schwächer hervortreten, beeinflußt vom Gang des Klassenkampfes. Die Überlegenheit und Kunst der wirklichen Führung, die schwer zu erlernen ist, besteht gerade darin, solche Differenzen aufzulösen, an Hand der Erfahrung zu überwinden oder weitgehend zu reduzieren. Ohne Differenzen, Oppositionen, Fraktionen existieren die bürokratisierten Parteien (im Normalzustand). Und sich eine revolutionäre Gruppe, Partei derart vorzustellen, heißt dem Schematismus verfallen, der Idee der "reinen" Partei huldigen, d.h. also einer leeren Abstraktion.

37. Wie jede andere Frage, kann auch die Frage der Vereinigung nicht losgelöst von Raum und Zeit beantwortet werden. Die konkreten Entwicklungsbedingungen und -tendenzen müssen jeweils untersucht werden; der Diskussionsphase kann die Phase der gemeinsamen Aktion folgen, noch bevor die Einigung bei klarer Abgrenzung der Streitfragen perfekt wird. Erweisen sich die Differenzen als zu tief, zu groß, dann bleibt es eben bei der bloßen Aktionsgemeinschaft.

Wenn sich z.B. die Johnson-Forrest-Gruppe von der WP (USA) löst, weil sie mit der SWP in den Fragen der amerikanischen Perspektiven übereinstimmt, sich aber nach wie vor in der russischen Frage auf dem Boden Shachtmans bewegt, so kann ihre Vereinigung mit der SWP nicht von vornherein verurteilt werden: eben die Tatsache, daß sich die Gruppierung hinsichtlich der amerikanischen Perspektiven einigermaßen mit der SWP fühlt und daß ferner die SWP gerade in der russischen Frage gefestigt ist, eben diese Umstände erlauben, die Einigung zu vollziehen und geduldig an der Bereinigung der außerordentlich wichtigen russischen Frage zu arbeiten. Denn eine genaue Untersuchung wird zweifellos lehren, daß zwischen dem Standpunkt der WP (Shachtman) in den Fragen der amerikanischen Revolution und ihrem ultralinken Standpunkt in der Frage der SU ein innerer Zusammenhang besteht. Innerhalb der SWP werden aber die Genossen der Johnson-Forrest-Gruppe dem Resultat einer solchen notwendigen Analyse sicherlich leichter zugänglich sein als in den Reihen der WP.

38. Niemand ist davor gefeit, auch in den Fragen der Einigung Irrtümer, Fehler zu begehen. Solche hat das IS in der Vergangenheit gemacht und es ist nötig, diese Fehler festzustellen, um aus ihnen zu lernen. Es hat auf dem Gebiete der organisatorischen Sammlung in den letzten fünf Jahren die organisatorische Einheit an sich, also das quantitative Moment zu stark in den Vordergrund gestellt. Die programmatisch-politische Einheit, also das qualitative Moment hat dabei zu oft gelitten.

Bezüglich der POC, dieses schlimmsten Fehlers, hat der zweite Weltkongreß bereits die Lehren gezogen. Hier hätte die internationale Führung seinerzeit nicht nur die Anerkennung der POC als Sektion verweigern, sondern sie hätte auch für die Annullierung der Vereinigung eintreten müssen. In diesem Sinne hätte sie den trotzkistischen Flügel der POC gegen ihren bordigistischen unterstützen sollen. Ein politisch begründeter organisatorischer Eingriff des IEK in die internen Angelegenheiten der italienischen Sektion hätte der IV. Internationale niemals so schaden können, als dies durch ihr Versagen während einer außerordentlich günstigen Situation in Italien tatsächlich geschehen ist.

39. Die feste und klare Verteidigung des revolutionären Programms gegenüber allen politischen Abweichungen durch die Führung der revolutionären Organisation, gepaart mit der Schaffung eines Rahmens, der auf der Grundlage des Kampfes für das revolutionäre Programm und der gemeinsamen Aktionsdisziplin den organisatorischen Zusammenschluß aller ehrlichen revolutionären Tendenzen ermöglicht - das muß der leitende Gesichtspunkt bei der Vereinigung von Gruppen, Organisationen sein.

V.

40. Die IV. Internationale konnte sich bei ihrem Entstehen auf keinen revolutionären Sieg stützen. Im Gegenteil: das internationale Proletariat erlitt eine Reihe katastrophaler Nie-

derlagen kraft des Verrates der opportunistischen Parteien. Diese Tatsache hinderte das Wachstum der neuen revolutionären Weltpartei in entscheidender Weise. Zum Unterschied von ihr stützte sich die III. Internationale vor allem auf den revolutionären Sieg vom Oktober 1917. Aber trotzdem sie also in einer wesentlich günstigeren historischen Situation entstand, hat sie am zweiten Weltkongreß von 1920 anlässlich der Frage des Eintritts der KPE in die LP eine Taktik ausgearbeitet, deren Bedeutung sich erst in ihrer vollen Größe bei der Schaffung der IV. Internationale zeigte.

Gerade in England stand damals für die KP die Frage der Verwandlung der kleinen Organisation zur tatsächlichen Partei auf der Tagesordnung - zum Unterschied von anderen Ländern, wo die kommunistischen Gruppen fast unmittelbar zu wirklichen Parteien wurden. Dennoch behandelte die Komintern unter Führung Lenins diese Frage nicht als einen speziell "englischen", als "Ausnahmefall", sondern als eine Frage von international-taktischem Charakter.

41. Die IV. Internationale hat noch unter Führung Trotzki's mit Recht diese Taktik (Eintrittstaktik) wieder aufgenommen. Ihr zweiter Weltkongreß hat sie 1948 neuerlich als wichtiges taktisches Mittel zur Verwirklichung der Schaffung revolutionärer Parteien festgelegt. Der Grundinhalt dieser Taktik besteht darin, daß die revolutionäre Kernorganisation die Arbeitermassen bzw. ihre Spitzenteile dort aufsucht, wo sie sind; daß sich die revolutionäre Organisation eine Tribüne sichert, von der aus das Proletariat sie anhört; daß sie das revolutionäre Programm, die revolutionäre Politik dort vertritt, wo es die eigene Erfahrung der Arbeiter am besten und ehesten erlaubt, sie zu überprüfen, sie mit dem Opportunismus zu konfrontieren.

Als grundlegende Bedingung zur Durchführung dieser Taktik forderte schon Lenin die Freiheit, innerhalb der opportunistischen Organisation für das revolutionäre Programm, für die revolutionäre Politik aufzutreten und an der opportunistischen Politik revolutionäre Kritik zu üben. (Lenin: "... also in diesem Punkte sind wir vollkommen konsequent!")

42. Die Anwendung der Eintrittstaktik ist für die IV. Internationale im allgemeinen überall dort möglich, wo ihre Sektionen das Stadium propagandistischer Gruppen noch nicht überschritten haben. Sie kann ohne bestimmte konkrete objektive und subjektive Voraussetzungen nicht angewandt werden.

Objektiv muß die Lage eine solche sein, daß die opportunistische Partei, ihre Führung (unter dem Druck ihrer Arbeiterbasis) gezwungen ist, die revolutionäre Propaganda und Kritik in ihren Reihen zuzulassen. Die subjektiven Voraussetzungen bestehen vor allem in der politisch-programmatischen Festigkeit der den Totaleintritt vollziehenden revolutionären Organisation; Zuverlässigkeit und Erprobung ihrer Kader; Grad der Organisiertheit ihrer Aktivität; Erfahrung in der fraktionellen Tätigkeit; Qualität der ganzen Organisation und besonders ihrer Führung.

Gerade hinsichtlich der subjektiven Voraussetzungen besteht die Pflicht darin, aus den Fehlern, die bei der Anwendung der Eintrittstaktik in der Vergangenheit gemacht wurden (ungenügende Kader, schlechte Organisation usw.) zu lernen, nicht aber darin, sie überhaupt abzulehnen.

43. Die Eintrittstaktik ist zulässig, anwendbar nur dann, wenn es sich bei der revolutionären Organisation noch nicht um eine wirkliche Partei handelt, die bereits als organisierende,

mobilisierende, führende Kraft vor den Massen wirkt. (Die KPE hat zwar 1920 den Namen "Partei" getragen, ohne aber tatsächlich eine solche gewesen zu sein). Im Parteistadium würde der Totaleintritt in eine andere Partei die Preisgabe der führenden Rolle bedeuten, welche die Partei vor den Massen nicht anders verwirklichen kann, als durch Festhalten auch an ihrer organisatorischen Unabhängigkeit gegenüber den opportunistischen Parteien.

44. Der Eintritt der revolutionären Propagandagruppe in eine opportunistische Partei bedeutet, daß sie, unter Voranstellung des revolutionären Programms, seiner Propagierung, der revolutionären Politik und Kritik, vorübergehend ihre formale, äußerliche organisatorische Unabhängigkeit aufgibt, also ihre organisatorische Form wechselt; daß sie - ohne sich jemals wirklich aufgelöst zu haben - als Fraktion innerhalb der Gastpartei wirkt. Politisch-programmatisch bleibt sie auch nach dem Eintritt eine offene Fraktion. Ob sie organisatorisch offen oder geheim bleibt, hängt von den konkreten Bedingungen, die beim Eintritt vorliegen, ab. Selbst wo sie anfangs die organisatorische Form einer offenen Fraktion nicht erreicht, muß sie bestrebt sein, diese im Verlaufe des Kampfes zu erringen.

45. Die Eintrittstaktik ist keineswegs leicht durchzuführen. Im Verhältnis zu den Schwierigkeiten, die sie mit sich bringt, sind die der organisatorisch unabhängigen Keimorganisation geradezu Kinderspiel. Es ist sicher nicht leicht, eine kleine selbständige Organisation aufzubauen. Aber sie einer so ernsten Erprobung auszusetzen (zu der die abseits von der Klasse existierende selbständige kleine Organisation gar keine wirkliche Gelegenheit hat), ist unendlich schwieriger. Und die Eintrittstaktik ist zugleich eine solche ernste Erprobung, die gestattet, in der lebendigen Praxis zu überprüfen, in welchem Grade die revolutionäre Keimorganisation tatsächlich innerhalb der Arbeiterreihen ihrer Aufgabe gerecht wird bzw. werden kann.

46. Es wäre natürlich falsch, die Eintrittstaktik zu dem einzigen Mittel, zu einem Rezept zu erklären, das allein die Schaffung der revolutionären Partei erlaubt. Günstige historische Bedingungen (ähnlich wie 1917/18) können durchaus dazu führen, daß der revolutionäre Keim sich auf dem Wege von Abspaltungen ernster revolutionärer Gruppierungen von den opportunistischen Parteien rasch zur Partei verstärkt, richtige Politik vorausgesetzt. Solange aber die heutigen ungünstigen Bedingungen anhalten, deren Hauptfaktor die Schwäche, Keimhaftigkeit der revolutionären Führung in den meisten Ländern ist, solange bleibt die Eintrittstaktik ein sehr wichtiges taktisches Mittel, um die Schaffung der revolutionären Partei zu fördern. Nur in diesem Sinne kann die Empfehlung des zweiten Weltkongresses der IV. Internationale verstanden werden. Es bleibt selbstverständlich in erster Linie Aufgabe der einzelnen Sektionen zu prüfen, ob die objektiven und subjektiven Voraussetzungen im Moment gegeben sind.

47. Die vielen Argumente, die gegen die Eintrittstaktik vorgebracht werden, ("Preisgabe der unabhängigen revolutionären Organisation bedeutet Preisgabe des revolutionären Programms"; "Anerkennung der Disziplin der Gastpartei bedeutet Anerkennung des opportunistischen Programms"; "'Gesundung von SP/KP ist möglich' und andere Illusionen werden durch den Totaleintritt hervorgerufen"; "dem Proletariat muß die Annahme des revolutionären Programms als einziger Ausweg hingestellt werden"; "Entrismus entspringt der Ungeuld, ist eine Einigung mit Hintergedanken, ist Auflösung, Liquidation der revolutionären Organisation" usw.) - sie alle entspringen einem starr-doktrinären Denken, das gewohnt ist, mit fixen Größen zu arbeiten und am liebsten ausgefahrene Bahnen wandelt. Die ganze Frage der Eintrittstaktik muß dialektisch durchdacht werden, d.h. die Fragen der Organisation, Disziplin,

"Einigung", "Spaltung" usw. müssen als Etappen eines Prozesses gefaßt werden. Lenin hat in seiner Stellungnahme am zweiten Weltkongreß der Komintern die meisten dieser Argumente bereits widerlegt. Die Doktrinäre ziehen es vor, Lenin - beiseite liegen zu lassen oder seine klare Charakteristik der Frage als Taktik u.zw. als internationale Taktik zu ignorieren. Lenin aber hat die Frage der Eintrittstaktik nicht umsonst in seinem "Radikalismus" berührt, er hat sie nicht von ungefähr auf dieselbe Stufe gestellt mit der revolutionären Taktik im Parlament, in den Gewerkschaften und mit der Einheitsfronttaktik.

48. Dem Totaleintritt selbst muß eine Etappe seiner taktischen Vorbereitung ~~den~~ vorgangehen. Sie muß von der Tatsache ausgehen, daß die besten der opportunistischen Parteien folgenden Arbeiter zwar dem revolutionären Programm zuneigen, die revolutionäre Politik und Kritik akzeptieren aber gleichzeitig, auf dieser Stufe, noch nicht bereit sind, die opportunistische Partei zu verlassen, vor allem deshalb, weil ihnen die geringe Größe der revolutionären Keimorganisation als Minus, als "Spaltung" erscheint. In dieser Etappe, bei diesem widerspruchsvollen Bewußtsein selbst guter Arbeiterelemente muß die revolutionäre Keimorganisation ihnen offen erklären, daß sie bereit ist, mit ihnen Schulter an Schulter in "ihrer" Partei zu kämpfen, daß sie aber ihren Eintritt nur unter einer Bedingung vollziehen kann: Gewährung des Rechtes, mit dem revolutionären Programm aufzutreten, revolutionäre Politik und Kritik offen zu betreiben. Diese Sprache der Keimorganisation, gerichtet an die mit ihr sympathisierenden Arbeiter in der Gastpartei, wird die Letzteren gegen die opportunistische Führung "ihrer" Partei mobilisieren und fortschreitend die bestehende Kluft sichtbarer machen. Schon dieses unser Auftreten allein wird auch wenn unsere Bereitschaft nicht in der Durchführung des Totaleintritts mündet - die besten Arbeiter uns entscheidend näher bringen oder mit uns vereinigen. Der eventuelle Eintritt selbst und die ihm folgende Etappe wird die Kluft zwischen der opportunistischen Führung und den entschlossensten Arbeitern zu einer unüberbrückbaren machen.

49. Die Eintrittstaktik ist ein Kampfmittel, das es gestattet, die volle Kraft der revolutionären Keimorganisation dort einzusetzen, wo der Widerspruch zwischen der bürokratischen Führung und der proletarischen Basis opportunistischer Parteien am unmittelbarsten zutage tritt. Der Totaleintritt bedeutet, daß den vorgeschrittenen Arbeitern an Hand ihrer eigenen Erfahrung (wobei wir mitten unter ihnen arbeiten) klar gemacht wird, daß sich revolutionäres Programm, revolutionäre Politik und Opportunismus (Reformismus, Stalinismus, Zentrismus) unversöhnlich gegenüberstehen, unvereinbar sind und daß sie letzten Endes dazu übergehen müssen, sich die neue Klassenführung zu schaffen, indem sie sich auf dem Boden des revolutionären Programms auch organisatorisch vereinigen. Auf diese Weise wird die revolutionäre Keimorganisation tatsächlich zum Kristallisationskern. Die Eintrittstaktik kann also unter bestimmten Umständen im Kampfe um die Eroberung des Proletariats durch das revolutionäre Kader, im Kampfe um seine Trennung von der verräterischen opportunistischen Führung zur entscheidenden Waffe werden.

50. Die Erläuterung der Eintrittstaktik und die Darstellung bisheriger Erfahrungen, die der Brief des IS vom 1.11.48 beinhaltet, sind ein wichtiges Dokument, das das aufmerksamste Studium verdient und die Widerlegung der meisten gegen sie vorgebrachten Einwände enthält. Besondere Beachtung verdienen aber die Schlußfolgerungen (sieben Punkte), die das IS als Fazit der bisherigen Erfahrungen zieht und die als Richtschnur für die künftige Anwendung der Eintrittstaktik dienen müssen.

51. Es ist eine völlig leblose, undialektische Art und Weise, die Frage nach der Verbesserung der Qualität (als Basis jedes weiteren Fortschritts) der Eintrittstaktik gegenüberzustellen. Die wirkliche Qualität erweist sich erst in der Aktion - nicht in der abgeschlossenen (oder fast abgeschlossenen) kleinen Organisation und nicht in der nur ideologischen Auseinandersetzung innerhalb einer "kleinen Elite". Wer immer davon redet: "Bevor man ins Wasser geht, muß man gut schwimmen können", der vergißt: selbst die beste Vorbereitung erspart einem nicht, ins Wasser zu springen, wo man erst wirklich schwimmen lernt, seine Qualität also unter Beweis stellen muß und sie erst zu einer tatsächlichen Qualität macht!

52. Selbst die erfolgreiche Anwendung der Eintrittstaktik vermag vielleicht die Frage der Schaffung der Klassenpartei nicht völlig zu lösen. Ihr Ergebnis wird unter Umständen an diese Lösung näherführen, nicht aber sie bringen. Dennoch, und darin besteht dann ihr Haupterfolg, wird sie die so erprobte und verstärkte revolutionäre Organisation mit neuen wertvollen Erfahrungen ausstatten und befähigen, die Formen ihrer Aktion zu erweitern, mehr und mehr die Leitung von einzelnen Arbeiterkämpfen zu übernehmen.

Dieses Stadium wird Hand in Hand gehen mit einem verstärkten aktiven Verhalten zu anderen Gruppen und Parteien, das bis zu gemeinsamen Kämpfen gesteigert wird. Die revolutionäre Partei selbst, als die tatsächliche Führerin der Arbeiterklasse, wird im weiteren Verlauf zweifellos aus dem Zusammenschluß der revolutionären Organisation mit ihr nahestehenden, das revolutionäre Programm mehr und mehr akzeptierenden Gruppen und kleinen Parteien linkszentristischen Charakters (mit ernster Tendenz, zum revolutionären Programm überzugehen) entstehen.

Dieser Prozeß erst wird die kleine aktive revolutionäre Partei schaffen, wobei ihre immer stärkere Verknüpfung mit der Klasse begleitet sein wird von ununterbrochenen Klärungskämpfen in ihrem Inneren. Er wird sich in einer Etappe des Zerfalls der SP wie Stalinpartei abspielen, ausgelöst sowohl durch eine akute Krise dieser Parteien aber auch und vor allem durch das aktive Einwirken, Eingreifen der revolutionären Organisation in den Auflösungsprozeß von SP/Stalinpartei.

VI.

53. Die vorliegenden Thesen geben bloß eine Übersicht über den wahrscheinlichen Verlauf des Weges zur Klassenpartei. In unserer Epoche mit ihren scharfen Wendungen und Umschwüngen können sich neue, völlig anders geartete Bedingungen ergeben, die im vorhinein nicht in Rechnung gestellt werden können. Diese veränderten Bedingungen werden die Frage nach dem Weg zur proletarischen Klassenpartei auf neuartige Weise aufrollen. Ein fixes Schema zu zeichnen, ist schon aus diesem Grunde unmöglich. Daher können hier nur die Hauptpunkte, die sich aus der historischen Erfahrung, sowie aus den herrschenden konkreten Bedingungen für die Schaffung der revolutionären Partei ergeben, umrissen werden und als annäherndes Bild dienen. Revolutionäre Pflicht ist es, das jeweils Notwendige und Mögliche zu tun, um die Frage des Aufbaues der revolutionären Partei des Proletariats erfolgreich zu lösen.

Hammer, Kant, Lerse, Louis

=====

Antrag 11

DIE LAGE UND UNSERE AUFGABEN

=====

(Allgemeine politische Resolution)

I. Die Lage des österreichischen Kapitalismus

1. Der zweite imperialistische Weltkrieg brachte eine ungeheure Zerstörung der Produktivkräfte Europas, die Vernichtung solcher Weltmächte wie Deutschland und Japan, eine tiefgehende Massenunzufriedenheit in Europa und in den Kolonien mit sich. Mit ihm ging eine Periode revolutionärer Erschütterungen und das Vordringen der Sowjetunion trotz ihrer gesteigerten inneren Schwäche einher. Seine Beendigung leitete eine Periode des mühsamen Versuchs des von den USA geführten Weltkapitalismus, angesichts dieser Tatsachen zu einer wenn auch äußerst relativen Stabilisierung zu gelangen, ein. Diese findet ihren besonderen Ausdruck in der seit 1946 rascher vor sich gehenden Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus.

2. Heute steht, wie die bürgerliche Presse feststellt, der österreichische Kapitalismus "an der Schwelle der endgültigen Konsolidierung". Ist das Wort "endgültig" auch eine begreifliche Übertreibung in kapitalistischem Munde, so ist der Fortschritt der Wiederaufrichtung des 1945 völlig am Boden liegenden österreichischen Kapitalismus unverkennbar und besonders in den beiden vergangenen Jahren bedeutend gewesen. Mit Kriegsende war der Index der Produktion auf 40% des Vorkriegsstandes gesunken. Im Herbst 1948 hat er bereits diesen Vorkriegsstand überschritten und beträgt 104%. Dabei liegt der Index der Produktionsmittelindustrie mit 148% weit über dem Vorkriegsniveau, während jener der Konsumtionsmittelindustrie erst rund 2/3 der Vorkriegsproduktion beträgt. Die Zahl der Beschäftigten ist ununterbrochen angestiegen und beträgt heute nahezu zwei Millionen. Sie liegt damit um eine halbe Million über dem Stande von 1937 (einem Jahre, das allerdings über 200.000 Arbeitslose aufwies). Die 1945 tief herabgesunkene Arbeitsproduktivität hat heute bereits 80% der Vorkriegsproduktivität erreicht. Der Wiederaufstieg der kapitalistischen Produktion spiegelt sich ebenso wider in der Steigerung des Bahngüterverkehrs, der 140% des Vorkriegsstandes erreicht hat, und in der gesteigerten Produktion von Roheisen, Stahl und Kohle. So hat sich die Produktion von Roheisen im letzten Jahre verdreifacht, die von Stahl mehr als verdoppelt und die Produktion von Kohle beträgt heute das eineinhalbfache des Vorkriegsstandes. Der Verbrauch von Strom weist ebenso seit zwei Jahren eine andauernde Steigerung auf und beträgt heute bereits ein mehrfaches der Vorkriegszeit. Auf finanziellem Gebiet zeigen die Ziffern der Wechselungskompierungen deutlich die Belebung der kapitalistischen Wirtschaft: während sie im Juni 1947 2 Milliarden Schilling betrugen, sind sie im Juni 1948 auf 7,8 Milliarden gestiegen. Der Export hat zwar (September 1948) erst 50% des Exportes von 1937 erreicht, deckt aber bereits 50% des Importes, während er 1947 bloß 20% deckte.

3. Alle diese Ziffern spiegeln den Fortschritt, den der österreichische Kapitalismus in den beiden letzten Jahren gemacht hat, wider. Der heutige "Übergangszustand", von dem die kapitalistische Presse spricht, soll der schließlichen Konsolidierung Platz machen. Den kapitalistischen Wiederaufstieg hat besonders die "Währungsreform" vom Dezember 1947 beschleunigt. Die Kapi-

talistenklasse, die im Sommer 1947 noch entschlossen schien, Kurs auf die Inflation zu nehmen, bei welcher sie, als Besitzerin der Sachwerte, durchaus ihre Interessen gewahrt, an der mit der Inflation einhergehenden konjunkturellen Scheinblüte noch reichlich profitiert und bei der schließlichen Stabilisierung der Währung die ganze Last auf die Schultern der Massen abgewälzt hätte, änderte ihren Kurs und griff zur "Währungsreform". Diese "Reform", die die Einlagen nach dem Dezember 1945, dem Zeitpunkt der Markumwechslung, im Verhältnis 1:1 umtauschte (was praktisch den Kapitalisten und Großschiebern, die allein imstande waren, seit 1945 Rücklagen zu machen, während die Massen ihre Spargroschen dazu verwenden mußten, sich zusätzlich Lebensmittel zu kaufen, zugutekam), beseitigte den "Geldüberhang" auf Kosten der Ersparnisse der breiten Massen, welchen die bittere Pille mit einigen unbeträchtlichen Zugeständnissen verzuckert wurde. Die Massen wurden praktisch um zwei Drittel ihrer Ersparnisse beraubt.

4. Die mit der Währungsreform eingeleitete Periode der "Stabilisierung" brachte ein bedeutendes Ansteigen der Produktion. Die verminderte Kaufkraft der Massen erzwang vorübergehend ein Absinken der Preise, vor allem des schwarzen Marktes. Die Kapitalisten gewannen wieder "Vertrauen" und begannen zu produzieren. Aber der "Währungsreform" war ein ebenso wichtiger Schritt vorangegangen: der Lohnpreispakt vom Juli 1947. Dieser unterwarf die Arbeiterklasse dem Lohnstop, während die Preise trotz Pakt ihre ansteigende Tendenz mit kurzer Unterbrechung beibehielten und den Kapitalisten ansehnliche Profite sicherten. Eine auf Kosten der breiten Massen stabilisierte Währung, ein durch den Lohnstop gefesseltes Proletariat, eine durch keine Polizeigewalt zu verhindernde Preisschraube waren die inneren Bedingungen, die den bedeutenden Fortschritt des österreichischen Kapitalismus in den beiden letzten Jahren sicherten.

5. Dazu kam aber noch ein entscheidender Umstand: trotz aller dieser Maßnahmen wäre die Wiederaufrichtung des österreichischen Kapitalismus bei weitem nicht in diesem Tempo und Ausmaß möglich gewesen, wenn nicht Österreich in den Marshall"plan" einbezogen worden wäre. Nur die vorhergehende Stützung durch die USA hatte dem österreichischen Kapitalismus überhaupt ermöglicht, den Schritt aus dem Abgrund heraus zu tun. Der Marshall"plan" soll nun in organisierter Weise die Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus fördern und zum Abschluß bringen, so daß Österreich bis 1952 "wirtschaftlich unabhängig", d.h. imstande sein soll, "ohne jede Auslandshilfe zu wirtschaften". Die Marshall"hilfe", deren Gegenwert von der Regierung auf Sperrkonto eingezahlt werden muß (das bis Mitte 1949 bereits die Summe von 3,6 Milliarden Schilling erreichen soll), sichert dem amerikanischen Kapitalismus, dessen Zustimmung zur Verwendung der "Hilfsfondsgelder" nötig ist, damit praktisch die völlige Kontrolle über den österreichischen Kapitalismus. Das Ziel der Marshall"hilfe" ist also einerseits die völlige Restauration und Erstarkung des österreichischen Kapitalismus, andererseits die Herstellung der Kontrolle der USA über Österreich, die Verwirklichung der direkten Abhängigkeit Österreichs vom USA-Kapitalismus. Sie ermöglicht nebenbei noch den österreichischen Kapitalisten, ansehnliche Sonderprofite einzustecken, indem sie Hunderte Millionen, die sie auf das Sperrkonto einzuzahlen hätten, zurückbehalten und für sich "arbeiten" lassen. "Außer der noch einige Jahre fortgesetzten Subventionierung der lebenswichtigen Importe der europäischen Länder (durch die USA) zeigt sich keine Möglichkeit, selbst

nur das ökonomische Gleichgewicht der Vorkriegszeit herzustellen", sagt die politische Resolution des zweiten Weltkongresses der IV. Internationale (April 1948). Das trifft insbesondere auf Österreich zu, dessen Anteil am Marshallplan ein relativ hoher ist.

6. Die Hauptlösung, unter welcher die Kapitalistenklasse in den beiden letzten Jahren den Kampf für ihre ökonomische Konsolidierung führte, war und ist die der Wiederherstellung der "freien Wirtschaft". Dieser Kampf für die Beseitigung der lästigen behördlichen Kontrollen usw. hat heute mit ihrem Siege geendet. Die Bewirtschaftung vieler wichtiger Artikel ist abgeschafft oder durchbrochen. Die Kapitalisten entblößten den offiziellen Markt mehr und mehr von Waren, indem sie den Hauptanteil der Produktion auf den inoffiziellen (grauen oder schwarzen) Markt warfen, um dort ihre Hauptprofite zu erzielen. So zerstörten sie schließlich den offiziellen Markt, zertrümmerten sie die Bewirtschaftung auf entscheidenden Gebieten, setzten sie an die Stelle des offiziellen den "grauen" und "schwarzen" Markt mit seinen Weltmarktpreisen, die hoch über den Inlandspreisen lagen. Heute hat das österreichische Preisniveau bereits das des Weltmarktes erreicht; der "Anschluß an den Weltmarkt" ist hergestellt.

7. Aber der Sieg der "freien Wirtschaft", des "freien Spiels der Kräfte" leitete keineswegs eine Renaissance der freien Konkurrenz ein. Er setzt nur an die Stelle der staatlichen Bewirtschaftung fortschreitend die Kartellisierung und Monopolisierung. Wenn die bürgerliche Presse triumphierend feststellt, daß sich "Österreich der freien Marktwirtschaft rasch nähert", daß der "Wirtschaftsablauf in Zukunft nicht mehr geplant" werden soll, daß "Produktionslenkung und Großverteilung durch den Staat entfallen sollen", in einem Atemzug aber ausspricht, daß nunmehr "kartellmäßigen Vereinbarungen breiter Raum gelassen ist", sie heißt das nur, daß die staatliche "Zwangswirtschaft", die ohnedies den Großprofit ungeschmälert ließ, heute ersetzt wird durch die "Planwirtschaft" der Kartelle, von der Beherrschung des Marktes durch die Preisdiktate von Kartellen und Monopolen zur Hochhaltung der Großprofite auf Kosten der breiten Massen, wie das in den letzten Jahren bereits - unter der Ägide des "Staates" - die Großhandelsmonopolisten mit ihren bis zu 200% gehenden Profiten praktizierten.

8. Die neu sich bildenden Kartelle verbergen sich heute unter den verschiedensten Namen ("Verein", "Arbeitsgemeinschaft", "Verband" usw.) Meist sind es Preiskartelle, die durch Festsetzung von Mindestpreisen den Markt zu beherrschen beginnen und sich die Konkurrenz vom Halse zu halten trachten. Die Aufrichtung der Kartelle widerspricht natürlich dem Marshallplan, dem Abkommen, das seine Grundlage bildet. Es will die Bildung von Kartellen hintanhaltend, um den österreichischen Markt für die amerikanischen Monopolisten freizuhalten. Dennoch bilden sich die Kartelle - trotz Marshallplan, trotz "Kartellverordnung" - auf den meisten Gebieten der industriellen Erzeugung und des Handels, von der Rohstoffproduktion bis zur Radioindustrie und zum Großhandel hinüber. Diese Kartelle werden bald Anschluß an die internationalen Kartelle finden.

9. Einen wichtigen Schritt zur völligen Restauration des österreichischen Kapitalismus stellt das jüngst erfolgte fast völlige Wegfallen der bisherigen Außenhandelskontrolle, die praktisch einem staatlichen Außenhandelsmonopol gleichkam, dar.

Nunmehr ist auch hier die Barriere für den "freien" Außenhandel gefallen und damit ein lästiges Hindernis für den Profit der Kapitalisten.

10. Die Wiedereröffnung der Wiener Börse (November 1948), d.h. die Wiederherstellung des zentralen Kapitalmarktes, ist schließlich ein weiteres Anzeichen für den Fortschritt der kapitalistischen Restauration und wird von der Kapitalistenpresse auch als ein solcher gefeiert.

11. Alle diese Fortschritte auf dem Wege zur völligen Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus wurden erzielt trotz der Verstaatlichung der fünf Großbanken, zu welcher sich die Kapitalistenklasse nach 1945 bequemen mußte. Diese Verstaatlichung änderte nicht das geringste an der kapitalistischen Funktion der Großbanken, die ein wichtiges Werkzeug zur Wiederaufrichtung des Kapitalismus waren und sind. Die sonstigen Verstaatlichungen in der Industrie sabotiert die Kapitalistenklasse andauernd und mit Erfolg. Sie geht darauf aus, die verstaatlichten Großbetriebe und Industrien in eine Defizitwirtschaft hineinzutreiben, um die Verstaatlichung zu diskreditieren und so zu Fall zu bringen.

12. So hat sich innerhalb von drei Jahren aus dem Trümmerfeld der kapitalistischen Wirtschaft von 1945, wo die Arbeiter vor den zerstörten und von den Kapitalisten verlassenen Betrieben standen, der österreichische Kapitalismus wieder erhoben. Aber das gilt nicht nur für Banken und Industrie, das gilt ebenso für die Agrarbourgeoisie. Diese, an ihrer Spitze die Großagrarier, hat sich seit 1945 durch die Belieferung des "schwarzen" und "grauen" Marktes mit Lebensmitteln, die sie der regulären Ablieferung, d.h. hauptsächlich also den städtischen Konsumenten, entzog, ständig bereichert. In immer erneuten Offensiven hat sie "kostendeckende" Preise erzwungen; d.h. hunderte Millionen aus den Taschen der städtischen Konsumenten gezogen. Hatte dann die Agrarbourgeoisie die ungeheuren staatlichen Subventionen im Sack, änderte sie nicht das geringste an der Sabotage der Ablieferung, wofür die andauernden "Ablieferungsskandale" die berühmtesten Zeugnisse sind. Auf diese Weise hat die Agrarbourgeoisie es verstanden, ein ständiges Ansteigen der Lebensmittelpreise zu erzielen und so schließlich den "grauen", bzw. "schwarzen" Markt zu legalisieren.

13. Wie sehr die Agrarbourgeoisie ihre Bereicherung auf Kosten der städtischen Konsumenten, vor allem also des Proletariats, durch die systematische Sabotage der Lebensmittelablieferung voranzutreiben verstanden hat, das beweist die Tatsache, daß der Anteil der österreichischen Landwirtschaft an der Deckung der Inlandsbedürfnisse von durchschnittlich 75% in den Jahren vor 1938 auf nicht viel mehr als 30% herabgesunken ist. Selbst die Einrechnung der Kriegsverluste, sowie der an die Besatzungsmächte abzuliefernden Mengen ergibt ein Bild davon, wieviel die Agrarbourgeoisie der staatlichen Ablieferung zugunsten der Steigerung des eigenen Profites entzog.

14. Die Struktur der Eigentumsverhältnisse auf dem flachen Lande ist aus folgender Tabelle klar ersichtlich:

=====

Genossen! Konzentriert euch in den nächsten Wochen auf das Studium aller Anträge zur Konferenz, auch wenn andere Aufgaben vorübergehend zurückgestellt werden müssen. Die gründliche politische Vorbereitung der Konferenz wird für ihren Erfolg entscheidend sein!

=====

Absolute Anzahl	Prozent der Gesamtanzahl der Betriebe	Prozent der gesamten Anbaufläche
215.200 Kleinbauern +) besitzen	49,0 %	6,1 %
155.700 Mittelbauern besitzen	35,5 %	21,8 %
61.180 Großbauern besitzen	14,0 %	26,8 %
6.474 Großagrarien ++) besitzen	1,5 %	45,3 %

Diese Tabelle zeigt deutlich, welche entscheidende Rolle der großbäuerliche Besitz und der landwirtschaftliche Großbesitz spielen. Die Großagrarien und Großbauern zogen den Hauptnutzen aus der Ablieferungssabotage, d.h. aus der Aushungerung der Städter, denn sie haben über 72 % der Anbaufläche in Händen, obwohl sie kaum 16 % der Betriebe stellen.

15. Die Agrarbourgeoisie sicherte sich ihre Wucherprofite durch die Beherrschung der monopolistischen "Wirtschaftsverbände", an deren Stelle nunmehr sogenannte "Wirtschaftsstellen" treten sollen, deren Befugnisse nicht nur die von Preiskartellen, sondern darüber hinaus auch behördlicher Natur sein sollen und die, in den Händen der Agrarbourgeoisie, dadurch ein gewichtiges Instrument zur Ausübung wirtschaftlichen und politischen Drucks auf die Klein- und Mittelbauern werden (Festsetzung von Erzeugungs- und Verarbeitungsquoten; Preisbestimmung; Festsetzung von Bezugs-, Liefer-, Verrechnungs- und Zahlungskonditionen usw.) und gleichzeitig natürlich die systematische Ausplünderung der städtischen Konsumenten, vor allem also des Proletariats durch die Agrarbourgeoisie sicherstellen sollen. Die mit diesen "Wirtschaftsstellen" gleichzeitig geplanten "Ausgleichskassen" stellen nichts anderes als Korruptionsfonds dar, die das Diktat der Agrarbourgeoisie über die Klein- und Mittelbauernschaft nur noch befestigen sollen.

16. Wie sehr die Agrarbourgeoisie ihre Wucherinteressen durchzusetzen versteht, zeigt sich u.a. in der Absicht, einen Teil der im Marshallplan vorgesehenen Lebensmittelimporte zu ersetzen durch Futtermittelimporte, deren Hauptanteil natürlich die Agrarbourgeoisie an sich reißt und so ihre Produktion steigert, im selben Moment aber durch die Preisdiktate der "Wirtschaftsstellen" darangeht, jede Verbilligung für den Massenkonsum zu verhindern.

17. Den kartellartigen "Wirtschaftsstellen" soll an die Seite treten ein staatliches Getreidemonopol, wie dies die Agrarbourgeoisie schon nach 1918, als die Weltmarktpreise unter den Inlandpreisen lagen, durchsetzte. Damals erhob sie diese Forderung erst nach sechs Jahren, heute hat sie sie bereits nach drei Jahren erhoben. Das Getreidemonopol soll die Agrarbourgeoisie vor der Konkurrenz des billigen Weltmarktgetreides schützen auf Kosten der städtischen Konsumenten. Steigen umgekehrt die Weltmarktpreise, dann soll das Monopol der Agrarbourgeoisie natürlich die höheren Weltmarktpreise sichern.

18. Der österreichische Kapitalismus, dessen Fortschritte seit 1945 im Vorhergehenden kurz skizziert wurden, war in den letzten zehn Jahren wichtigen Veränderungen unterworfen. Die Annexion Österreichs durch den deutschen Imperialismus hat zur Eingliederung der österreichischen Industrie in die deutsche Kriegsindustrie geführt. Die Schwerindustrie wurde durch den Ausbau der bestehenden und durch Schaffung neuer schwerindustrieller Anlagen ausgebaut. In West-Österreich wurden, besonders im Zusammenhang mit der fortschreitenden Zerstörung der deut-

+) vorwiegend Kleinbauern ++) mit mehr als 200 ha Grundbesitz

schen Industrie während des Krieges, zahlreiche neue Betriebe, meist unmittelbar für Kriegszwecke, geschaffen. Dies führte zu einer erhöhten Produktionskraft der österreichischen Industrie. Die dann durch die Einbeziehung in den Luftkrieg und schließlich in unmittelbares Kriegsgebiet herbeigeführte Zerstörung von Produktivkräften hat sich besonders in Ost-Österreich stark ausgewirkt. Die Demontage, Beschlagnahme und Besetzung von Betrieben nach Kriegsende hatte eine weitere Herabminderung der Produktivkräfte zur Folge. Alle diese Momente zusammen haben die Disproportionen des kapitalistischen Systems nur noch verschärft. Die technische Entwicklung der Landwirtschaft im besonderen blieb weit zurück.

19. Andererseits hat die politische Umgestaltung der Länder Osteuropas dort zu einer verstärkten Industrialisierung geführt und daher die Märkte der österreichischen Industrie verengt. Die im ganzen verstärkte Industrialisierung Österreichs, der Verlust bisheriger Absatzmärkte zwingt den österreichischen Kapitalismus, sich neue Märkte zu suchen. Aber diese neuen Märkte sind solche, wo er der schärfsten internationalen Konkurrenz gegenübersteht. Gleichzeitig ist jedoch eine entscheidende Steigerung des Exportes eine unbedingte Notwendigkeit. Fast sämtliche Auslandsanlagen der österreichischen Kapitalisten sind durch den Krieg verloren gegangen. Die Transiteinnahmen bei Eisenbahn, Schifffahrt usw. sind ebenfalls stark zurückgegangen. Ebenso hat der Fremdenverkehr eine starke Einbuße erlitten. Alle diese Posten zusammen erbrachten aber früher Devisen, die zur Finanzierung der Importe dienten. Ihr Wegfall hat daher die unbedingte Forcierung des Exportes zur notwendigen Folge. In dieser Richtung gehen auch alle Anstrengungen: bis 1952 (dem Jahr der Beendigung der Marshall"hilfe") soll er auf 160 % des Vorkriegsexportes gebracht werden. War Österreich schon vor dem Kriege eines der mit dem Weltmarkt am innigsten verbundenen Länder, so soll dies in Zukunft nur noch mehr der Fall sein. Vorsichtige kapitalistische Schätzungen halten aber eine solche Steigerung des Exportes innerhalb der nächsten drei Jahre für unmöglich und erklären, daß sich auch nach 1952 der österreichische Kapitalismus durch "Hilfen" und Anleihen wird helfen müssen, was nichts anderes heißt, als daß seine Abhängigkeit von internationalen Finanzkapital noch stärker werden soll.

20. Die Notwendigkeit eines verstärkten Exportes bedeutet natürlich andererseits die höchste Steigerung der Anfälligkeit gegenüber den leichtesten krisenhaften Erschütterungen des Weltmarktes, erst recht im Falle des Ausbruches einer kapitalistischen Weltkrise. Dabei soll sich die Ausweitung des Exportes unter Bedingungen abspielen, wo einerseits auf dem Weltmarkt neue Konkurrenten (wie West-Deutschland) auftreten, andererseits sich die Tendenzen zur völligen Absperrung der unter sowjetischen Einfluß stehenden Staaten Osteuropas im Zusammenhang mit der Verschärfung der internationalen Gegensätze verstärken.

21. Das Gesamtbild, das der österreichische Kapitalismus heute bietet, kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

a) Seit 1945, besonders seit Beginn 1947, hat sich der Kapitalismus fortschreitend seiner Konsolidierung genähert.

b) Die heutige Etappe kann als Übergangszustand zur erhofften Konsolidierung bezeichnet werden. Sie ist charakterisiert durch den immer rascheren Abbau der behördlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen, die der kapitalistische Staat - im gesamtkapitalistischen Interesse - während und nach dem Kriege getroffen hat,

um einerseits die staatliche Lenkung der Industrie, andererseits die Sicherung der Massenversorgung gegen kapitalistische Sonderinteressen durchzusetzen.

c) Der Vormarsch der "freien Wirtschaft" beginnt heute bereits unvermeidlich hervortreten als die Wirtschaft der Kartelle und Monopole, die sich die Beherrschung des Marktes sichern.

d) Die fortschreitende Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus ist unmöglich gewesen ohne die Unterstützung durch das USA-Kapital mittels des Marshall"plans".

e) Die Notwendigkeit eines verstärkten Exports wird sich unter erschwerten Bedingungen auf dem Weltmarkt vollziehen und den österreichischen Kapitalismus für die Auswirkungen einer internationalen Krise noch empfindlicher machen als er dies jemals zuvor war.

f) Die scharfen Disproportionen in der Wirtschaft, die ständige Anspannung der finanziellen Lage mit der drohenden Inflation, der Druck der USA-Kontrolle, der Zwang zum Export unter erschwerten Weltmarktbedingungen - alle diese Umstände bezeugen die trotz der "Konsolidierung" weitergehende äußerste Labilität des österreichischen Kapitalismus.

22. Im ganzen bleibt also der österreichische Kapitalismus immer noch eines der schwächsten Glieder der kapitalistischen Kette.

Die Disproportionen in der Industrie, verschärft durch den Krieg und die Nachkriegsentwicklung, das Zurückbleiben der technischen Entwicklung der Landwirtschaft, die Demontagen und Beschlagnahmen verstärken die grundlegende Schwäche des österreichischen Kapitalismus. Andererseits zeigen sich bei der allgemeinen Annäherung an das Vorkriegsproduktionsniveau der Industrie (die allerdings sehr ungleichmäßig ist) heute schon "Übersättigungen des Marktes", wie die kapitalistische Presse die ersten Krisenanzeichen beschönigend bezeichnet. "Der Prozeß der gesunden, stetigen Entwicklung" des österreichischen Kapitalismus, von dem sie und die Presse ihrer Helfer spricht, beginnt heute schon jene Züge zu zeigen, wie sie sich bereits vor mehr als einem Jahrzehnt herausgebildet hatten: eine hochkonzentrierte Großindustrie, eng mit den wenigen Großbanken verflochten; ein ebenso hochkonzentrierter Großhandel, der sich kartellmäßig zusammenschließt; an der Seite der Industrie- und Handelskartelle und -monopole die Preiskartelle der Agrarbourgeoisie, die sich damit wie die Kapitalistenklasse überhaupt gegen die Konkurrenz des Weltmarktes zu schützen sucht auf Kosten der breiten Massen, deren Lebensstandard auf dem heutigen tiefen Elendsniveau stabilisiert werden soll. Dieses Bild wird ergänzt durch die heute in den Hintergrund gedrängte Fertigwarenindustrie, sowie die Geschmacksindustrie, die zweifellos durch die Entwicklung der Schwerindustrie, der Rohstofffabrikation usw. überholt wurden und an spezifischem Gewicht verloren haben. Die monopolistische Struktur des österreichischen Kapitalismus hat sich gegenüber der Vorkriegszeit noch verschärft; sein parasitärer Charakter ist so nur noch deutlicher geworden. Die Verstaatlichungen seit 1945 ändern an diesem Bilde nicht das geringste; in den Händen des kapitalistischen Staates, den die Monopolisten, also Banken und Großindustrie, wenn auch heute nicht direkt, beherrschen, können die Verstaatlichungen nur zu mächtigen Werkzeugen des Kapitals gegen die breiten Massen werden, sofern es dem Großkapital nicht gelingt, sie zu liquidieren.

23. Der österreichische Kapitalismus muß in der kommenden Etappe einen energischen Kampf um äußere Märkte führen. Er muß vor

allem den Kampf auch um neue Märkte für seine Waren führen. Aber diesen Kampf muß er unter ungunstigen Bedingungen führen: neben dem Erscheinen neuer Konkurrenten auf dem Weltmarkte muß er versuchen, den Vorsprung vor allem der "Neutralen" und der "Siegerländer" auf dem Weltmarkte aufzuholen. Dieser Kampf um den Markt wird in der unmittelbar herannahenden Etappe noch nicht so erbittert sein: noch ist ein durch die ungeheuren Kriegszerstörungen entstandener Bedarf zu decken. Aber für die schwächeren Glieder der kapitalistischen Kette (und der österreichische Kapitalismus zählt zu ihnen) wird sich dieser Kampf um die Außenmärkte früher zuspitzen als für die großen Länder. Diese Frage kann der österreichische Kapitalismus infolge seiner Schwäche nicht selbständig durch Krieg lösen: das kann er nur im Gefolge einer der kapitalistischen Hauptmächte. Er ist auch dazu entschlossen, ohne daß er das heute schon ausspricht; vor allem aber rechnet er, sobald die Bedingungen das ermöglichen, mit der Einbeziehung Österreichs in die imperialistische Neuaufrüstung, die die USA heute bereits vorantreiben. Solange aber diese Wege und "Lösungen" verschlossen bleiben und der österreichische Kapitalismus dem scharfen Wettkampf auf dem Weltmarkte standhalten muß, wird er diese Frage lösen, wie er sie bereits vor 1938 gelöst hat: auf Kosten der breiten Massen, vor allem des Proletariats.

24. So ist trotz aller "Konsolidierung" die Situation des österreichischen Kapitalismus eine sehr labile und widerspruchsvolle. Ohne direkte Intervention durch die kapitalistischen Hauptländer hätte er sich weder erheben können noch könnte er sich behaupten. Die verstärkte Abhängigkeit vom Weltmarkt macht ihn heute doppelt anfällig. Selbst nach 1952, dem Jahr der Beendigung der Marshall "hilfe", so erklären vorsichtige Beobachter, wird sich der österreichische Kapitalismus nicht ohne weitere "Hilfe" und Anleihen halten können. Das bedeutet natürlich verstärkte Abhängigkeit von den kapitalistischen Hauptländern, vor allem von den USA, dessen Finanzkolonie Österreich heute schon ist. Die Disproportionen und Widersprüche des österreichischen Kapitalismus könnten, wenigstens vorübergehend, nur gemildert werden, wenn er in den Rahmen eines größeren Wirtschaftsgebietes einbezogen werden würde. Aber diese Einbeziehung auf kapitalistischer Basis würde die Widersprüche nur auf höherer Stufenleiter reproduzieren. Sie ist ohne imperialistischen Krieg unmöglich, würde mit dessen Vorbereitung und Ausbruch Hand in Hand gehen wie 1938.

25. Der österreichische Kapitalismus ist, so wie der europäische Kapitalismus und der Weltkapitalismus überhaupt, längst überreif, beseitigt und ersetzt zu werden durch den Sozialismus, d.h. die planmäßige Organisation der Wirtschaft auf der Basis des sozialistischen Eigentums, geleitet durch die Organe der werktätigen Massen, die Räte der Arbeiter und armen Bauern, durch deren Staat, die proletarische Diktatur. Nur diese revolutionäre Lösung kann die Produktivkräfte im Interesse der breiten Massen entfalten, ihre Lebensinteressen sichern und ihnen eine dauernde Verbesserung ihrer Lage bringen. Diese sozialistische Lösung, die nur durch die proletarische Revolution herbeigeführt werden kann, wird an die Stelle des kapitalistischen "Wiederaufbaus", der nur Liesensprofite für die Herren des Kapitals und ungeheures Elend für die Massen hervorbringt, die Wirtschaft aus dem Schweiß und Elend der Massen nur aufbaut, um sie morgen wieder in einem ungeheueren Weltkrieg aus neue zu zerstören, damit die kapitalistischen Profitinteressen gesichert

sind, nur die sozialistische Lösung kann an die Stelle des Kapitalismus eine Gesellschaftsordnung setzen, die die Massen fortschreitend von Hunger, Elend, faschistischer Gefahr und Atomkriegsdrohung befreit. Sie ist nur möglich, wenn das österreichische Proletariat seine Kräfte mit dem Proletariat Europas, der ganzen Welt vereinigt zur Schaffung der Vereinigten Sozialistischen Rätestaaten Europas und der Welt.

II. Die politische Konsolidierung der österreichischen Bourgeoisie.

26. Hand in Hand mit der Wiederaufrichtung ihres ökonomischen Systems ging die politische Wiedererstarkung der österreichischen Bourgeoisie. Die erste und grundlegende Tatsache in dieser Hinsicht ist die Wiederaufrichtung des kapitalistischen Staatapparats. Heute sind Polizei und Gendarmerie wieder fest der Hand der Bourgeoisie, sind wieder verlässliche Werkzeuge zur Unterdrückung der Massen. Wenn auch die Bourgeoisie noch gezwungen ist, einzelne Spitzenpositionen bei der Polizei den "Sozialisten" einzuräumen, so ändert das nicht das geringste am kapitalistischen Klassencharakter des Staatsapparates. Die Bourgeoisie wie ihre Helfer werden nicht müde, seit langem nach verstärkter Bewaffnung der Polizei und Gendarmerie zu rufen, angeblich zum "Schutz der Bevölkerung", in Wahrheit, um gegen jede Regung der Massen gewappnet zu sein. Die Forderung der Bourgeoisie nach einem Heer zeigt, wie weit sie sich - trotz Besetzung - bereits vorwagt. Die Schaffung des kapitalistischen Heeres soll die Konsolidierung des kapitalistischen Machtapparates krönen.

27. Was die staatliche Bürokratie anbelangt, so ist die alte ministerielle Bürokratie, soweit sie nicht kompromittiert war, geblieben und durch verlässliche Elemente ergänzt worden. Den Hauptanteil bei der Besetzung der hohen bürokratischen Positionen sicherten sich die Cevauer, d.h. die Clique erzreaktionärer, monarchistisch-klerikaler Bürokraten, die fest mit der Bourgeoisie verbunden sind und sich aus ihren Söhnen und den Söhnen reaktionärer kleinbürgerlicher Schichten ergänzt. Der Justizapparat ist praktisch ebenso unverändert geblieben und zeigt immer schamloser seinen kapitalistischen Klassencharakter (Sabotage der Prozesse gegen große Nazi, gegen Großschieber usw.).

28. Wie sehr die Bourgeoisie ihre politischen Interessen durchzusetzen selbst im Jahre 1945 verstand, zeigte sich in der Annahme der Verfassung von 1929 durch die SP, zeigte sich im Beibehalten einer Unmenge drückender Gesetze aus der Nazizeit, u.a. des Lohnsteuergesetzes, zeigte sich in der Aufrechterhaltung des § 144 (Abtreibungsparagraph), der Todesstrafe usw. usw. Die Erstarkung der Bourgeoisie zeigt sich weiters darin, daß sie heute darangehen will, im engen Bündnis mit dem Vatikan, der seit 1945 in Österreich unter dem Deckmantel der politischen Abstinenz agiert, eine reaktionäre Linie auf dem Gebiete der Schule offen einzuschlagen. Die staatliche Schule soll auf Kosten der klerikalen zurückgedrängt und schließlich wieder unter die Fuchtel der Pfaffen gebracht werden.

29. Die politische Stabilisierung der Bourgeoisie zeigte sich weiters in ihrer wachsenden Sabotage der Verstaatlichungen; in ihrem Widerstand gegen die Vermögensabgabe, die sie schließlich praktisch in eine Farce zu verwandeln verstand; in der

Überwälzung der Hauptlasten des "Wiederaufbaues" auf die Schultern der breiten Massen, die - wie das Budget für 1949 zeigt - noch mehr geschröpft werden sollen; in der andauernden Sabotage der Ernährung durch die Agrarbourgeoisie, die diese "Sabotage" nur zum Zwecke erhöhter Profite und eklatanter Erpressungen höherer Agrarpreise betreibt; zeigt sich in der Wiedereinsetzung der Nazikapitalisten in die Betriebe; in der Wiedereinsetzung faschistischer Elemente in den Macht- und Verwaltungsapparat; in der geplanten Rückgabe der Starhemberg-Güter bei gleichzeitiger Sabotage der Rückgabe des 1934 geraubten Arbeitervermögens; in der immer offener hervortretenden Korruption (Tabakregieskandale etc.), die bis in die Regierungsspitze reicht. Alle diese Tatsachen und geplanten Maßnahmen der Bourgeoisie beweisen, wie sehr sie es verstanden hat, seit 1945, wo sie praktisch vor dem Nichts stand, wieder hochzukommen und sich fest in den Sattel zu setzen.

30. Die Überwältigung der Kosten des kapitalistischen Wiederaufbaues auf die Schultern der breiten Massen zwingt die Bourgeoisie nach wie vor, politisch-strategisch an der Linie der Zusammenarbeit, der "Konzentration" festzuhalten, die sie 1945 beschreiten mußte. Die "Konzentration" wurde nach dem Austritt der "Kommunistischen" Partei aus der kapitalistischen Regierung (November 1947) durch die "Schicksalsgemeinschaft ÖVP/SPÖ" ersetzt. Als Gegenleistung für die gewaltigen Opfer der Massen, ihr Elendsdasein und ihre Auspressung durch die Kapitalisten akzeptierte die Bourgeoisie eine Reihe von Reformen, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß die Kosten, die sie verursachen, von den Massen selbst getragen werden. Überdies ermöglicht der kapitalistische Klassencharakter des Staatsapparates es der Bourgeoisie, die Reformgesetze zu sabotieren und unwirksam zu machen. Auch für die nächste Etappe wird die Bourgeoisie an der strategischen Linie der "Zusammenarbeit" mit der SP festhalten. Diese Zusammenarbeit erlaubt ist, sich das Proletariat friedlich unterzuordnen. Zunächst ist der führende Teil der Bourgeoisie entschlossen, für die Dauer der Besetzung Österreichs an dieser Linie festzuhalten.

31. Als Hauptreserve sichert sich die Bourgeoisie die Gefolgschaft der Mittelbauern und selbst eines Teiles der Kleinbauern, teils indem sie besonders die Mittelbauern durch ökonomische Vorteile an sich zu binden sucht (Aufmunterung zur Sabotage der Ablieferung etc.), teils indem sie sie dem unmittelbaren ökonomischen Druck unterwirft (Preisfestsetzung durch Wirtschaftsverbände usw.). Letzteres soll besonders noch durch die an die Stelle der Wirtschaftsverbände tretenden "Wirtschaftsstellen", die nichts als agrarische Kartelle sind, vorgetrieben werden. Selbst die Bodenreform, die von der Bourgeoisie seit 1945 andauernd sabotiert wird, will sie in eine Waffe für sich verwandeln, indem sie den Boden nicht den Kleinbauern und dem Landproletariat zukommen lassen, sondern unter dem Deckmantel der "Kräftigung des Bauernstandes" neue Groß- und Mittelbauernhöfe schaffen will. Zu den Rederven der Bourgeoisie zählt auch jenes städtische Kleinbürgertum, das die vergangenen Jahre an der Ausplünderung des Proletariats in gewissen Grade teilgenommen hat.

32. Gestützt auf die Mittelbauern, auf Teile der Kleinbauernschaft, sowie des städtischen Kleinbürgertums, ordnet sich die Bourgeoisie vermittels der "Zusammenarbeit", der Koalition mit der SP das Proletariat unter. So hat die Bourgeoisie es verstanden, ihr Regime bisher vor jeder ernststen Erschütterung

zu bewahren und im Gegenteil es noch zu festigen. Sie hofft, dies in der nächsten Etappe vernittels dieser Strategie zu auch erreichen.

33. Die ÖVP ist seit 1945 die einzige kapitalistische Partei, fungiert so als kapitalistische Sammelpartei, die ihre monopolistische Stellung bis heute zu behaupten vermochte, vor allem dank der Unterstützung durch die englischen und die USA-Kapitalisten. Sie wendet sich gegen die Neubildung anderer bürgerlicher Parteien, weil sie sich dadurch in ihrer monopolistischen Stellung bedroht sieht, aber auch, weil sie in solchen Neugründungen eine Schwächung der gesamtkapitalistischen Interessen sieht. Sie versucht, in ihren eigenen Reihen die verschiedenen, sich oft widersprechenden Interessen der einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie wahrzunehmen und geht heute daran, mit ihren "Volkspolitischen Referaten" auch den parteimäßig obdachlos gewordenen Nazis eine Möglichkeit zur legalen politischen Aktivität zu geben. Was die Bourgeoisie mit der Verteidigung der Monopolstellung der ÖVP eigentlich ausdrückt, ist ihre Tendenz zur Wiederaufrichtung der offenen Diktatur wie nach 1934, eine Tendenz, die sie heute schon durchschimmern läßt z.B. in der ständischen Gliederung der ÖVP selbst. Dennoch wird sich die Herausbildung weiterer bürgerlicher Parteien den Weg bahnen. Innerhalb der ÖVP befinden sich heterogene bürgerliche Elemente, was sich bei der Behandlung der verschiedensten Fragen mehr oder weniger deutlich zeigte. Die Führung in ihr hat das Finanzkapital, eng verbündet mit der Agrarbourgeoisie und dem Vatikan. Sie umschließt aber seit 1945 auch solche früheren Parteien, wie den Landbund, eine großbäuerliche Partei, die jedoch gegen den klerikalen Kurs opponiert, sowie diejenigen Teile der Bourgeoisie, die 1938 den "Ausgleich" mit Deutschland herbeiführten. Es ist zweifellos, daß sich die verschiedenen kapitalistischen Gruppen wieder eigene Parteinstrumente schaffen werden. Aber auch das ist ein Anzeichen dafür, daß die Periode der unmittelbaren Gefahr für die Bourgeoisie beendet ist, daß sie sich den Luxus mehrerer Parteien erlauben kann dank ihrer politischen Festigung im allgemeinen.

34. Die latente Tendenz der Bourgeoisie zur Wiedererrichtung ihrer offenen Diktatur zeigt sich u.a. in der Betrugslosung des "Solidarismus", sowie ihrem systematischen Vermeiden, auch nur das Wort "Republik" zu gebrauchen, in ihrem demonstrativen Bekenntnis zur Februaraktion der Bourgeoisie 1934 usw. usw. Wohin die österreichische Bourgeoisie in der ersten Etappe auf dem Wege zur Wiedererrichtung der offenen Diktatur will, das ist zweifellos ein Regime, das die Massen in ihrer Bewegungsfreiheit stark einengt, vor allem mit Hilfe der SP-Spitze, die um den Preis von Posten und Pöstchen für sich zustimmen soll. Diese "ständische Demokratie" soll der Bourgeoisie, vor allem dem Monopolkapital, erlauben, die Ausplünderung der Massen zu steigern, ihre Niederhaltung zu verschärfen, um den kapitalistischen Großprofit zu sichern. In dieser latenten Linie der Bourgeoisie, die auf Wiedererrichtung der offenen Diktatur hinielt, manifestiert sich die relative Schwäche der österreichischen Bourgeoisie trotz aller Konsolidierung.

III. Die außenpolitische Linie der österreichischen Bourgeoisie

35. Die außenpolitische Linie der österreichischen Bourgeoisie ist heute noch bestimmt von der seit Kriegsende andauernden

~~vielfachen~~ Besetzung des Landes. Diese Tatsache zwingt die Bourgeoisie, zwischen den sich immer schroffer gegenüberstehenden Lagern des Imperialismus und der Sowjetunion zu labieren. Der grundlegende außenpolitische Kurs der Bourgeoisie ist ausgerichtet auf die Einbeziehung Österreichs in das unter Führung des USA-Imperialismus aufgebaute Weltpaktssystem des Imperialismus, in erster Linie die wenn auch verhüllte Einbeziehung in den Westpakt. Die seitens der imperialistischen Sieger in der letzten Etappe eingeschlagene Einbeziehung West-Deutschlands in das westeuropäische Paktssystem verstärkt noch diesen grundlegenden Kurs der österreichischen Bourgeoisie: sie beseitigt in gewissem Grade die bisherige isolierte Stellung Österreichs.

36. Angesichts der sowjetischen Besetzung ist die österreichische Bourgeoisie jedoch gezwungen, ihre außenpolitische Linie mehr oder minder zu maskieren. Die offizielle Linie ist daher die der "absoluten Neutralität". Die Bourgeoisie wird sich daher auch in der nächsten Etappe aus offenen außenpolitischen Abmachungen heraushalten. Jedoch ist es klar, daß gerade Österreich am allerwenigsten eine "absolute Neutralität" durchführen kann. Jedes der beiden entgegengesetzten Lager, muß versuchen, Österreich fest in seine Interessensphäre einzugliedern. Als kapitalistisches Land tendiert es natürlich zum Lager des Weltimperialismus. Aber die Grenzlage gegenüber der Sowjetunion, bzw. ihren Stelliten zwingt der österreichischen Bourgeoisie eine außenpolitische Linie auf, die ihr die Sicherung der kapitalistischen Herrschaft unter Berücksichtigung dieser Grenzlage Österreichs ermöglicht. Diese Linie ist die der "absoluten Neutralität".

37. Die ökonomische sowie politische Erstarkung der österreichischen Bourgeoisie ermöglichte es ihr, auch außenpolitisch aktiver aufzutreten. Das zeigte sich bereits bei den "Staatsvertrags"-Verhandlungen in der Vergangenheit, wo sie auf den Grenzen von 1937 beharrte und in der Frage des "deutschen Eigentums", der Reparationen an die Sowjetunion einen unnachgiebigen Standpunkt einnahm. Das zeigt sich insbesondere heute, wo sie selbst die Initiative zur Wiederaufnahme der "Staatsvertrags"-Verhandlungen ergreift. Womit die Bourgeoisie bei dieser Initiative rechnet, ist die durch die Stalinsche Politik geschwächte Position der Sowjetunion (Niederlage in Italien, Frankreich usw.). Sie hofft, daß sich unter dem Druck dieser Niederlagen der Kreml heute zu einem annehmbaren Kompromiß über Österreich bereitfinden wird. Erst der Gang der Verhandlungen selbst wird aber zeigen, ob es sich bei der Initiative der Bourgeoisie nicht eher um einen Versuch gehandelt hat, die heutige Stellung der Sowjetunion in der Frage des "Staatsvertrages" überhaupt aufzuklären, was für die Bourgeoisie gerade durch den Gang der Ereignisse in Berlin von größter Bedeutung ist.

38. Durch die Aufrichtung der "Volksdemokratie" in Ungarn und in der Tschechoslowakei hat sich die außenpolitische Lage der österreichischen Bourgeoisie unmittelbar zweifellos verschlechtert. Andererseits hat aber der Konflikt Maskau-Tito wieder eine bestimmte Erleichterung dieser außenpolitischen Lage gebracht: einerseits hinsichtlich der Lockerung der "volksdemokratischen" Zange, in der Österreich steckt, andererseits hinsichtlich des möglichen Fallenlassens der jugoslawischen Forderungen auf Südkärnten durch den Kreml. Diese Lage hat die Manövrierfähigkeit der österreichischen Bourgeoisie sicherlich erhöht. Worauf sie aber letzten Endes rechnet, das ist die Festigung des allimperialistischen Blocks gegen Sowjetrußland,

der durch den Westpakt, den kommenden Atlantikpakt, durch die Wiedereingangssetzung der imperialistischen Aufrüstung in letzten Jahre beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Die Herstellung eines bedeutenden Übergewichtes der Imperialisten über den Kreml, dessen politische und diplomatische Zurückdrängung, das ist es, was die österreichische Bourgeoisie abzuwarten trachtet. In diesem Sinne ist ihre heutige außenpolitische Linie auf Zeitgewinn ausgerichtet.

39. Sicherlich wird der österreichische "Staatsvertrag", wenn nicht eine revolutionäre Offensive ihn hinfällig macht, das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Imperialismus und dem Kreml sein, wahrscheinlich eines Kompromisses im Weltmaßstab. Dieses Kompromiß zu erzwingen, dem dient unmittelbar die imperialistische Politik des Atlantikpaktes, der Aufrüstung usw. Aber für die Kremlbürokratie ist ein solches Kompromiß immer weniger tragbar. Sie muß versuchen, ihre Positionen auf ihre Weise, durch militärisch-bürokratische Aktionen zu festigen, nachdem sie außerstande ist, den einzig wirksamen Weg der proletarischen Revolution zu gehen. Gerade diese wachsende Unmöglichkeit für den Kreml, ein Kompromiß mit dem Weltimperialismus einzugehen, wird ihn veranlassen, an seiner bisherigen Linie des Hinauszögerns in der Frage des österreichischen "Staatsvertrages" festzuhalten.

40. Die Frage der direkten Eingliederung Österreichs in das Glacis Rußlands ist heute immer noch offen. Wenn auch die Voraussetzungen in Österreich für eine "volksdemokratische" Aktion des Kremls mit jenen der Länder Osteuropas oder Ost-Deutschlands nicht zu vergleichen sind (fehlende Tendenz zum Zusammenschluß von SP und KP; Entfernung der stalinschen Infiltration in den Polizeiapparat; Anwendung des Marshall"planes" auch für den russisch besetzten Teil Österreichs; Schwäche der österreichischen Stalinpartei; Einheitlichkeit der Währung für ganz Österreich usw.), so kann kein Zweifel bestehen, daß es dem Kreml im gegebenen Augenblick nicht an Anlässen fehlen würde, um seine Aktion zu starten. Doch wird diese dann vorwiegend militärischen Charakter haben, sich unmittelbar auf Bajonette stützen und in keiner Weise Sympathien bei den Massen finden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der jüngst erfolgte Vorstoß (Angriff auf den ÖVP-Minister Krauland, der indirekt der Vorbeschuldigung bei Spionage gegen Rußland beschuldigt wird) der Beginn einer weitausholenden Aktion des Kremls ist, die letzten Endes auf den Bruch mit der österreichischen Regierung hinzielt und so die "Volksdemokratie" in Österreich etablieren will. Eine solche Aktion, die die Abtrennung des östlichen Teiles Österreichs und seine Verwandlung in einen Teil des russischen Glacis bedeuten würde, wird aber auf den schärfsten Widerstand der Imperialisten stoßen, die keineswegs gewillt sind, die Schlüsselstellung Österreich dem Kreml zu überlassen. Sie würde ohne Zweifel die Zuspitzung des weltpolitischen Gegensatzes Imperialismus-Sowjetunion bedeutend verschärfen und den bewaffneten Zusammenprall beschleunigen.

41. In ihrer außenpolitischen Aktion vermag sich die Bourgeoisie - dank der stalinschen Besatzungspolitik - fast auf die gesamten Massen zu stützen. Sie hat - trotz der Verkündung der "absoluten Neutralität" - ihren Platz an der Seite der Imperialisten eingenommen, wenn sie auch sicherlich daran interessiert ist, daß es nicht unmittelbar zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen diesen und der Sowjetunion kommt, da Öster-

reich sofort zum Kriegsgebiet würde und die Existenz der Bourgeoisie selbst auf dem Spiele stünde. Gegenüber der vierfachen Besetzung Österreichs seit bald vier Jahren nimmt die gesamte Bourgeoisie eine einheitliche Stellung ein. Ihre außenpolitische Differenzierung ist aber dennoch vorhanden, nur tritt sie heute nicht offen hervor. Hier sind drei Tendenzen zu unterscheiden, die im Grunde nur die Fortsetzung der außenpolitischen Gruppierungen in der österreichischen Bourgeoisie seit jeher sind:

a) Der eigentlich "österreichische" ("katholisch-klerikale") Teil der Bourgeoisie. Er geht auf die "selbständige" Position des österreichischen Kapitalismus aus, vor allem auf die Abwehr der deutschen Konkurrenz. Er wird repräsentiert von Banken, Großindustrie, Fertigwarenindustrie, Großgrundbesitz usw. Dieser Flügel der Bourgeoisie hofft, vor allem bei Zusammenbruch der Sowjetunion, seine alten Märkte in Ost- und Südosteuropa wenigstens zum Teil wieder zurückzuerobern. Mit Hilfe der Imperialisten hofft er, unter Umständen die Wiedererrichtung der Habsburgermonarchie zu erreichen und eine "Föderation" der ehemaligen Länder der Monarchie herzustellen unter Führung der österreichischen Bourgeoisie. Diesen Flügel der Bourgeoisie stützt vor allem der Vatikan, sicherlich heute auch der USA-Imperialismus. Auch die französische Bourgeoisie steht diesen Plänen (die natürlich die Zerstörung der Sowjetunion und die offene Niederwerfung der Arbeiterklasse voraussetzen) geneigt gegenüber, weil ihre Realisierung Österreich zu einem Gegengewicht Deutschlands machen würde, dadurch die Stellung des morschen französischen Imperialismus in Europa stärken könnte.

b) Der prodeutsche Flügel der Bourgeoisie. Er tritt heute aktiv kaum hervor, doch wird ihm die wachsende Einbeziehung West-Deutschlands in die Pläne der Imperialisten größere Kraft verleihen. Er wird repräsentiert durch die Schwerindustrie, die heute ihre Hoffnungen auf die Zerstörung der Sowjetunion setzt und damit rechnet, daß die deutsche Bourgeoisie bei diesem Kampfe neuen Spielraum für ihren Aufstieg zur Weltmacht gewinnt. Dieser Flügel der österreichischen Bourgeoisie stützt sich heute auf die Überreste der ehemaligen Nazi-Partei und aktiviert ihre Untergrundbewegung (Neonazi). Er kann heute im bestimmten Grade die Politik des USA-Imperialismus, der die Wiedererstarkung Deutschlands betreibt, ausnützen. Gegen diesen Flügel wendet sich sowohl der französische wie der englische Imperialismus, die den Wiederaufstieg Deutschlands zur Weltmacht verhindern wollen.

c) Ein schwacher Teil, den wir als den "Schweizer" Flügel der Bourgeoisie bezeichnen können. Er wird repräsentiert durch einen Teil der mittleren und kleineren Industriellen und der Handelsbourgeoisie. Diese erblicken in einer Verwandlung Österreichs in eine "zweite Schweiz" ihre Interessen am besten gewahrt, da sie damit glauben, der Konkurrenz der deutschen Monopole entgehen zu können, aber auch vor dem Hineinziehen in Weltkonflikte verschont zu bleiben. Zur Realisierung seines außenpolitischen "Ideals" fehlt diesem Teil der Bourgeoisie so ziemlich alles: sowohl die objektiven Bedingungen, die Österreich zu einem "neutralistischen" Punkt mehr denn je machen, als auch die subjektive Kraft, ihr "Ideal" zu verwirklichen.

IV. Die Lage der Massen

42. Die Lasten des kapitalistischen Wiederaufbaues haben zur Gänze die breiten Massen getragen, vor allem das Proleta-

riat, Hunger, furchtbare Verelendung, Steuerraub und Auswucherung durch die ständig ansteigenden Preise haben die Massen auf ein Niveau herabgedrückt, das sie selbst in den Zeiten der schlimmsten Arbeitslosigkeit anfangs der dreißiger Jahre nicht gekannt haben. Das Realeinkommen der Arbeiterklasse nach drei Jahren kapitalistischen Wiederaufbaues schätzt ein objektiver bürgerlicher Fachmann auf bloß 50 % des Realeinkommens von 1935. Aber selbst 1935 war das Realeinkommen des Proletariats gegenüber den Jahren vor Ausbruch der Weltkrise tief hinabgedrückt: diesem Ziel hatte u.a. auch die Februaraktion 1934 der Bourgeoisie gegnigt. Derselbe Fachmann stellt fest, daß heute das Proletariat "am Rande des Existenzminimums" lebt. Aber auch das ist noch eine gewisse Übertreibung: das gilt heute nur von den gehobeneren Schichten des Proletariats, bestimmten Facharbeitergruppen usw. Seine große Mehrheit lebt auf einem Niveau, das unter dem des notwendigen Existenzminimums liegt. Während z.B. die Hauptmassen der Mittel- und Kleinbauernschaft instande waren, ihren Lebensstandard zumindest dem der Vorkriegszeit gleichzuhalten, wenn sie ihn nicht sogar etwas verbessert haben, und, wie eine bürgerliche Quelle einschätzt, Kleingewerbe, Handwerk und selbst Kleinhandel in den verflossenen drei Jahren gegenüber dem Proletariat einen "wesentlich gehobeneren Lebensstandard" behauptet haben, ist das Proletariat auf eine Stufe seines Realeinkommens herabgesunken, die kaum mehr unterboten werden kann.

43. In den vergangenen drei Jahren ist es dem Proletariat nicht gelungen, seinen Reallohn tatsächlich zu heben. Während es durch die Lohn-Preis-Pakte (Juli 1947, September 1948) eine nicht unbeträchtliche Erhöhung des Nominallohnes erreichte, sank in Wahrheit der Reallohn dabei durch die ungehemmten Preissteigerungen ununterbrochen oder hielt sich bestenfalls auf dem bisherigen Elendsniveau. Gegenüber den Vorkriegspreisen haben die heutigen Preise selbst bei einigen bewirtschafteten Waren, durchschnittlich das acht- bis zehnfache der Vorkriegspreise erreicht, während die Löhne höchstens das dreifache Niveau erreicht haben. An dieser Proportion haben die Lohn-Preis-Pakte nicht das geringste geändert, höchstens auf kurze Zeit in unbeträchtlichem Ausmaß, welcher "Erfolg" durch die neuen Preissteigerungen rasch zunichte gemacht wurde.

44. Einen weiteren Aderlaß an den breiten Massen bedeutete die "Währungsreform" vom Dezember 1947. Sie raubte den Kleinsparern ihre letzten Reserven. Zwei Drittel ihrer Einlagen wurden gestrichen, der Raub für die allerschwächsten Schichten mit einigen unzulänglichen Pflästerchen maskiert, während die Kapitalisten, deren Einlagen ab Dezember 1945 in Verhältnis 1:1 bewertet wurden, ihr Schäfchen so ins Trockene brachten, wie wir bereits oben feststellten.

45. Das Ansteigen der Produktion in den beiden letzten Jahren, besonders im Jahre 1948, ist in keiner Weise den Massen zugute gekommen. Während sie vertröstet wurden, daß das Ansteigen der Produktion eine Vergrößerung des Sozialprodukts bringen und damit eine Senkung der Preise herbeiführen werde, hat sich, wie vorauszusehen, der erste Teil der Prognose verwirklicht, während der zweite Teil, die Senkung der Preise, in ein Nichts zerronnen ist. Die Preise sind, abgesehen von einigen unbeträchtlichen Herabsetzungen bei solchen Waren, die für den Massenkonsum bedeutungslos sind, trotz erhöhter Produktion ununterbrochen weiter angestiegen, da Preiskartelle und Großhandelsmonopole darangingen, ihre Profite, selbst bei vermindertem

Umsatz, unverändert hochzuhalten und so andererseits die Bourgeoisie den vergrößerten Warenstrom nach außen, auf den Weltmarkt lenkt, der ihr höhere Profite sichert.

46. Die Auswucherung der Massen durch die Schleichhandelspreise in den Jahren 1945 bis 1947, durch die Preise des "grauen" Marktes in den Jahr seither, durch die ununterbrochenen Preissteigerungen sowohl für Lebensmittel wie für Kleidung, Möbel, Hausrat, die den Massen auch nicht die geringste Anschaffung oder Nachschaffung erlaubten, wird ergänzt durch die Ausplünderung, der sie der kapitalistische Staat unterwirft. Österreich ist das höchstbesteuerte Land Europas. Das heißt aber, daß die Massen die höchsten Steuern zahlen. Für die Lohnsteuer gilt noch das Nazigesetz, das auf die Hereinbringung der Milliardenkosten des Krieges abgestellt war. Im neuen Budget (1949) wurde sie von 500 Millionen auf 800 Millionen erhöht, die von den ungefähr zwei Millionen in Betrieben Beschäftigten aufgebracht werden sollen. Dagegen sollen die Kapitalisten, also Banken, Großunternehmen usw., und das Kleinbürgertum, also Bauern, Kaufleute, Gewerbetreibende, Handwerker usw., nur einen etwas höheren Betrag (980 Millionen) an direkten Steuern bezahlen, wobei auf das letztere der ungleich größere Teil fällt. Das Proletariat bezahlt also von seinen Bettellöhnen dieselbe Steuersumme wie die gesamte Bourgeoisie und das Kleinbürgertum, wobei der kapitalistische Staat der Bourgeoisie noch in jeder Weise "entgegenkommt" und beide, Bourgeoisie wie Kleinbürgertum, die Steuern auf die Massen abwälzen. Die Verbrauchssteuern machen allein 50 % des Budgets aus: sie werden getragen von den breiten Massen. Während das Arbeitereinkommen durch die indirekten Steuern mit mindestens 5 % belastet ist, ist das der Selbständigen mit bloß einem Prozent belastet! Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt hier ein Betrag von 440 S. jährlich. Eine vierköpfige Arbeiterfamilie hat also jährlich 1600 S. an indirekten Steuern zu bezahlen, das sind nicht weniger als zehn bis zwölf Wochenlöhne. Das neue Budget steigert die bisherige Ausplünderung der Massen also noch weiter ins Unerträgliche. Die mit einem Bettelohn abgespeisten Massen des Proletariats bezahlen noch die Unkosten der kapitalistischen Staatsmaschinerie, die aus den von den Massen aufgetragenen Steuermilliarden den Kapitalisten unter allen möglichen Titeln fette Privilegien und Geschenke zuschiebt.

47. Dazu werden die Massen des Proletariats noch gepeinigt von der Geißel der Wohnungsnot. In Wien allein gibt es an 120.000 Wohnungssuchende. Die Gemeinden waren **bisher außerstande**, auch nur die kriegsbeschädigten Wohnungen wiederherzustellen, geschweige denn Neubauten zu errichten. Die Bourgeoisie hat den Gemeinden die finanziellen Mittel im Namen des "Wiederaufbaues" beschnitten, so auch der Gemeinde Wien, deren Steuerzuweisung von 43 % vor 1934 auf 33 % durch die Bourgeoisie herabgedrückt wurde. So verschärft sich noch das ungeheure Wohnungselend der Massen. Die Kosten des Wohnungswiederaufbaues werden dabei den Massen aufgebürdet.

48. Das elende Niveau des Reallohnes hat zu einer bedeutenden Zunahme der Frauenarbeit geführt. Wenn die Höhe der Frauenlöhne relativ gegenüber früher gestiegen ist und bei verschiedenen Kategorien die Löhne der Männer erreicht hat, so erklärt sich das daraus, daß die heutigen Männerlöhne relativ auf das Niveau der früheren Frauenlöhne und noch tiefer herabgedrückt wurden.

49. Die Verelendung des Proletariats zeigt sich in besonderem Maße an der Verelendung der proletarischen Jugend, am Lehr-

lingselend. Die schulentlassene Arbeiterjugend findet keine Lehrstelle. Zehntausenden Jugendlichen steht nur ein Bruchteil dieser Zahl an offenen Lehrstellen gegenüber. Der Ausweg, den die Bourgeoisie (und mit ihr die SP) aus dieser Lage suchen, soll die Einführung eines neunten Schuljahres sein, was unter den heutigen Bedingungen natürlich nur bedeutet, daß den Arbeitereltern die weitere Last für die Erhaltung der heranreifenden Kinder aufgebürdet wird. Während aber Zehntausende Jugendliche ohne Lehrstellen bleiben, versucht die Bourgeoisie, die Lehrzeit der anderen zu verlängern und so die Lehrlingsausbeutung zu erhöhen.

50. Die durchgreifende Rationalisierung des Produktionsprozesses soll es in der kommenden Etappe der Bourgeoisie ermöglichen, den Reallohn des Proletariats hinabzudrücken. Sie soll ebenso die Lohnkosten für die Kapitalisten hinabdrücken, indem sie ihnen ermöglicht, zehntausende Arbeiter auf die Straße zu werfen, in Arbeitslose zu verwandeln und so ein ständiges Druckmittel auf die in den Betrieben stehenden Arbeiter zur Hand zu haben. Die Zahl der Arbeitslosen soll jetzt "saisonmäßig" wachsen, sie wird im Zusammenhang mit der Rationalisierung, mit den "Ersparnissen" bei der öffentlichen Verwaltung durch den Abbau zehntausender Angestellter zunehmen. Dabei befinden sich heute schon unter den Arbeitslosen zehntausende Angestellte, die seit Jahren arbeitslos und so praktisch zur Dauerarbeitslosigkeit verurteilt sind.

51. Lebt die Arbeiterklasse am Rande des Existenzminimums, so leben bestimmte Schichten der Massen tief unter ihm. Kleinrentner, Arbeits- und Altersrentner, Kleinpensionisten, Schwerkrriegsversehrte usw. führen ein beispielloses Elendsdasein mit ihren Bettelrenten.

52. Die Lage des Landproletariats ist um nichts besser als die des städtischen Proletariats, nur daß seine Unterdrückung noch härter, seine Ausplünderung schamloser und seine Widerstandskraft geringer ist. Um den Landproletariat jeden, auch nur kleinsten Kampf zur Verbesserung seiner Lage unmöglich zu machen, hat die Bourgeoisie es vermocht, z.B. die Einbeziehung der Landarbeiter in die Arbeiterkammern zu verhindern und hat sie den Bauernkammern untergeordnet, d.h. dem Diktat der Agrarbourgeoisie ausgeliefert. Die trotz der elenden Lage der städtischen Proletarier anhaltende Landflucht des ländlichen Proletariats zeigt nur, daß die Lage des letzteren potenziertes Elend ist.

53. Was die armen Schichten des Kleinbürgertums auf dem Lande wie in der Stadt anbelangt, so konnten sie, wie eingangs dieses Abschnittes bemerkt, in allgemeinen bisher ihren Vorkriegslebensstandard aufrechterhalten oder zumindest ihre Lage gegenüber der des Proletariats verbessern. Heute aber verschlechtert sich auch die Lage dieses Teiles des Kleinbürgertums. Die sinkende Kaufkraft der Massen des Proletariats vermindert unmittelbar das Einkommen der kleinen Selbständigen. Die wachsende Konkurrenz trifft sie immer mehr; außerdem verschärft sich der Druck der Bourgeoisie auch auf diese kleinbürgerlichen Schichten, die mit Steuern, Abgaben usw. ausgewuchert werden. Der Druck der Kartelle in der Stadt, der großbäuerlichen auf dem Lande entrißt diesen kleinbürgerlichen Schichten Teile ihres Einkommens. So wird sich in der kommenden Etappe die Lage der armen Schichten des Kleinbürgertums in der Stadt wie auf dem Lande rasch verschlechtern.

54. Zusammenfassend ist also festzustellen, daß sich der kapitalistische "Wiederaufbau" auf die furchtbaren Opfer der Massen, vor allem des Proletariats, gründet, auf seinen Hunger, seinen Schweiß, seinen andauernden und sich verschärfenden Elend. Während die Bourgeoisie ihre Profite ständig und in immer höherem Maße vergrößert, ihre parasitärsten Schichten Riesenprofite einheimen, ist das Proletariat in einem Abgrund von Elend versunken, aus dem es sich bis heute keinen ernsthaften Schritt herauszuarbeiten imstande war. In Gegenteil, die Bourgeoisie setzt zu immer neuen Rauboffensiven an, sie geht daran, die heutige Elendslage des Proletariats zu stabilisieren, ja noch zu vergrößern. Ebenso wächst der Druck der Bourgeoisie heute bereits auf die armen Schichten des Kleinbürgertums in Stadt und Land, denen - wie dem Proletariat - die Hauptlast der kapitalistischen Senierung aufgelastet wird.

V. Die Politik von SP und Stalinpartei

a) Die Politik der "Sozialistischen" Partei

55. Mit Kriegsende hat die SP, aus der Illegalität seit 1934 kommend, in die sie die österreichische Bourgeoisie durch den Februar 1934 gestoßen, mit eben derselben Bourgeoisie ihre offene Zusammenarbeit aufgenommen, ist sie in die kapitalistische Regierung eingetreten und bis heute in ihr verblieben. Soweit es auf ihren rechtsten Flügel, auf die Schörf, Helmer & Co. ankommt, so ist dieser entschlossen, die offene Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie selbst im Falle eines Wahlsieges der SP, der ihr die absolute Mehrheit gibt, fortzusetzen - im Namen der "Demokratie", die "die Minderheit nicht von der Verantwortung ausschließt".

56. Die SP nimmt offen das "Gelingen" des kapitalistischen Wiederaufbaues, die "Rettung vor dem Chaos", "vor der Inflation" usw. für sich in Anspruch. Sie drückt damit nur aus, daß ihre Politik identisch ist mit der Politik des weitsichtigsten Teiles der Bourgeoisie, der sich angesichts des völligen Zusammenbruchs 1945 zur offenen Zusammenarbeit mit der SP entschließen mußte, um das kapitalistische Wrack wieder einigermaßen seetüchtig zu machen. Die "Staatspolitik" der SP, ihre Berücksichtigung der "staatspolitischen Notwendigkeiten" hat die heutige Lage der Massen herbeigeführt, anderseits die Bourgeoisie wieder fest in den Sattel gesetzt. Ihr, die sich auf das Gros der Massen stützt, verdankt die Bourgeoisie ihre ökonomische und politische Konsolidierung. Die verräterische Politik der Kollaboration mit dem kapitalistischen Klassenfeind der Arbeiterklasse konnte (wie nach 1918) kein anderes Resultat haben als die Stärkung der Bourgeoisie. Ihr, der SP, verdankt anderseits die Arbeiterklasse ihre heutige Elendslage. (Den Anteil der Stalinpartei an diesem Verratstreiben behandeln wir im nächsten Abschnitt).

57. Allen Rauboffensiven der Bourgeoisie hat die SP willig den Weg geöffnet. Worauf sie sich beschränkte, waren bestenfalls Herabmilderungen des Raubes, der aber Raub blieb, waren Verzuckerungen der bitteren Pillen, die die Bourgeoisie für die Massen bereit hatte. Unter der Betrugslösung: "Opfer müssen alle bringen", die die SP nach 1945 genau so wie nach 1918 den Massen zurief, hat sie gefördert und geduldet, daß die Bourgeoisie immer neue Lasten auf die Schultern der Massen überwälzte, daß sie die Lage der Massen auf einen beispiellosen Elendsniveau festzuhalten vermochte. Genau und unvermeidlich wie nach 1918 hat die Politik der SP zum Wiedererstarken der Bourgeoisie geführt

58. Die SP maskiert ihre Verratspolitik an den Lebensinteressen der Massen mit den "Erfolgen", die sie angeblich erreicht habe, den Sozialgesetzen usw. Sie übergeht dabei geflissentlich, den Massen aufzuzeigen, was diesen "Erfolgen" auf Seite der Bourgeoisie an tatsächlichen Erfolgen gegenübersteht. Sie übergeht ebenso, die wirkliche Lage der Massen aufzuzeigen, die trotz aller dieser "Erfolge" der SP immer tiefer im Elend versinken. Sie "vergißt" ebenso, aufzuzeigen, daß heute schon diese Gesetze von der Bourgeoisie auf Schritt und Tritt durchbrochen werden und daß dies morgen, unter dem Druck der Arbeitslosigkeit, noch mehr der Fall sein wird, so wie dies die Bourgeoisie bereits vor 1934 praktiziert hat. Die SP ist außerstande zu erkennen, daß die Bourgeoisie auch ohne die verräterische Zusammenarbeit gezwungen gewesen wäre, 1945 zu Konzessionen und Zugeständnissen an die Massen überzugehen, daß sie aber in diesem Falle, unter dem ständigen Druck der Massen stehend, sich nicht ohne weiters die Sabotage der Reformgesetze herausnehmen könnte.

59. Die Reformen, die die Bourgeoisie nach 1945 unter dem unmittelbaren Druck des Zusammenbruchs zugestehen mußte, waren im Grunde nur der Preis, den sie dafür bezahlte, daß sie ihre ökonomische und politische Macht ohne die Gefahr einer revolutionären Erschütterung wiederherstellen konnte. Dabei ist dieser Preis für die Bourgeoisie gar kein hoher, denn die Kosten aller dieser Reformen und Sozialgesetze bezahlt das Proletariat selbst, denn die Bourgeoisie wälzt den Teil, den sie zu tragen übernimmt, wieder auf die Massen ab.

60. Die Etappen der Politik der SP seit 1945 waren kurz folgende: Einspannen der Massen in den kapitalistischen Wiederaufbau; dann, als die Lebenslage der Massen immer tiefer hinabsank, Abschluß des ersten Lohn-Preis-Paktes, der Löhne und Preise stoppen sollte, in Wahrheit der Arbeiterklasse den Lohnstop aufzwingt; weiter die Politik der Preissenkung, die völlig zusammengebrochen ist; als dann die Unzufriedenheit der Massen einem neuen Höhenpunkte zustrebte: Abschluß des zweiten Lohn-Preis-Paktes, wobei die SP über Nacht ihre Taktik wechselte; schließlich Aufrufen zu höherer Produktion ("Mehr produzieren!"); Zusammenbruch dieser Politik heute, wo sich zeigt, daß trotz höherer Produktion die Preise hoch bleiben oder sogar weiter ansteigen. Diese ihre Politik, die der Bourgeoisie nicht den geringsten Widerstand entgegensetzte und so zur heutigen Elendslage der Massen geführt hat, maskierte die SP einerseits mit einer Unmenge von "Forderungsprogrammen" (für die sie keinen Finger rührte), "Forderungen an die Regierung" (in der sie selbst sitzt), andererseits wandte sie sich mit Zureden an die Bourgeoisie, "Disziplin" zu halten hinsichtlich der Preissteigerungen, was die Bourgeoisie nicht im mindesten abhielt, ihre Profitinteressen wahrzunehmen. Gleichzeitig stimmte die SP von Etappe zu Etappe den Forderungen der Agrarbourgeoisie nach immer höheren Preisen zu, führte sie nicht den geringsten ernstesten Kampf gegen die Durchbrechung der Bewirtschaftung, prangerte sie die unerhörten Raubzüge der Bourgeoisie, die sie nicht im mindesten tatsächlich bekämpfte, höchstens in Parlamentsreden oder in der Presse an.

61. Die Politik der völligen Unterordnung unter die Bourgeoisie führte die SP auch dazu, den Marshallplan zu akzeptieren, das heutige Gegenstück der Genfer "Sanierung" in der "ersten Republik". Der Unterordnung unter die eigene Bourgeoisie folgte so unvermeidlich die Unterordnung unter das Diktat der Wall-Street-Imperialisten. Mit dieser ging Hand in Hand das Abrücken der SP von ihrer außenpolitischen Linie der "Dritten Kraft",

jener kleinbürgerlich-illusionären Linie, die sich "zwischen den Machtblöcken" - "gegen alle Machtblöcke" erklärte. Diese Maskierung der tatsächlichen Unterwerfung der SP unter die außenpolitische Linie der Bourgeoisie, zu einer Zeit erfolgt, da sich der Weltgegensatz Sowjetunion-Imperialismus erst voll herausbildete, wurde im Zeichen des Marshall"planes" fortschreitend ersetzt durch die Linie der fast unverhüllten Stellungnahme für den Imperialismus, gegen die SU, notdürftig maskiert als "Neutralität". Diesen Übergang erleichterte der SP ungemein die verbrecherische Stalinsche Besatzungspolitik, die Demonstagen, Beschlagnahmen, der rücksichtslose bürokratische Terror usw. Morgen, wenn es zum offenen Ausbruch des Konfliktes kommen sollte, wird die SP offen die Positionen des Imperialismus verteidigen.

62. Heute erlebt die Politik der SP ihren völligen Zusammenbruch. Trotz Lohn-Preis-Pakt Nr.2 steigen die Preise ungenhemmt weiter; trotz ansteigender Produktion sinkt der Anteil der Arbeiterklasse am Sozialprodukt, sinkt ihr Reallohn ab, steigen die Profite der Kartelle und Monopole, die immer mehr hervortreten und den Markt beherrschen. Was den Zusammenbruch der SP-Politik für die Massen so schwer erkennbar macht, was der SP dennoch die Gefolgschaft der Massen sichert, ist einzig das Fehlen einer sichtbaren Kraft, die den Massen konsequent den Weg zur Verfechtung ihrer Lebensinteressen weisen würde. Daß die Stalinpartei diese Kraft nicht ist, das haben die Massen aus eigener Erfahrung mit der stalinschen Besatzungspolitik längst erkannt. In diesem Sinne besteht für die Massen heute noch eine "ausweglose" Lage, die der SP zugute kommt.

63. Diese Lage sichert der SP vorläufig auch weiterhin, wie gesagt, die Gefolgschaft der Hauptmassen des Proletariats, trotzdem sich die SP-Spitze immer wieder nach rechts bewegt. Das zeigt sich auch darin, daß heute die ministerielle Spitze der SP, die Schärf, Helmer & Co., die Partei praktisch völlig in ihren Händen haben (Teilnahme an den Sitzungen und Stimmrecht der SP-Minister im Parteivorstand der SP, was früher unstatthaft war usw.). Die Partei als gefügiges Instrument der in der kapitalistischen Regierung sitzenden SP-Spitze bedeutet natürlich, daß sie im bestimmten Grade selbst mit dem kapitalistischen Staate verschmilzt, Regierungsinstrument wird. Sie bildet bloß das Piedestal für die tatsächlich mit dem kapitalistischen Staate verschmolzene SP-Spitze.

64. Wie sehr diese Spitze verbürgerlicht ist, zeigt sich darin, daß die SP seit 1945 jeder Massenmobilisierung systematisch aus dem Wege geht, und sei es auch nur, um die Forderungen der SP selbst mit Nachdruck zu vertreten. Diese Tatsache hat der Bourgeoisie in Wahrheit erst ermöglicht, die Massen auf das heutige Elendsniveau hinabzudrücken, den kapitalistischen Wiederaufbau, die kapitalistische Sanierung auf Kosten der breiten Massen durchzuführen. Diese Politik der Beseitigung, Verhinderung jedes, auch nur des geringsten organisierten Widerstandes der Massen gegen die kapitalistische Rauboffensive verfolgte genau so die SP-Spitze der Gewerkschaften. Wo immer das Proletariat zum elementaren Widerstand gegen die kapitalistische Ausplünderung ansetzte, stemmte sich die SP dagegen, spaltete sie die Massen, isolierte sie den kämpfenden Teil der Klasse von ihren übrigen Teilen, unterband sie jede Kampfsolidarität. Über allem, auch über den Lebensinteressen der Massen, stand und steht ihr der "soziale Friede", die "soziale Ruhe", die der Bourgeoisie ermöglichte, sich ökonomisch und politisch wiederaufzurichten, das Proletariat ihr über praktisch widerstandlos auslieferte.

65. Das unvermeidliche Resultat einer solchen Politik steht heute schon fest und wird immer mehr sichtbar: es kann kein anderes sein als das der SP-Politik nach 1948, die zur Februarkatastrophe geführt hat. Die Katastrophe kann heute nur noch furchtbarer werden. Die SP-Spitze ist entschlossen, restlos mit der Bourgeoisie zu gehen, auch dann, wenn ihr die kommenden Wahlen die absolute Mehrheit bringen sollten, wovor sich die Schärf, Helmer & Co. sicherlich am meisten fürchten. Die Zeche der SP-Politik zahlen heute die Massen, sie sollen künftig noch mehr zur Ader gelassen werden und werden die Opfer der von der SP neuerlich verschuldeten Katastrophe sein, die unvermeidlich kommt, wenn es bei der SP-Politik bleibt. Alle Trümpfe hat die SP der Bourgeoisie in die Hände gespielt: sie wird von der Bourgeoisie ebenso bedankt werden wie 1934.
66. Die ungeheuerliche Verratspolitik der SP hat in ihren eigenen Reihen oppositionelle Strömungen hervorgerufen, deren bedeutendste die Richtung Scharf ist. Parallel zu dieser laufen bürokratische und halbbürokratische "Oppositionen", die dennoch die größte Aufmerksamkeit verdienen, da sie im bestimmten Grade auch die Widerspiegelung nach links weisender Bewußtseinsverschiebungen in der Arbeiterbasis von SP und Gewerkschaften sind.
67. Der letzte Parteitag der SP (November 1948) erbrachte einen neuerlichen Ruck der Spitzen nach rechts. Der Ausschluß Scharfs nötigte diesmal nicht einmal die SP-Spitze, ein scheinlinkes Manöver aufzuführen: sie stempelte Scharf zum Agenten Moskaus und hofft so, ihm die Sympathien der Arbeiter zu entziehen. So ersparte sie sich ein "linkes" Manöver - dank der Stalinpolitik. Der Ruck nach rechts zeigte sich in der Ausschaltung aller linker Tendenzen verdächtiger Elemente von der Parteiführung. Während sich die Spitze nach rechts bewegt, ist es unzweifelhaft, daß sich die Basis der Partei nach links verschiebt. Ausdruck dieser Tatsache sind zum Teil die oben angeführten Oppositionen in der SP, als auch die, wenn auch vorläufig unorganisierte, wachsende Unzufriedenheit der der SP folgenden Arbeiter, die in den verschiedenen Bewegungen in den Betrieben zutage tritt. Nur dank der Stalinpolitik kann es sich die SP-Spitze heute leisten, auf diese Bewegungen nicht mit einem "Links"ruck, sondern mit einem weiteren Abrücken nach rechts zu antworten.
68. Doch ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß der wachsende Druck der Arbeiterbasis, die herannahenden Wahlen eine "linke" Wendung der SP hervorrufen, trotz des Weitergehens der Stalinpolitik. Ferner müssen wir ins Auge fassen, daß die wachsende Kraft der Bourgeoisie auf die SP-Bükratie zu drücken beginnt und bestrebt ist, deren "Anteil", deren "Mitspracherecht" zu verkleinern. Die jüngste halb"linke" Wendung der SP in der Frage des "Wirtschaftsplanes für Österreich", den die Bourgeoisie, ohne die SP zu befragen, auf ihre Interessen abstimmte, ist eine Widerspiegelung dieser Tatsache. Schließlich kann die wachsende Kraft der verschiedenen Oppositionen die SP-Spitze zu "linken" Manövern veranlassen. Diese werden sich besonders steigern, wenn die Bourgeoisie, etwa im Falle eines Abzuges der Besatzungstruppen, größere Handlungsfreiheit erhalten wird.

b) Die Politik der "Kommunistischen" Partei.

69. Die "Kommunistische" Partei trat nach Kriegsende, unter der Ägide der in Wien stehenden Roten Armee, in die kapitalistische Regierung im Namen der "demokratischen Zusammenar-

beit", der "demokratischen Einigung" ein. Auf dieser Linie der Zusammenarbeit mit der österreichischen Bourgeoisie hat die Stalinpartei wie die SP die Arbeiterklasse unter der Losung des "Wiederaufbaues" für die kapitalistischen Interessen eingespannt, hat sie durch ihre Losung: "Opfer müssen alle bringen", die sie genau so vertrat wie die SP, der Bourgeoisie in Wahrheit ermöglicht, die gesamten Lasten des Krieges wie der Wiederherstellung des Kapitalismus den Massen auszuhalsen. Die ersten Wahlen (November 1945) haben jedoch der Stalinpartei einen schweren Schlag versetzt: sie erhielt bloß über 5 % der Stimmen (auf die Arbeiterwähler bezogen, bloß 10 %). Dieses niederschmetternde Resultat verdankte sie vor allem den Erfahrungen der Massen Ost-Österreichs mit den Methoden der stalinschen Besatzungspolitik.

70. Trotz dieses Beweises ihrer Schwäche verblieb die Stalinpartei weiterhin in der "Konzentrations"-Regierung. Sie half mit, daß sich Schritt für Schritt die Bourgeoisie wieder hinaufarbeitete, sie bremste die Aktion der Massen, wo es ging, ab, oder stellte sich, wo sie dennoch anließ, anonym hinter sie, um einen Druck auf die Bourgeoisie auszuüben. Sie gelangte auf dieser verräterischen Linie schließlich soweit, daß sie Streiks als "Sabotage am Wiederaufbau" bezeichnete. Durch ihre Teilnahme an der kapitalistischen Regierung, durch das Einspannen der Massen für den kapitalistischen "Wiederaufbau", durch ihre Linie der "demokratischen Einigung" hat die Stalinpartei den gleichen historischen Verrat am Proletariat begangen wie die SP. Sie ist damit für das heute offen sichtbar gewordene Wiedererstarben der Bourgeoisie ebenso verantwortlich wie die SP, sie hat wie diese die heutige Elendslage der Massen auf dem Gewissen. Wenn sie heute nicht müde wird, diese Elendslage aufzuzeigen, so zeigt sie nur das unvermeidliche Resultat ihrer eigenen Verratspolitik von 1945 auf.

71. Die offene Verratslinie der "demokratischen Einigung" verließ die Stalinpartei erst, als der Kreml im Herbst 1947 die Kominformlinie beschritt. Anlässlich der "Währungsreform" trat die Stalinpartei aus der Regierung aus. Seither befindet sie sich in "Opposition" (November 1947), seither hat sie offenen Kurs auf die Aufrichtung der "Volksdemokratie" in Österreich genommen.

72. Der Übergang auf die Kominformlinie erbrachte seitens der Stalinpartei ein verstärktes Eintreten für die unmittelbaren Lebensinteressen der Massen. Sie nimmt gegen den Marshallplan Stellung und zeigt in ihrer Presse, sowie in ihrer Propaganda die heutige Elendslage der Massen auf. Sie gibt unter Umständen richtige Lösungen für den Tageskampf der Arbeiterklasse. Aber ihre offensichtliche Rolle als Werkzeug des Kreml, ihre kritiklose Billigung der Verbrechen der stalinschen Besatzungspolitik, ihre Haltung z.B. in der Frage der Rückkehr der Kriegsgefangenen, der Menschenverschleppungen usw. verhindert es, daß sie tatsächlich Vertrauen bei den gewinnt. Dazu tragen noch die Erfahrungen, die die "volksdemokratischen" Regimes in Ungarn und der Tschechoslovakei liefern und die den österreichischen Arbeitern nicht unbekannt bleiben, das ihre bei.

73. Gegen den Marshallplan hat die KPÖ einen "Wirtschaftsplan" entwickelt und veröffentlicht, der innerhalb von drei Jahren die österreichische Wirtschaft auf das Niveau von 1937 bringen, sie durch engere Verknüpfung mit dem Osten "krisenfest" machen will. Der ganze Plan beinhaltet bestenfalls eine verstärkte Lenkung der Wirtschaft durch den kapitalistischen Staat, wobei einigen besonders parasitären Kapitalistenschichten die

Profite beschnitten werden sollen. Er ist also bestenfalls ein "staatskapitalistischer" Plan. Die Grundillusion dabei ist, daß auf kapitalistischer Basis, bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, überhaupt ein wirklicher Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos und Elend für die Massen möglich ist.

74. Den Kampf gegen den Marshall"plan" führt die österreichische Stalinpartei so wie alle anderen in Westeuropa im Namen der "Verteidigung der österreichischen Souveränität", der "Unabhängigkeit Österreichs". Sie kombiniert diese erzapportunistische Linie eines schändlichen Nationalismus, die sie dazu bringt, die kapitalistische Regierung als "Marshall-Regierung", die SP als "Marshall-Partei" zu bezeichnen, mit ultralinken Elementen wie: Ablehnen jedes Einheitsfrontkampfes mit der SP gegen die Bourgeoisie, weil die SP eine "amerikanische" Partei sei; Eintreten für die "Arbeitereinheit", d.h. der Einheit auf der stalinischen Linie; Gleichstellung einer Regierung Figl-Schärf mit der (eventuell kommenden) Regierung Schärf-Figl usw. Dabei versucht sie, gleichzeitig in allen Farben zu schillern, spricht von proletarischem Internationalismus, schreibt plötzlich vom kapitalistischen Wiederaufbau, von Kapitalistenklasse, vom Wiedererstarken der Bourgeoisie usw. Alle diese sich widersprechenden Elemente verbindet sie eklektisch, versucht so, in allen Sätteln zu sitzen. Diese ungeheuerliche Demagogie wird begleitet von einem ebenso ungeheuerlichen Zynismus, mit dem die Stalinpartei z.B. die noch in der SU zurückbehaltenen Kriegsgefangenen schlockwegs zu "Kriegsverbrechern" erklärt, und von ihrer Methode, jeden verbrecherischen Akt der stalinischen Besatzungspolitik vor den Massen zu verteidigen, von Demokratie zu trüben, gleichzeitig aber die Verschleppungen, Militärgerichte der Sowjetbesatzung zu verteidigen, jede Kritik an diesen Verbrechen als "Sowjethetze" hinzustellen usw.

75. So bietet die Politik der "Kommunistischen" Partei heute folgendes Bild: Anknüpfen an die unmittelbaren Interessen der Massen und Forcierung ihres Kampfes für diese Interessen, um auf die Bourgeoisie einen Druck auszuüben in der Richtung, ihre außenpolitische Linie der der Kremlbürokratie anzugleichen; ultranationale Linie der "Verteidigung" der "Souveränität" Österreichs als "Kampf gegen die Marshallisierung Österreichs"; gleichzeitig ultralinke Linie in der Ablehnung der proletarischen Einheitsfront mit der SP, Zusammenwerfen dieser mit der ÖVP als "amerikanische Partei"; gleichzeitig pazifistisch-reformistische Linie "für den Frieden, Freiheit und Demokratie"; gleichzeitig in Worten Übernahme revolutionärer Lösungen wie "proletarischer Internationalismus", die wieder kombiniert werden mit "Patriotismus", "guten Österreichertum" usw. Diese verwirrende Mischung aller Elemente des Opportunismus, etikettiert mit einzelnen, den revolutionären Programm entlehnten Lösungen im Geiste des Kominform stellt sich heute äußerlich als "Linie" der "Kommunistischen" Partei dar und dient ihr in Wahrheit dazu, ihren wahren Charakter als Werkzeug des Kreml vor den Massen zu verschleiern, was ihr aber kaum gelingt. Einerseits verfolgt die Stalinpartei mit dieser zwitterhaften, erzbetrügerischen Linie den Zweck, die Bourgeoisie zu schrecken, sie zur Änderung ihres außenpolitischen Kurses zu bewegen, andererseits soll sie ihr ermöglichen, morgen, im Falle der Aufrichtung der "Volksdemokratie" in Österreich, diese Aktion als eine "revolutionäre" Aktion hinzustellen, weiters soll sie der Stalinpartei, im Falle eines Kompromisses zwischen Weltimperialismus und Sowjetunion, ermöglichen, von der "revolutionären"

Linie wieder abzurücken und ihren "österreichischen Patriotismus" hervorzukehren. Es ist die "Linie", die Politik einer durch und durch verfaulten Bürokratie, die zynisch und demagogisch den Klassenkampf des Proletariats ausnützt, um rücksichtslos ihre parasitären Interessen durchzusetzen und zu behaupten.

76. Die ganze Verfaultheit der Stalinbürokratie bewies der letzte Parteitag der KPÖ (November 1948). Er brachte die "Korrektur" der Linie von 1945, den offiziellen Übergang auf die Linie des Kominform. Diese "Korrektur" vollzog - Koplenig, der unfähigste aller Stalinbürokraten, der seit über zwanzig Jahren an der Spitze der KPÖ steht und seither jede Wendung gehorsam mitgemacht, unzählige "Korrekturen" hinter sich hat - und immer wieder oben ist! "Wir haben zu wenig erkannt...", "Wir haben nicht rechtzeitig erkannt...", "Unsere Aktivisten haben es nicht verstanden..." usw. - in dieser Tonart vollzog sich die "Korrektur" auf dem Parteitag, der die alte Garnitur von Bürokraten mit Koplenig an der Spitze unverändert wieder "wählte".

77. Der Konflikt Tito-Kreml spiegelte sich in der österreichischen Stalinpartei insofern wider, als es zum Ausschluß einiger Häupter der titofreundlichen slowenischen Stalinisten in Kärnten kam. Während die slowenischen Titoführer den Nationalismus Titos stützten und die Abtrennung Südkärntens fordern, stellte sich die österreichische Stalinpartei auf den "österreichischen" Standpunkt.

78. Was die Realisierung der "volksdemokratischen" Pläne der österreichischen Stalinpartei anbelangt, so ist sie außerstande, sie ohne direkte militärische Hilfe des Kreml durchzuführen. Ihr Masseneinfluß ist verschwindend; er nimmt eher ab als er zunimmt, insbesondere auch in Zusammenhang mit den Niederlagen des Stalinismus in Westeuropa. Andererseits hat die Stalinpartei ihre wenigen Positionen, die sie 1945 im kapitalistischen Staatsapparat eingenommen hätte (Innenministerium, Polizei) heute entweder völlig eingebüßt oder nur stark geschwächt behauptet. Bleibt ihr nur der Weg, an die direkte Hilfe durch den Kreml zu appellieren. Berlin ist hier möglicherweise als Experiment und Vorbild anzusehen. Worauf sich die Stalinpartei außerdem noch stützen könnte, sind der in den von Rußland besetzt gehaltenen Betrieben aufgestellte bewaffnete "Werkschutz" und die ebenso bewaffneten "Feuerwehren". In Frage käme außerdem noch eine vom Kreml gestützte Aktion der benachbarten "Volksdemokratien", für welche ein Anlaß unschwer gefunden werden würde, z.B. die Erklärung der österreichischen Regierung für ein "amerikanisches Spionagезentrum", der daraus folgende Bruch mit ihr, mit direkten militärisch-bürokratischem Druck der in Österreich stehenden Sowjetarmee oder der "Volksdemokratien" Ungarns oder der Tschechoslowakei verbunden. Doch wird eine solche Aktion seitens der Imperialisten nicht ohne Widerstand hingenommen werden und ihren Gegensatz zur SU neuerlich verschärfen, wenn nicht zum vollen Bruche treiben, wie wir bereits oben ausführten. Eine solche Aktion würde in Österreich selbst auf die entschiedene Ablehnung der Hauptmasse des Proletariats stoßen und ihr so, von vornherein nur ein schwaches Fundament in den Massen geben. / im Falle des Gelingens,

79. In der Richtung einer "volksdemokratischen" Aktion weist die auf dem letzten Parteitag der KPÖ beschlossene "Festigung der Kader" der Partei, d.h. deren noch vollständigere Unterordnung unter das bürokratische Kommando. Ein weiteres Anzeichen war das völlige Übergehen der Frage der Neuwahlen, was

im schreienden Gegensatz zu der vor mehr als einem Jahr gestarteten Offensive gerade in dieser Frage stand. Ebenso weist die letzte Aktion des Kreml (siehe Punkt 40) in diese Richtung. Sie könnte zum ersten Schritt gegen die österreichische Regierung selbst ausgedehnt werden. Es ist sicher anzunehmen, daß der Kreml die Richtung seiner Aktion in Österreich noch nicht endgültig festgelegt hat und daß es vor allem die Schwäche der österreichischen Stalinpartei ist, die ihm hindernd im Wege steht. Aber an dieser Schwäche wird sich, wie die Erfahrung zeigen wird, nichts ändern. Sie wird durch die Stalinsche Besatzungspolitik noch Tag für Tag aufs neue vergrößert. Gerade diese schändliche Politik ist es, die, ergänzt von der ebenso schändlichen wie verräterischen Politik der österreichischen Stalinpartei, die Arbeiterklasse in die Arme der SP treibt und so letzten Endes die Bourgeoisie stärkt, dem Weltimperialismus hilft, sich Österreichs als Vorfeldposition gegen die Sowjetunion zu bedienen.

80. Die jeweilige "Linie", Politik der Stalinpartei wird bestimmt von den Interessen der Kremlbürokratie, deren Agentur sie ist. Sollte sich ein Kompromiß zwischen Weltimperialismus und dem Kreml ergeben (was durchaus möglich ist und vor allem der desolaten Lage beider entspringen würde), und der Kreml die "linke" Kominformpolitik fallen lassen, auf die neo-reformistische Linie zurückzupendeln, so würde das dem Zersetzungsprozeß innerhalb der Stalinparteien einen neuen und kräftigen Anstoß geben. Vor allem würde es die besten, revolutionär gestimmten Arbeiterelemente, die in bestimmten Grade die scheinlinke Kominformpolitik noch bei der Stalinpartei hält, endgültig vom verräterischen Charakter des Stalinismus überzeugen.

VI. Die Klassenkampfsituation in Österreich und ihre Perspektiven

81. Während in den westeuropäischen Ländern sowie in den Kolonien mit Kriegsende der Klassenkampf einen grandiosen Aufschwung nahm, muß er sich in Österreich, ähnlich wie in Deutschland, erst langsam den Weg bahnen. Einerseits waren die Massen durch den Faschismus atomisiert worden, zu einem initiativen Handeln seit mehr als einem Jahrzehnt überhaupt außerstande gewesen, hatten sie durch die Mordoffensiven des Faschismus sowie durch den imperialistischen Krieg fürchterliche Verluste gerade an ihren aktivsten und entschlossensten Elementen erlitten. Andererseits unterband die sofort einsetzende Unterdrückungspolitik der Besatzungsmächte jeden entschiedenen Ansatz zur Entfaltung des Klassenkampfes, der sich trotz der ungeheuren Schwächung der Massen zeigte. Auch die furchtbare Not, die jeden Einzelnen um die nackte Existenz ringen ließ, wirkte schwächend. Alle diese Momente waren für die Entfaltung des Klassenkampfes in Österreich geltend. Während aber z.B. das westdeutsche Proletariat jüngst in grandiosen Streikbewegungen seinen Klassenwiderstand gegen die Politik der Veralterung demonstrierte, fehlt bis heute ein solcher entschiedener Ausdruck des Klassenkampfes in Österreich fast völlig.

82. Das erste und mächtigste Hindernis für die Wiederentfaltung des proletarischen Klassenkampfes in Österreich war die mit dem Kriegsverlauf erfolgte Besetzung durch die Rote Armee. Ihre Verbrechen an den Massen wirkten wie lähmend auf jede freie

Initiative. Wo diese hervortrat, stieß sie auf den Widerstand der Stalinbürokratie. Im Gegensatz zu den osteuropäischen Ländern, wo die sowjetische Besetzung dem Klassenkampf in bestimmten Grenzen einen Anstoß gab, lähmte sie in Österreich jede Bewegung der Massen, unterließ sie jede Maßnahme hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse. Sie holte im Gegenteil die verschüchterte Bourgeoisie ans Tageslicht und setzte sie mit dem ebenfalls von der Sowjetbesatzung hervorgeholten rechten Flügel der SP (Renners Betrauung) in die kapitalistische Regierung.

83. Zum stalinschen Besatzungsdruck mit all den unerhörten Verbrechen gegen die Massen (Vergewaltigungen, Plünderungen etc.) als mächtigstes Hindernis für eine tatkräftige Entfaltung des Klassenkampfes gesellte sich vom Beginn an hinzu die narкотisierende Wirkung der Politik der beiden "Arbeiter"parteien, von SP und KP, die sich rasch mit der Bourgeoisie zusammenfanden und in die kapitalistische Regierung unter Renner eintraten. Die Verratspolitik der "Demokratischen Einigung", der "Konzentration" mit der Bourgeoisie begann sofort, die Massen in die Bahnen der bürgerlichen Legalität zu lenken und ihrer freien Initiative den Weg zu verlegen.

84. Diese erste Etappe des Klassenkampfes nach Kriegsende fand ihren Hauptausdruck in dem Hineinströmen der politisch interessierten Massenteile in die beiden "Arbeiter"parteien SP und KP, sowie in ihrem Zustrom zu den Gewerkschaften. Dieser Drang nach Organisation war vielleicht das bezeichnendste Merkmal dieser Etappe.

85. Die Wahlen im Herbst 1945 erbrachten einen knappen Sieg der Bourgeoisie, die sich hauptsächlich auf die westlichen Provinzen stützte. SP und KP erreichten einen hohen Prozentsatz an Stimmen überhaupt (50,1 %) und sammelten so fast die gesamten Arbeiterwähler um sich. Die KP erhielt durch ihre relativ kleine Stimmenzahl (10 % der Arbeiterwähler) die Antwort der Massen auf die Politik der Sowjetbesatzung einerseits, auf ihre eigene Politik der "demokratischen Einigung" anderseits.

86. Die von SP und KP eingeschlagene Politik des kapitalistischen Wiederaufbaues unterband in dessen Namen von nun an jede ernste Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes. Der überlegene Einfluß der SP auf die Hauptmasse des Proletariats begann sich als lähmend auszuwirken. Die Versuche der Stalinpartei, trotz ihrer Beteiligung an der kapitalistischen Regierung, in bestimmten Grade dem Tageskampf der Massen einen Auftrieb zu geben, vor allem, um auf die Bourgeoisie einen Druck hinsichtlich ihrer außenpolitischen Orientierung zu Moskau hin auszuüben, wurde von den Massen als Demagogie empfunden und abgelehnt, dies umso mehr, als die KP vor einer wirklichen Mobilisierung der Massen auswich und sich bestenfalls anonym hinter aufkeimende Massenbewegungen stellte. Diese Politik der Heuchelei und der Anonymität widerte die Massen an und verstärkte nur noch den Einfluß der SP, d.h. die Lähmung der Massen.

87. Trotz dieser Lage kam es dennoch zu elementaren Bewegungen, besonders im Jahre 1946, in dem sich die Leiden der Massen, ihr Hunger ins Unerträgliche steigerten. Diese Bewegung führte zu verschiedenen Streiks, die wegen der geringen Lebensmittelzuteilungen ausbrachen. Ihr Höhepunkt war der Straßenbahnerstreik in Wien (Juni 1948).¹⁴⁶ Alle diese Bewegungen verliefen aber zusammenhanglos und die Gewerkschaftsbürokratie, in der die SP dominiert, konnte sie ohne große Schwierigkeiten zer-

splittern und versiegen lassen. Erfolg dieser Kämpfe waren geringfügige Verbesserungen in der Lebensmittelzuteilung. Die Losungen, unter welchen die SP den Bewegungen in den Betrieben entgegentrat, waren die der "Störung des Wiederaufbaues", "Streiks schaffen keine Lebensmittel" usw. Auch die Stalinpartei half in dieser Etappe mit, wenn auch hinter den Kulissen, die Bewegung abzubremesen, wenn sie, ohne sich öffentlich festzulegen, Streiks als "Sabotage am Wiederaufbau" bezeichnete.

88. Die ständig absinkende Lebenshaltung der Massen, deren Reallohn immer tiefer sank, führte seit Beginn des Jahres 1947 zu immer größerer Unzufriedenheit des Proletariats. Eine Welle von Preissteigerungen setzte ein, die den Reallohn immer tiefer drückte. Spontane Streiks brachen aus. Diesem Druck wich die Regierung unter Mitwirkung vor allem der SP durch den Lohn-Preis-"Pakt" (August 1947) aus, dessen Auswirkung wir bereits darlegten. Anlässlich dieses "Paktes" zeigte sich in der Koalition der erste Riß: die Stalinpartei sprach sich dagegen aus, ohne dagegen zu stimmen.

89. Eine neue Etappe des Klassenkampfes wurde schließlich durch die Kominform-"Wendung" und durch den mit ihr in Zusammenhang stehenden Austritt der Stalinpartei aus der Regierung eingeleitet. Der Beschluß über die Durchführung der "Währungsreform" (November 1947) führte zu spontanen Bewegungen in verschiedenen Betrieben und zu einer tiefgehenden Massenunzufriedenheit. ("Arbeiter-Zeitung" vom 2.12.47: "Wir haben jetzt zwei Wochen hinter uns, die zu den aufgeregtesten der zweieinhalb Jahre unserer jungen Republik gehören"). Der Austritt der Stalinpartei aus der kapitalistischen Regierung erfolgte im Sinne der Kominformbeschlüsse und brachte ihren Übergang in die "Opposition". Dennoch ist - trotzdem sich die Stalinpartei seither der unmittelbaren Interessen der Massen annimmt - ihr Einfluß nicht gestiegen, vor allem dank der Auswirkungen der stalinischen Besatzungspolitik, der Ereignisse in Berlin usw.

90. Den Boden für die Bewegungen der Massen bildeten bis zu dieser Periode in erster Linie die Betriebe. Die Gewerkschaftsbürokratie, geführt von der SP, sicherte sich ihre Stellung trotz aller ihrer Verrätereien nur dank der verbrecherischen Politik des Stalinismus, dessen Zynismus und Demagogie die Massen immer wieder abstieß und in die Hände der SP-Bürokratie trieb. Die Betriebsrätewahlen vom Herbst 1947 sicherten der SP an drei Viertel aller Betriebsratssitze.

91. Die neueste Etappe des Klassenkampfes ist seitens des Proletariats gekennzeichnet durch das offene Hervortreten oppositioneller Tendenzen innerhalb der SP. Bereits auf dem Parteitage 1947 trat ihr Zentralsekretär Scharf mit einer Resolution hervor, die von 44 Delegierten unterzeichnet wurde und den verschärften Kampf gegen die Bourgeoisie, ihre Partei, die ÖVP verlangte. In ähnlichem Sinne trat die SJ und die Sozialistische Studentenschaft auf. Die Wurzel aller dieser Oppositionen lag in der andauernden Politik des Zurückweichens der SP-Spitze vor den Forderungen der ÖVP, die zu immer neuen Aderlassen an den Massen führten. Sämtliche Oppositionen sind in ihrer Grundhaltung inkonsequent, da sie die Frage der Kollaboration mit der Bourgeoisie nur höflich anschnitten oder auf halbem Wege stehen bleiben.

92. Seither hat sich besonders die Scharf-Opposition weiterentwickelt. Nachdem Scharf im Frühjahr 1948 durch Herausgabe einer eigenen Zeitschrift versucht hatte, sich einen Kreis

zu schaffen, was die SP-Führung mit disziplinären Maßnahmen gegen ihn beantwortete (Redeverbot), trat er knapp vor dem Parteitag 1948 mit seiner Broschüre "Ich darf nicht schweigen" hervor, die außerordentlich schwere Angriffe gegen die Parteiführung enthält. Diese antwortete mit dem Ausschluß Scharfs aus der SP, den der Parteitag bestätigte.

93. Die politische Linie, auf der Scharf gegen die Scharf, Helmer & Co. opponierte, ist eine durchaus linkereformistische. Seine Ablehnung der Klassenzusammenarbeit ist nur bedingt und reproduziert eigentlich den Standpunkt des Linzer Programms der SP (Koalition mit der Bourgeoisie nur "Episode im Klassenkampf"). Scharfs Abgrenzung vom Stalinismus ist bisher durchaus unzulänglich: er vertritt z.B. die Losung "Arbeitereinheit" ganz in stalinistischer Weise. Hinsichtlich Sowjetrußlands steht er auf dem Standpunkte "striktter Neutralität". Hinsichtlich der "Volksdemokratie" spricht er nur von der "Möglichkeit", daß "das österreichische Proletariat einen anderen Weg wird gehen können". Diese Positionen sind es, die den Scharf und Helmer erleichterten, Scharf als "Agenten Moskaus", als "österreichischen Fierlinger" zu diskreditieren. Von ihrer Liquidierung hängt im wesentlichen der weitere Weg der Scharf-Opposition ab. Ob Scharf tatsächlich als bewußter Agent des Kreml handelt, wird erst die weitere Entwicklung eindeutig zeigen. Zweifellos ist aber, daß seine Bewegung in breiterem Maße in der sozialistischen Arbeiterschaft Fuß zu fassen beginnt.

94. Gegenüber der Opposition Scharfs treten die beiden anderen Oppositionen zurück. Die SJ-Opposition bezieht im wesentlichen ebenfalls einen linksreformistischen Standpunkt in der Grundfrage der Koalition. Sie erklärt sich gleichzeitig gegen jede auch nur geringste Zusammenarbeit mit der Stalinpartei. Die Sozialistischen Studenten, die durch ihre aktive Unterstützung des Schuharbeiterstreiks (April 1948) den anderen Oppositionen voran waren, machen derzeit eine Entwicklung durch, die durch das Auftreten Scharfs beeinflusst wird. Sie neigen im Gegensatz zu Scharf jedoch zur Ablehnung sowohl des Reformismus wie des Stalinismus. Während es bei Scharf sowie bei der SJ-Opposition durchaus möglich ist, daß es sich, was die Spitzen anbelangt, um bürokratische oder halbbürokratische Oppositionen handelt, ist dies bei den Studenten kaum der Fall: sie sind im Parteiapparat keineswegs verankert und suchen sich von ihm unabhängig zu erhalten.

95. Das aktivere Auftreten aller genannten oppositionellen Tendenzen und Gruppierungen ist erst seit dem Parteitag 1947 Tatsache. Ihre Ausprägung selbst fällt in das Jahr 1948. Sie stehen also alle am Beginn ihrer Entwicklung. Scharfs Ausschluß und sein öffentliches Hervortreten in Versammlungen und mit einem Blatte leitet zweifellos eine neue Etappe ein, die auf die weitere Entwicklung der anderen Oppositionen nicht ohne Einfluß bleiben wird. Das aktivere Auftreten der genannten Gruppen fällt zusammen mit einer Etappe verschärfter Raubangriffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat, das die SP-Spitze wehrlos an die Bourgeoisie ausliefert. Sie sind also im bestimmten Grade der Widerschein tieferer Prozesse in den Massen selbst, deren noch unvollkommener Ausdruck.

96. Diese Prozesse in den Massen, deren wachsende Unzufriedenheit spiegelt insbesondere die neuerdings ausgeprägtere Opposition in der bürokratischen Gewerkschaftsspitze (SP) selbst wider. Die sich um Mantler, Hillegeist gruppierende bürokratisch-

oppositionelle Spitze in den Gewerkschaften nimmt teils aus bürokratischen Interessen eine oppositionelle Stellung ein: sie fürchtet, daß sich ihre Position durch die im Zusammenhang mit der Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes auch in Österreich zweifellos geplante Spaltung der Gewerkschaften schwächen wird. Andererseits sind die Mantler & Co. viel unmittelbarer dem Druck der in den Betrieben stehenden Arbeiter ausgesetzt, die sie seit mehr als drei Jahren immer tiefer hinabgeführt haben und deren Widerstand gegen neuerliche Verschlechterungen ihrer Lage heute gewachsen ist. Der Schuharbeiterstreik (Frühjahr 1948) hat deutlich gezeigt, daß selbst ein durch die Spaltungstaktik der Gewerkschaftsspitzen isolierter Teil des Proletariats eine außerordentliche Zähigkeit im Kampfe für seine unmittelbaren Interessen entwickelt. Diese Tatsache hat zweifellos dazu beigetragen, innerhalb der Gewerkschaftsspitze Differenzierungen zu erzeugen. Andererseits geraten die bürokratischen Gewerkschaftsspitzen, ihr "linker" Flügel zumindest, in einen steigenden Gegensatz zu den Schärf, Helmer & Co., da sie deren absolute Sabotage auch nur des geringsten außerparlamentarischen Kampfes auf die Dauer mit einer Schwächung ihrer Position innerhalb der Gewerkschaften bezahlen würden. Was die Mantler & Co. befürchten, ist, daß ihnen die Arbeiterbasis davonläuft, wenn sie nicht wenigstens zu Scheinaktionen greifen, um sie zu ködern.

97. Die heute vorliegende Klassenkampfstaple ist somit charakterisiert: - a) durch das seit 1945 zu Ungunsten des Proletariats verschlechterte Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat, für das SP und Stalinpartei die Schuld tragen; - b) durch die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterbasis der SP, deren Ausdruck zum Teil die verschiedenen SP-Oppositionen sind; - c) durch die Stagnation der Stalinpartei, wenn nicht Schwächung ihrer Position in den Massen überhaupt; - d) durch die grundlegende Tatsache, daß das Proletariat seit 1945 noch keine offene Niederlage erlitten hat, daß es vielmehr, gelähmt durch die Politik der SP und abgestoßen von der Stalinpolitik, sein ständiges Zurückdrängen durch die Bourgeoisie kaum noch mit ernstem Kampf in breiterem Ausmaß beantwortet hat; - e) durch die Tatsache, daß keine in die Massen wirkende revolutionäre Führung vorhanden ist.

98. Die Bourgeoisie wird in der kommenden Etappe ihre Raubattacken gegen die Massen unvermeidlich neuerlich vortreiben, wird versuchen, ihre latente Krise inner wieder auf Kosten der Massen zu lösen. Sie wird ihre machtpolitischen Positionen ausbauen, neue Vorstöße zur Unterhöhlung der demokratischen Rechte usw. unternehmen. Dies wird unweigerlich eine weitere Zuspitzung der Klassengegensätze mit sich bringen und voraussichtlich die Bahn zu offenen Klassenkämpfen eröffnen, zu Klassenkämpfen, die es den Massen ermöglichen werden, alle bestehenden und noch entstehenden oppositionellen Tendenzen, Strömungen und Gruppierungen in der SP, der die großen Massen noch immer ihr Vertrauen zuwenden, an Hand der Erfahrung zu überprüfen. Die Entfaltung offener Klassenkämpfe wird besonders dann Tatsache werden, wenn die Besetzung des Landes ihr Ende finden wird.

99. Die Zuspitzung der Klassenkämpfe wird ihren besonderen, wenn auch nicht entscheidenden Ausdruck anlässlich der kommenden Neuwahlen zum Parlament finden. Die Wahlkampagne wird eine Belebung aller politischen Gegensätze bringen, die politische Situation selbst wird durch das Wahlresultat in hohem

Grade beeinflusst werden. Die SP kann bei diesen Wahlen die absolute Mehrheit erringen. Dies wäre für die weitere politische Entwicklung, für die Entwicklung des Bewußtseins der Massen, besonders ihrer vorgeschrittenen Teile, von größter Bedeutung.

100. Die Eroberung der Mehrheit durch die SP wird sofort die Frage nach der Alleinregierung der SP aufwerfen. Der rechte Flügel ist fest entschlossen, die Koalition mit der Bourgeoisie unverändert aufrechtzuerhalten, höchstens die Umbesetzung von Ministerien zu riskieren. Dieser Kurs der Parteispitze wird innerhalb der SP auf Widerstand stoßen, die bestehenden Oppositionen verstärken, neue erzeugen. Die Scharf-Opposition im besonderen wird zu einer klaren Entscheidung schon anlässlich der Wahlen gezwungen sein: tritt sie für die SP auf, wofür vieles spricht, dann wird das unfehlbar zum Zerwürfnis mit der Stalinpartei führen, die sich gerade hinsichtlich der kommenden Wahlen sicherlich Hilfe seitens der Scharf-Opposition erwartet. Es ist wahrscheinlich, daß eine solche Entscheidung der Scharf-Opposition innerhalb ihrer eigenen Reihen zu einer Differenzierung führen wird und die Abspaltung des offen-prostalinistischen Flügels beschleunigen wird. Alle anderen Oppositionen werden im Falle der Aufrechterhaltung der Koalition trotz Eroberung der Mehrheit vorwärtsgetrieben und einem gründlichen Klärungsprozeß unterworfen werden. Aber alle diese oppositionellen Prozesse werden nichts anderes sein als die Widerspiegelung der tieferen Prozesse in der Arbeiterbasis der SP, ihres wachsenden Widerstandes gegen die Politik der ständigen Auslieferung des Proletariats an die Bourgeoisie. Dieser grundlegende Prozeß, entspringend dem Widerspruch zwischen den Interessen der Massen und der Politik der SP, wird sich in der kommenden Klassenkampfetappe noch verstärken. Er wird vorerst alle derzeitigen Oppositionen einer scharfen Prüfung unterwerfen, ihre Differenzierung beschleunigen und schließlich den Boden für das Entstehen einer tatsächlich revolutionären Tendenz bereiten.

101. Sollte die SP jedoch nicht die Mehrheit erobern, so wird auch dieses Resultat zu einer Verschärfung des innerparteilichen Kampfes führen, da für diese Niederlage unvermeidlich die Politik der Schärf, Helmer & Co. verantwortlich gemacht werden würde. Auch diese Variante wird also die oppositionellen Prozesse in der SP verstärken.

102. Ergreift aber (was kaum anzunehmen ist) die SP die "Alleinregierung", so wird das eine für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes in Österreich entscheidende Bedeutung haben. Eine solche Regierung wird von den Massen, deren Illusionen einen Gipfelpunkt erreichen werden, als eine Regierung der Massen im Interesse der Massen angesehen werden. Sie werden von ihr eine rasche Verbesserung ihrer Lage erwarten. Die unvermeidliche Desillusionierung der Massen wird erst recht den Boden für eine revolutionäre Gruppierung auflockern. Dies wird umso eher der Fall sein, als eine solche "Alleinregierung" der SP unzweifelhaft auf den Widerstand der Bourgeoisie stieße, was eine akute Verschärfung der Klassengegensätze herbeiführen kann.

103. In allen angeführten Fällen würde zwar die Stalinpartei in Oppositionsstellung verharren, dabei aber kaum ihre Position in den Massen verbessern können. Die Wurzeln haben wir oben klargelagt: die abstoßende Wirkung der Stalinpolitik auf die Massen, verstärkt noch durch die stalinische Besatzungspolitik. Schon eine bei den Wahlen sichtbar werdende Stagnation würde ihre Chancen für ein Ausnützen der oppositionellen Tendenzen in der SP stark herabmindern. Erst recht eine durchaus

nicht ausgeschlossene Wahlniederlage. Es ist aber möglich, daß gerade, um eine solche zu vermeiden, die neu aufgenommenen "Staatsvertrags"verhandlungen seitens des Kreml benützt werden, um durch den Abschluß des "Staatsvertrages" die Position der Stalinpartei zu verbessern.

104. So werden, falls es zu Wahlen kommt, die Wahl selbst und ihr Resultat zu wichtigen Elementen der Klassenkampfsituation werden. Obwohl parlamentarische Wahlen nur ein Barometer für die Stimmung der Massen, das Flut und Ebbe anzeigt, sind, werden die Wahl, die mit ihr einhergehende politische Belebung und das Wahlresultat selbst neue Anstöße für die Entwicklung der Prozesse in den Massen, ihren bewußteren Teilen und so für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes liefern.

105. Die Klassenkampffront in Österreich ist nur Teil, Abschnitt der proletarischen Weltfront. Nur von internationalen Standpunkt aus können die Lage in Österreich und ihre Perspektiven tatsächlich richtig eingeschätzt werden. Die Analyse der internationalen Lage und ihrer Entwicklung, wie sie der zweite Weltkongreß der IV. Internationale gegeben hat, bilden die Grundlage der vorliegenden Resolution. Seit dem Weltkongreß (April 1948) hat sich die internationale Lage im allgemeinen so, wie es seine Beschlüsse vorausgesehen haben, entwickelt. Die Weltbourgeoisie ist noch weit davon entfernt, trotz aller Bemühungen, ein auch nur relatives Gleichgewicht wiederhergestellt zu haben. Die jüngsten Ereignisse in China, der neue Raubkrieg des holländischen Imperialismus gegen Indonesien, der Krieg im Nahen Osten zeigen, daß das mühsam erreichte Gleichgewicht immer wieder durch den Ausbruch neuer Konflikte zerstört wird. Der Stalinismus, der in Asien zu triumphieren scheint, erleidet in Europa ernste Niederlagen, die er durch ein verstärktes Vortreiben seiner bürokratischen Aktionen wettzumachen sucht. Sein Ansehen bei den Massen Europas ist zweifellos im Abnehmen begriffen. Weltimperialismus und Stalinismus gehen neuen schweren Krisen entgegen; der Reformismus fault offen dahin. Es ist durchaus nicht sicher, ob sich die neue ökonomische Weltkrise nicht trotz potenziierter imperialistischer Aufrüstung rascher den Weg bahnen wird. Zu neun Zehntel ist dies die letzte Hoffnung der Kremlbürokratie. In dieser Weltlage, die trotz Zuspitzung des Gegensatzes Weltimperialismus-Sowjetunion, trotz aller Kriegsdrohung immer noch revolutionäre Möglichkeiten in sich birgt, ist die Lage in Österreich und ihre Entwicklung sicherlich ein Faktor untergeordneten Ranges. Dennoch ist auch in Österreich, dem Lande, wo sich der Gegensatz Weltimperialismus-Sowjetunion ganz scharf äußert, wo die vierfache Besetzung auf das Proletariat und die Entfaltung seines Klassenkampfes ungeheuer hemmend wirken, jeder Schritt des Proletariats nach vorwärts von Bedeutung für die Entwicklung der internationalen Klassenkampfsituation. Österreich ist nach wie vor ein äußerst empfindlicher Punkt der Weltlage. Ereignisse und Entscheidungen, die auf seinem Boden fallen, haben daher von vornherein in bestimmten Grade internationale Bedeutung.

106. Wir sagten oben: wenn es zu Wahlen kommt. Zwei Ereignisse könnten sie verhindern, aber auch den Gesamtverlauf der Klassenkämpfe weitgehend verändern: der Ausbruch des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion und eine "volkedemokratische" Aktion des Kreml in Österreich. Die erstgenannte Perspektive, latent die ganze Weltlage bestimmend, ist heute noch nicht unmittelbar herangereift. Sie abzuwenden, ist durch die Entfaltung des internationalen Klassenkampfes noch durch-

aus möglich. Eine "volksdemokratische" Aktion des Kreml in Österreich würde jedoch nicht nur auf den Widerstand der Imperialisten stoßen. Sie würde ebenso die entschiedene Ablehnung bei breiten Schichten der Massen finden, worauf wir bereits oben hinwiesen. Während die österreichische Bourgeoisie sich dabei auf die Hilfe der Imperialisten verläßt, will die SP vor allem den kapitalistischen Staatsapparat in Bewegung setzen. Alle diese Rechnungen kann einzig die Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes durchkreuzen. Nur dieser, im internationalistischen Geiste geführt, ausgerichtet auf den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, auf die Errichtung der proletarischen Diktatur, frei von jeder bürokratischen Bevormundung, auf die Schaffung der Vereinigten Sozialistischen Rätestaaten Europas, ist der einzig realistische Weg, der das Proletariat aus kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung, von der Besetzung des Landes, von drohender Gefahr des Krieges und einer neuen faschistischen Diktatur befreit. Dieser Weg ist zugleich der einzige, der instande ist, die Errichtung der stalinistischen "Volksdemokratie" zu verhindern, ohne die Bourgeoisie und den Weltimperialismus zu stärken: denn nichts ist für die Stalinbürokratie gefährlicher als die freie Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats, der die Masseninitiative weckt, fördert und so den Kreml hindert, sich auf dem Rücken der Massen emporzuschwingen. Für die Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes bestehen für das österreichische Proletariat, trotz aller Stärkung der Bourgeoisie seit 1945, noch alle Chancen.

Bemerkung:

Diese Resolution wurde von der Leitung einstimmig angenommen. Sie wird ihres Umfangs wegen nicht zusammen mit den anderen Anträgen, sondern als besondere Schrift zur Diskussion veröffentlicht. Sie besteht aus folgenden Abschnitten:

I. Die Lage des österreichischen Kapitalismus (1-25)	Seite 1
II. Die politische Konsolidierung der österreichischen Bourgeoisie (26-34)	" 9
III. Die außenpolitische Linie der österreichischen Bourgeoisie (35-41)	" 11
IV. Die Lage der Massen (42-54)	" 14
V. Die Politik von SP und Stalinpartei	
a) Die Politik der "Sozialistischen" Partei (55-68)	" 18
b) Die Politik der "Kommunistischen" Partei (69-83)	" 21
VI. Die Klassenkampfsituation in Österreich und ihre Perspektiven (81-106)	" 25

Der Abschnitt VII, der der letzte dieser Resolution ist, erscheint in Kürze. Er behandelt unsere nächsten Aufgaben. Er wird technisch so ausgeführt sein, daß er einfach diesem Heft angeheftet werden kann.

=====

(Wird fortgesetzt!)

(Schluß der politischen Resolution)

VII. Unsere nächsten Aufgaben

107. Die strategische Aufgabe, die für uns nach wie vor auf der Tagesordnung steht, ist die Schaffung der revolutionären Klassenpartei des Proletariats. Für die Lösung dieser Aufgabe finden sich heute günstige Bedingungen vor:

a) Die ökonomische und politische Erstarkung der Bourgeoisie, die immer mehr hervortritt, drängt die besten kritischen Elemente der Arbeiterklasse zur Überprüfung der Politik von SP und Stalinpartei.

b) Der Widerspruch zwischen der Politik der SP und den Lebensinteressen der Massen wird noch mehr wachsen und die oppositionellen Tendenzen der Arbeiterbasis der SP noch verstärken.

c) Die Widerspiegelung dieser Prozesse in den verschiedenen Oppositionen wird sich ebenso verstärken und dazu führen, daß diese an Breite und Tiefe gewinnen.

d) Die vertiefte Opposition der Arbeiterbasis der SP wird aber nicht der Stalinpartei zugute kommen, oder höchstens in ganz geringem Ausmaß.

e) Im Falle eines Abzugs der sowjetischen Besatzungstruppen aus Österreich wird die KP vor einer Krise stehen, in der die besten Teile ihrer Arbeiterbasis versuchen werden, sich von der Stalinbürokratie zu lösen und auf den revolutionären Weg zurückzufinden.

Diese günstigen politischen Bedingungen werden sich nach einem eventuellen Rückzug aller Besatzungstruppen aus Österreich noch verbessern. Sie werden sich aber auch verbessern, falls die SP trotz eines Wahlsieges an der offenen Koalition festhalten wird. Sie müssen von uns unbedingt genutzt werden, um die erste und grundlegende Voraussetzung für den proletarischen Sieg zu schaffen: die revolutionäre Partei.

108. Es ist von grundlegender Bedeutung, die nächsten Schritte herauszufinden, die angesichts der relativ günstigen Bedingungen, den bestehenden Keim der Partei, unsere Organisation, fortschreitend mit den besten Elementen der Arbeiterklasse, mit der aktiven Massenspitze verbinden, ihn so verstärken und ihm ermöglichen, näher an die Lösung unserer heutigen Grundaufgabe heranzukommen. Diese Schritte, die über den Rahmen unserer bisherigen Tätigkeit hinausführen, sind: - a) die Verbreiterung der revolutionären Propaganda; - b) die aktive Beeinflussung der oppositionellen Gruppen und Tendenzen, vor allem in der SP.

109. Die Verbreiterung unserer Propaganda für das revolutionäre Programm hat zum Ziele die Auflockerung des Bodens für unsere Auffassungen unter den Arbeitern, vor allem unter ihrer aktiven Spitze. Nicht mehr bloß individuelles Herangehen an die allerbesten Arbeiter - das natürlich aufrechtbleibt - sondern vor allem Herangehen an solche Teile der Arbeiterklasse, die aktiv im Kampfe hervortreten, in Opposition zu den offiziellen Parteiführungen geraten, instinktiv nach dem revolutionären Ausweg suchen und so unseren Auffassungen zustreben, wenn auch noch nicht voll bewußt. Diese Teile der Massen beeinflussen, mit unserem Programm bekanntmachen, sie zum Verständnis desselben zu erziehen, ihnen dieses Programm an Hand der Erfahrung als das einzig zuverlässige und zum Ziel führende zu zeigen: das ist die Aufgabe der breiteren Propaganda. Sie verbindet unser Programm und im weiteren Verlauf unsere Organisation immer mehr mit den besten aktiven Teilen der Klasse, schafft um uns einen

breiteren Kreis von zu uns neigenden Arbeitern und so ein für die engere Auslese geeignetes Reservoir. War unsere bisherige Propaganda ausgerichtet auf das individuelle Gewinnen der besten Arbeiter, so soll die breitere Propaganda sich ausrichten auf die aktiven Teile der Klasse, sie andauernd beeinflussen, um sie so unserem Programm anzunähern und zugleich die besten Arbeiter unmittelbar mit uns verbinden.

110. Die aktive Beeinflussung aller in der Arbeiterklasse hervortretenden oppositionellen Gruppen, Tendenzen, mögen sie anfangs noch so unentwickelt, unausgegoren sein, ist eine ebenso aus den heute vorliegenden Bedingungen sich ergebende unbedingte Notwendigkeit. Es gilt natürlich, vor allem die aussichtsreichsten zu beeinflussen und den Grad der Beeinflussung abzustufen nach der Bedeutung der einzelnen Oppositionen, also von der bloß literarisch-kritischen Beeinflussung bis zur Aktionseinheit für bestimmte begrenzte Ziele, die uns den Weg zur programmatischen Beeinflussung dieser verschiedenen Gruppierungen bahnen soll. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß sich die verschiedenen oppositionellen Gruppierungen und Tendenzen ohne eigene Erfahrung des revolutionären Programms bemächtigen werden. Wir müssen es sein, die ihnen diese Erfahrung dauernd erhellen durch unsere eigene Aktion, die davon ausgehen, dort anknüpfen muß, wo diese Elemente heute stehen, um sie Schritt für Schritt vorwärts zu führen. Nur diese Form der Aktion ist geeignet, die Klärung zu beschleunigen, ihnen das revolutionäre Programm in Fleisch und Blut übergehen zu lassen, nur sie wird unserer führenden Rolle gerecht.

111. Breitere Propaganda und fruchtbare Beeinflussung der sich bildenden oppositionellen Gruppierungen gewähren auch die Sicherheit, daß selbst bei Schlägen des Klassenfeindes und seiner Agenten gegen die revolutionäre Organisation ihr Programm im Bewußtsein der entwickelteren Schichten der Arbeiterklasse erhalten bleibt und so diese einzige Grundlage des Sieges des Proletariats bewahrt über alle Eventualitäten des Klassenkampfes hinaus.

112. Zu diesen beiden Hauptformen unserer nächsten Tätigkeit, die wir wenigstens keimhaft, bereits in der Resolution unserer letzten Konferenz formulierten, treten hinzu die dort angeführten weiteren Aufgaben, die wir fortsetzen müssen, dabei aber auf größere Planmäßigkeit, Zielklarheit und Organisiertheit achten müssen. Die Arbeit in den Betrieben bleibt nach wie vor ein zentrales Gebiet unserer Tätigkeit; die muß ausgerichtet werden auf die Schaffung von Kernen einer revolutionären Gewerkschaftsopposition. Es wird nötig sein, daß wir ihr ein Programm schaffen, gestützt auf unser Übergangsprogramm. Wo es unsere Kraft erlaubt, müssen sich unsere Genossen zu Betriebszellen zusammenschließen und die mit ihnen sympathisierenden Arbeiter um sich gruppieren, um so einen festen Stützpunkt für unsere Betriebsarbeit zu schaffen. Die Lehren des Schuharbeiterstreiks müssen in das Bewußtsein unserer Organisation übergehen und als Richtschnur für unser künftiges Vorgehen dienen. Die propagandistische Beeinflussung breiterer aktiver Arbeiterschichten in den Betrieben, d.h. die Verschmelzung unserer Betriebsarbeit mit der breiteren Propaganda (besonders dort, wo die Stalinisten unsere Arbeit nicht unmittelbar zu gefährden imstande sind) wird uns die Möglichkeit geben, in verstärktem Maße Betriebsarbeiter zum revolutionären Standpunkt vorwärtszuführen und mit uns zu vereinigen.

113. Die fraktionelle Tätigkeit muß ebenso weitergeführt werden, konzentriert auf die aussichtsreichsten Punkte. Hier müssen wir es lernen, unsere Kräfte jeweils auf den aussichtsreichsten Punkt zu werfen, selbst wenn wir dabei andere Positionen vorübergehend schwächen oder aufgeben müssen. Das Ziel unserer Fraktionstätigkeit, besonders in der SP (Jugend, oppositionelle Gruppen usw.) muß sein, anknüpfend an die gegebenen halben, unentwickelten Standpunkte dieser Gruppen, sie geduldig vorwärtszuführen, den Klärungsprozeß vorzutreiben, vor allem an Hand der Kampferfahrung sie dem revolutionären Programm anzunähern, schließlich im geeigneten Moment den revolutionären Teil mit uns zu vereinigen.

114. Der Charakter unserer Tätigkeit muß sich auf allen diesen Gebieten insofern ändern, als wir nicht, wie im Stadium der dominierenden individuellen Propaganda, darangehen, den zu uns neigenden Arbeiter aus seinem bisherigen Wirkungskreis herauszulösen, unmittelbar mit uns zu verbinden, ihn so von seiner bisherigen Basis loszulösen und damit zu isolieren, sondern ihn nunmehr dort, wo er eben wirkt, zu lassen, ihn anzuleiten, sich zwar immer enger mit uns zu verbinden, dabei aber gleichzeitig zu beginnen, wenn auch anfangs unbeholfen, in seinem Wirkungskreis in unserem Sinne zu wirken, uns als Stützpunkt zu dienen.

115. Um diese Aufgaben, die uns den Weg zur Partei bahnen helfen, zu erfüllen, ist es nötig, unsere eigene Kraft sowohl zu verstärken als auch richtig zu verteilen. Die Stärkung durch Heranziehung neuer ernster und entschlossener Elemente in unsere Organisation bleibt nach wie vor dauernde Aufgabe. Dazu muß treten die richtige Verteilung unserer vorhandenen Kräfte, was vor allem heißt, eine bestimmte Spezialisierung durchzuführen, die sich auf die verschiedenen Hauptaufgabengebiete erstreckt (Redaktion, Propaganda, Gewerkschaftsarbeit, Schulung). Die Erziehung vorhandener Kräfte in unserer Organisation zu diesen Aufgaben zu lösen, ist eine wichtige Frage. Weiters müssen wir dahin gelangen, jedes Mitglied mit einem unserer Arbeitsgebiete zu verknüpfen, kein Mitglied ohne bestimmte Aufgabe zu lassen, sei es auf dem Gebiete der Propaganda, der Schulung usw. Schließlich kommt noch hinzu die Beseitigung der Spaltungen unter allen jenen, die sich zu den Hauptpunkten des revolutionären Programms, zur IV. Internationale bekennen und dies auch durch ihre Tätigkeit beweisen, selbst wenn klar festgestellte Differenzen zwischen uns und diesen Abgespaltenen vorliegen sollten. Endlich müssen wir unter Umständen dazu übergehen, die Form unserer Organisation in eine solche umzuwandeln, die uns die Lösung der gestellten Aufgaben besser gewährleistet als unsere bisherige (Spezialisierung in Betriebszellen, Fraktionszellen, Schulungszellen usw.).

116. Nach wie vor wird unsere ganze Tätigkeit vorläufig unter konspirativen Bedingungen weitergeführt werden. Selbst im Falle der Legalisierung wird es eine Hauptaufgabe sein, die Grundorganisation illegal zu halten. Die Regeln der Konspiration bleiben also nach wie vor für unser Handeln maßgebend. Doch muß beachtet werden, daß sie heute dennoch ein anderes Gewicht haben als z.B. unter den faschistischen Bedingungen. Wir müssen es lernen, alle diese Erleichterungen, die sich aus den veränderten Bedingungen ergeben, auszunützen. Wir müssen insbesondere die passive Form der Konspiration, die unter dem Faschismus in bestimmtem Grade unvermeidlich war, durch die aktive Form zu ersetzen, d.h. es verstehen, uns trotz Illegalität eng mit den besten Arbeitern, mit der Massenspitze zu verbinden.

117. Wir können die vorbezeichneten Aufgaben nur dann erfolgreich lösen, wenn wir unsere Aktivität nach außen, zu den besten Arbeitern, zu der Massenspitze hin ununterbrochen verknüpfen mit der planmäßigen Aktivität nach innen, d.h. mit der Erziehungs- und Schulungsarbeit in unseren eigenen Reihen. Der unbedingt notwendigen Verstärkung unseres führenden Aktiva muß die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Hier wird die zentrale Schulung einsetzen müssen, die wir durch Heranziehen der theoretisch bewanderten Genossen und Genossinnen als Lehrkräfte ausbauen müssen. Durch die systematische Erziehungs- und Schulungsarbeit müssen wir den Kadercharakter unserer Organisation verstärken, ihre Qualität heben. Wir dürfen allerdings nicht der Auffassung huldigen, daß die Herausbildung fähiger Kader Elemente ohne engste Verbindung mit dem lebendigen Kampf der Klasse möglich ist: nur die ständige, planmäßige Verknüpfung unserer praktischen Tätigkeit auf allen Gebieten mit der theoretischen Arbeit kann Kader ergeben, die den Kampfaufgaben heute und künftig gewachsen sind.

118. Die politische Linie, die wir bei der Durchführung unserer nächsten Aufgaben einhalten müssen, ist in den Beschlüssen des zweiten Weltkongresses festgelegt. Sie sind für unsere gesamte Tätigkeit grundlegend. Es ist unsere Aufgabe, sie auf die besonderen Bedingungen Österreichs anzuwenden, sie entsprechend der jeweils gegebenen Situation zu konkretisieren. Unser Kampf muß, wenn auch heute noch vorwiegend propagandistisch, auf folgenden Hauptlinien geführt werden:

a) Kampf gegen die Verelendung der Massen, gegen jede weitere Verschlechterung ihrer Lage, gegen den Marshall"plan"! Kampf für die Hebung des Lebensniveaus der Massen auf Kosten der Bourgeoisie! Dauernde Sicherung der Lebensinteressen der Massen durch unversöhnlichen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie bis zu deren Sturz, zur Aufrichtung der von jeder bürokratischen Bevormundung freien Räterepublik! Solidarisches Kampfbündnis mit dem europäischen Proletariat zur Schaffung der Vereinigten Sozialistischen Räterepubliken Europas!

b) Kampf gegen die Politik der Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie, die Opferung seiner Interessen an sie, wie sie die SP betreibt! Kampf gegen die verräterische Politik der Koalition, der Konzentration mit der Bourgeoisie, die das Proletariat einer neuen Katastrophe entgegenführt! Kampf für den Bruch mit der Bourgeoisie, für die kapitalistenfreie, für die Arbeiter- und Bauernregierung, die mit der Bourgeoisie bricht und sich auf die Arbeiterorganisationen, auf die Aktion der Massen stützt! Vorwärts zur Schaffung von Organen der werktätigen Massen, zur Schaffung von Arbeiter- und Bauernräten, die unter Führung der revolutionären Partei des Proletariats ihre eigene Macht, die Macht der Arbeiter und armen Bauern auf den Trümmern der Herrschaft der Bourgeoisie aufrichtet!

c) Kampf gegen den Stalinismus, seine verräterische und demoralisierende Politik, die sich heute, dem Kreml folgend, gegen die Bourgeoisie wendet, morgen wieder das Proletariat an sie offen ausliefert! Kampf gegen die verbrecherischen stalinistischen Methoden! Gegen die "Volksdemokratie", die die werktätigen Massen der Polizeiknute unterwirft! Für die Errichtung der echten Räterepublik, die sich auf die freien Institutionen der Massen stützt, sie fördert und vorwärtsführt!

d) Kampf für den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller Besatzungstruppen! Kampf für die volle Verwirklichung der demokratischen Rechte der Massen! Kampf gegen jede Einschränkung

dieser Rechte, gegen jede Zensur, gegen jede Behinderung der Pressefreiheit, des Rechtes auf freie Parteienbildung usw. usw.

Der Kampf auf diesen Hauptlinien muß jeweils mit den der konkreten Situation entspringenden Lösungen unseres Übergangsprogramms verknüpft werden. In diesem Kampfe werden wir auch an taktische Fragen herangeführt werden (Taktik bei Kampffällen in Betrieben, Wahltaktik usw.), von deren richtiger Lösung entscheidend viel zur Bewältigung unserer heutigen grundlegenden Aufgabe abhängt.

119. Die Legalisierung unserer Organisation bleibt nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Bedingungen für sie müssen dauernd geprüft werden. Die Legalisierung muß entsprechend vorbereitet werden. Die entscheidende Vorbereitung ist die politische, d.h. das Bekanntwerden des revolutionären Programms in einem größeren Teile der Arbeiterklasse, da nur diese Tatsache es uns erlaubt, unserem Kampfe für die Legalisierung einen ernstesten Rückhalt zu schaffen. Anlässlich der Legalisierung besteht eine der Hauptaufgaben in der Aufrechterhaltung der illegalen Grundorganisation unserer Bewegung.

120. Zu den vorbezeichneten Aufgaben tritt der Ausbau unserer Beziehungen zur Internationale, deren Unterstützung durch rege Teilnahme an der Lösung der theoretisch-politischen und organisatorischen Probleme, vor welchen sie steht. Nur auf diesem Wege vermag sich unsere Organisation in ein wirkliches Glied der Weltpartei zu verwandeln. Insbesondere steht hier die Aufgabe vor uns, die Aufrichtung der deutschen Sektion der Internationale in jeder Weise zu fördern, selbst wenn vorübergehend die Erfüllung unserer eigenen Aufgaben darunter in bestimmten Grade leiden sollte.

121. Die Aufgaben, die unmittelbar vor uns stehen, tragen kombinierten Charakter. Die Kunst der Führung der Organisation besteht darin, immer die jeweils wichtigste Seite unserer kombinierten Tätigkeit herauszugreifen; die Aufmerksamkeit der gesamten Organisation auf sie zu lenken; alle Kräfte zur Lösung der im Moment wichtigsten Frage zu aktivieren, um so die kollektive Arbeit der ganzen Organisation, von der Leitung bis zur Zelle, auf die höchste Stufe der Zielbewußtheit und Intensität zu bringen; darauf zu achten, daß das konkrete Ziel jeder Aktion sowohl mit der im Augenblick zur Verfügung stehenden eigenen Kraft als auch mit der hier dargelegten allgemeinen Linie im Einklang steht. Nur so kann sich, wird sich die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben bewältigen lassen.

Hammer, Kant, Lerse, Louis

Bemerkung: Da einer der Genossen, die diesen Antrag unterzeichnet haben, bei der Abstimmung über ihn nicht anwesend war, blieb dieser Antrag in der Minderheit. Der Antrag der Leitungs-Mehrheit zum Abschnitt VII dieser Resolution wird in Kürze zur Diskussion veröffentlicht werden. Der Abschnitt VII bildet den Schluß dieser Resolution.

(Schluß der politischen Resolution)

VII. Unsere nächsten Aufgaben

107. Aus der in der vorliegenden Resolution analysierten Lage in Österreich und ihren Perspektiven ergeben sich die Aufgaben unserer Organisation für die nächste Etappe. Wie in allen anderen Ländern so stellen auch in Österreich die objektiven Bedingungen die proletarische Revolution unmittelbar als einzigen Ausweg auf die Tagesordnung. Was die Massen hindert, den Weg zur proletarischen Revolution zu beschreiten, ist der Verrat ihrer derzeitigen Führung, der sie immer wieder zurück ins kapitalistische Elend wirft, und das Fehlen einer revolutionären Klassenpartei. Daraus ergibt sich, daß unsere strategische Aufgabe der Schaffung der proletarischen Klassenpartei zusammenfällt mit dem Kampf für die proletarische Revolution. Die revolutionäre Propaganda, das ist unter den heutigen Bedingungen die Propaganda für die neue Klassenpartei, die IV. Internationale und gleichzeitig die Propaganda für die proletarische Revolution, wird hiemit zur Hauptaufgabe für unsere Organisation.

108. Die gesamte Tätigkeit unserer Organisation muß daher in der kommenden Etappe auf ihre qualitative ~~Stärkung~~ ^{+ u. Quantität} ausgerichtet sein. Diese Tätigkeit wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie innerhalb der Arbeiterbewegung (Betrieb, Gewerkschaften, SP, Stalinpartei, Massenorganisationen) geleistet wird und damit unsere Organisation noch mehr als bisher mit dem lebendigen Kampf der Arbeiterklasse verbindet. Diesen Grundsatz müssen wir in jedem unserer Arbeitsgebiete, sei es nun Kaderschulung, Propaganda, Betriebsarbeit oder Fraktionsarbeit zu verwirklichen trachten.

109. Die Kaderschulung und besonders die Schulung und Herausbildung führender Kader ist zu einem der zentralsten Probleme für jede Weiterentwicklung der IKÖ geworden. Da durch das Anwachsen der Aufgaben für die systematische Schulung im bisherigen Rahmen kein Raum mehr bleibt, ist es notwendig, daß folgendes Programm, das die Weiterführung der Schulung von Kadern garantieren soll, in der nächsten Etappe erfüllt wird:

a) "Der Spartakist" muß nach Möglichkeit monatlich erscheinen. Seine Linie bleibt die auf der 1. Konferenz der IKÖ beschlossene. Dazu muß kommen, daß er mehr als bisher zu theoretischen Fragen, besonders zu den Programmfragen Stellung nimmt.

b) Die Herausgabe des Schulungskurses muß fortgesetzt werden, womöglich in verkürzter und verbesserter Form. Nach der Fertigstellung des gesamten Kurses, der höchstens vier Hefte umfassen soll, ist eine verbesserte Neuauflage notwendig. Das Schulungsmaterial soll mehr als bisher auf internationale Fragen zugespißt werden, damit es auch in der Internationale als Hilfsmittel für die Kaderschulung verwendet werden kann.

c) Die zentrale Kaderschulung muß fortgesetzt werden. Die L bzw. das PE werden beauftragt, einen zentralen Schulungsplan aufzustellen.

d) "Der Spartakist" und Kaderschulung müssen vom lebendigen Kampf der Arbeiterklasse ausgehen und es verstehen, deren aktuelle Kampfaufgaben mit den theoretischen und programmatischen Fragen zu verbinden. Damit wird gewährleistet, daß die Theorie an Hand der Praxis ständig überprüft wird, aber auch umgekehrt unsere praktischen Anleitungen im Klassenkampf auf theoretischer Einsicht basieren.

110. Von gleicher Wichtigkeit wie die innere Propaganda ist die Propaganda nach außen. Der wichtigste Boden für diese ist der Betrieb. Wir müssen es verstehen, unseren Einfluß in be-

stimmten Betrieben zu Stützpunkten der IKÖ auszubauen. Dabei müssen wir mehr als bisher die organisierte Zusammenarbeit unserer Sympathisierenden unter der Führung unserer Genossen anstreben. Die gewerkschaftliche Fraktionsarbeit ist nur eine besondere Seite der Betriebsarbeit. Hier dürfen wir nur jene Positionen anstreben, bei denen uns das Vertrauen der Arbeiter erhalten bleibt.

111. Das Programm für die Betriebsarbeit basiert auf dem Übergangsprogramm der IV. Internationale. Es ist die Aufgabe des "RBA", mit diesem Programm, abgestimmt auf die konkrete Lage des Klassenkampfes in Österreich, die fortgeschrittensten Betriebsarbeiter und über diese den für uns erreichbaren Teil der Arbeiterklasse im Kampfe anzuleiten. Der "RBA" soll auf einer Linie geschrieben werden, die sich in folgenden Punkten zusammenfassen läßt:

a) Die Grundlinie des "RBA" muß die Linie des revolutionären Klassenkampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie sein. Konkret bedeutet dies den Kampf gegen alle Formen der Koalitionspolitik.

b) Der "RBA" muß immer von den die Arbeiter am meisten bedrückenden Tagesfragen ausgehen und konkrete Kampflosungen in Form von Übergangslosungen geben. In bestimmten Situationen wird es notwendig sein, die von SP/Stalinpartei/ÖGB-Bürokratie zur Beruhigung der Arbeitermassen ausgegebenen Losungen zu unterstützen. Die Taktik des "Beim-Wort-Nehmens" muß mit der Kritik an der Unzulänglichkeit dieser Losungen verbunden werden.

c) Der "RBA" muß den Kampf für die Tages- und Übergangslosungen in geeigneter Form mit revolutionärer Kritik und Propaganda verbinden. Die Kritik an SP/Stalinpartei muß mit dem Kampf für die Herausbildung einer neuen revolutionären Klassenpartei verbunden werden. Die Ziellosung der "Diktatur des Proletariats" soll nicht als abstrakte Propagandalosung gebracht werden, sondern vielmehr der konkrete Weg zur Macht der Arbeiterklasse Schritt für Schritt aufgezeigt werden (z.B. "Kapitalistenfreie Regierung", die sich auf die Betriebe und die Gewerkschaften stützt). Dem konkreten Inhalt der Macht der Kapitalistenklasse muß der konkrete Inhalt der Macht der Arbeiterklasse gegenübergestellt werden (kapitalistischer Machtapparat - Streikposten, Betriebskomitees; Parlament - Arbeiterdemokratie, Arbeiterrat; Koalitionspolitik - außerparlamentarischer Klassenkampf usw.).

d) Die konkrete Aktionsform, die der "RBA" vertreten muß, ist die außerparlamentarische Kampfeinheitsfront der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Dazu gehört das Eintreten für die Zusammenarbeit von SP und Stalinpartei im Kampfe gegen Kapitalismus und Reaktion; der Kampf für die Einheit der Gewerkschaften; der Kampf für die Demokratisierung der Gewerkschaften.

112. Der Betriebsarbeit kommt auch durch die Tatsache, daß sich im Betriebe die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und somit auch die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterbasis von SP und Stalinpartei befinden, erhöhte Bedeutung zu. Daher wird auch die Fraktionsarbeit in der SP und Stalinpartei, soweit dies möglich ist, in die Betriebe verlegt werden müssen. In den Betrieben, wo die Arbeiterklasse in viel geringerem Maße als in den Parteiorganisationen dem Einfluß der Parteibürokratie ausgesetzt ist, findet sich der günstigste Boden für die Beeinflussung und Befruchtung oppositioneller Tendenzen in den Verratsparteien. Diese Tatsache, daß die Betriebsarbeit, die sich ursprünglich nur auf individuelle Propaganda beschränkte, durch das Hinzukommen von Fraktionsarbeit in Gewerkschaften und Verratsparteien und durch die breitere Propaganda mit dem "RBA"

immer mehr an Umfang und Bedeutung zunimmt, muß auch im Aufbau der Organisation Rechnung getragen werden. Neben dem Aufbau von Zellen, die auf dem Boden des "RBA" organisiert werden, muß auch die Bildung von Betriebszellen der IKÖ in den entscheidendsten Betrieben, die die gesamte Arbeit in dem betreffenden Betrieb verantwortlich leiten, angestrebt werden.

113. Neben die Betriebsarbeit tritt die Fraktionsarbeit in der SP als wichtige Aufgabe. Die Fraktionsarbeit in der Stalinpartei hat sich nur auf die Aufrechterhaltung von Verbindungen zu beschränken, um sie im Falle der Änderung der objektiven Bedingungen innerhalb der Stalinpartei, auswerten zu können. Das Ziel unserer Fraktionsarbeit in der SP ist nach wie vor die revolutionäre Propaganda für unsere Organisation. Dieses Ziel ist in erster Linie durch die individuelle Propaganda anzustreben und zu erreichen. Erfolge in der individuellen Propaganda sind aber nur dann möglich, wenn wir es verstehen, uns die Basis für diese zu bereiten. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß wir mehr als bisher systematische Arbeit innerhalb der SP leisten. Die beste Basis für unsere Propaganda ist eine ernste linke Opposition. Daher gehört zu den wichtigsten Aufgaben für die Arbeit innerhalb der SP die Unterstützung und Befruchtung der linken Tendenzen. Für diese Arbeit, die die Herausbildung eines organisierten linken Flügels zum Ziele haben muß, ist die Herausgabe eines eigenen Fraktionsorgans oder die Mitarbeit an einem Organ, das zusammen mit einer linken Gruppierung herausgegeben wird, vorzubereiten.

114. Die Entwicklung innerhalb der SP kann uns in der nächsten Etappe vor die Aufgabe eines organisierten fraktionellen Eintritts in eine der bereits bestehenden oder sich noch herausbildenden zentristischen Gruppierungen innerhalb der SP stellen. Ein solcher Schritt muß sowohl organisatorisch wie politisch gründlich vorbereitet werden. Das minimale Ziel einer solchen Aktion muß die Abspaltung eines linken Flügels der betreffenden Gruppe und ihre Vereinigung mit unserer Organisation, das optimale Ziel die Gewinnung der gesamten Gruppe sein. Allerdings hat es keinen Sinn, diese unter bestimmten Bedingungen mögliche und auch notwendige Aktion sich als Aufgabe zu stellen, die unter allen Umständen durchgeführt werden muß. Sie ist nur eine Alternative, auf deren Verwirklichung wir vorbereitet sein müssen. Zur Vorbereitung gehört unbedingt, daß die gesamte fraktionelle Tätigkeit innerhalb der SP mehr als bisher zentral geleitet wird, ähnlich wie die Betriebsarbeit.

115. Zu den vorbezeichneten Aufgaben tritt der Ausbau unserer Beziehungen zur Internationale, deren Unterstützung durch rege Teilnahme an der Lösung der theoretischen, politischen und organisatorischen Probleme, vor welchen sie steht. Nur auf diesem Wege vermag sich unsere Organisation in ein wirkliches Glied der Weltpartei zu verwandeln. Insbesondere steht hier die Aufgabe vor uns, die Aufrichtung der deutschen Sektion der Internationale in jeder Weise zu fördern, selbst wenn vorübergehend die Erfüllung unserer eigenen Aufgaben darunter im bestimmten Grade leiden sollte.

116. Um diese Aufgaben, die uns den Weg zur Partei bahnen sollen, erfüllen zu können, ist es notwendig, unsere gesamte politische Tätigkeit mit der zweckmäßigsten Organisationsform zu verbinden. Unsere Organisation muß für die ganze nächste Etappe, zumindest solange die Besetzung währt, mit illegalen Bedingungen rechnen. Diese Illegalität unterscheidet sich aber von der unter Hitler dadurch, daß es viele legale und halble-

Möglichkeiten für unsere Arbeit gibt, die wir auszunützen verstehen müssen. Wir müssen mit jähren Wendungen in der Lage rechnen, die sowohl die Vorbereitung der Legalisierung als auch die Rückkehr zur strengsten Illegalität erfordern kann,

117. Die politische Grundlinie, auf der wir in der kommenden Etappe handeln müssen, ist in den programmatischen Dokumenten der IV. Internationale und in den grundlegenden Beschlüssen des zweiten Weltkongresses festgelegt. Sehr viel wird auch davon abhängen, ob es gelingt, den richtigen taktischen Weg zu finden. Die taktischen Möglichkeiten sind bereits im Kapitel VI. dieser Resolution umrissen. Aber nicht nur in politischer Hinsicht spielt die Frage der einzuschlagenden Taktik eine wichtige Rolle, sondern auch auf organisatorischem Gebiete. Diese wird vor allem durch die vorhandene Kraft bestimmt und besteht in erster Linie darin, unter den vielen sich bietenden Gelegenheiten die besten und aussichtsreichsten zu erkennen und auszunützen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß weniger und bessere Arbeit früher zum Erfolg führt, als viele und dabei schlechte Arbeit. Deshalb wollen wir uns nur verhältnismäßig wenige Aufgaben stellen. Aber bei höchster Aktivität jedes einzelnen Genossen, auf welchen Platz er auch immer von der Organisation hingestellt wird, wird es uns gelingen, die gestellten Aufgaben zu erfüllen und einen Schritt weiter zur proletarischen Klassenpartei zu machen.

Mehrheitsantrag der Leitung

- x -

Bemerkung: Mit diesem Antrag ist die politische Resolution (Antrag 11) komplett. Zu ihren ersten sechs Abschnitten liegt ein einstimmiger Antrag der Leitung, zum Abschnitt VII liegen zwei Anträge vor. Diese beiden Blätter sind einfach den bereits erschienenen 37 Seiten des Antrages 11 beizufügen.

=====